

Gute Arbeit in Zeiten der Transformation

Thilo Scholle

Transformation der Arbeit – Gespräch mit Claudia Bogedan, Thilo Scholle
und Christina Schildmann

Jessica Rosenthal

Junge Arbeit – Chancen der Transformation für junge Arbeitnehmer*innen

Philipp Frey

Die Vier-Tage-Woche in Europa: Ein Blick über den Tellerrand in die Zukunft

Michaela Evans

Arbeit und Fachkräftesicherung: Schlüsselfaktoren sozial-ökologischer
Transformation(en)

Stephan Krull

Arbeitszeitverkürzung auf der Agenda!



Lasse Rebbin	
Kurzum.....	4

MEINUNG

Joachim Rock	
Noch (k)eine Chance für die Kindergrundsicherung?	6

SCHWERPUNKT: GUTE ARBEIT IN ZEITEN DER TRANSFORMATION

Ole Erdmann, Miriam Siglreitmaier, Margareta Steinrücke und Thilo Scholle	
Einleitung zum Heftschwerpunkt.....	11

Thilo Scholle	
Transformation der Arbeit – Gespräch mit Claudia Bogedan, Thilo Scholle und Christina Schildmann	13

Jessica Rosenthal	
Junge Arbeit – Chancen der Transformation für junge Arbeitnehmer*innen	19

Sarah Mohamed	
Care Arbeit: Weiblich, migrantisch, nicht-weiß.	23

Nina Scholz	
Neue soziale Kämpfe im Plattform-Kapitalismus.....	27

Miriam Siglreitmaier	
Demokratie und Transformation: Die Rolle der Mitbestimmung im sozial-ökologischen Strukturwandel.....	31

Philipp Frey	
Die Vier-Tage-Woche in Europa: Ein Blick über den Tellerrand in die Zukunft	34

Michaela Evans	
Arbeit und Fachkräftesicherung: Schlüsselfaktoren sozial-ökologischer Transformation(en).....	36

Stephan Krull	
Arbeitszeitverkürzung auf der Agenda!	40

Philipp Türmer	
Gesellschaftliche Veränderung findet durch Arbeit statt! Job- und Ausbildungsgarantie als Instrumente der sozial-ökologischen Transformation.....	43

ANALYSE & STRATEGIE

Arne Heise

Eine Strompreisbremse als Teil moderner Industriepolitik?..... 49

Ernst Dieter Rossmann

Nachdenken und Vorausdenken. Die Grundwertekommission der SPD
und die Anforderungen der „Zeitenwende“53

Christine Schweitzer

Friedenspolitisches Stichwort

Soziale Verteidigung – ziviler Widerstand gegen Krieg 58

Werner Kindsmüller

Das Trilemma der SPD – Klimaschutz, Wachstum und Wohlstand.

Das Ende des fossilen Klassenkompromisses..... 60

Sascha Howind

„Hinein in die Betriebe“? Die betriebliche Werbungsolitik der NSDAP

und ihr später Widergänger 68

Thilo Scholle

Rezension: Der arbeitende Souverän..... 74

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Matthias Miersch (Laatzten), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Alexandra Scheele (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Ole Erdmann, Miriam Sigleitmaier, Margareta Steinrücke und Thilo Scholle

Redaktion:

Ursula Bitzegeio, Kai Burmeister, Jan Dieren, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Katharina Oerder, Anna-Katharina Meßmer, Lasse Rebbin, Max Reinhardt, Michael Reschke, Christina Schildmann, Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Sascha Howind • Tel.: +49 511-122 795 41 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44 309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit vier Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © Ilpa grafischer Betrieb GmbH

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, 1.-3. Tausend, Juli 2023

Wie die Fortschrittskoalition den Rückschritt in der Geflüchtetenpolitik voranbringt

von Lasse Rebbin¹

Seit Jahren streitet die Europäische Union um das Themenfeld Migration. Immer wieder gab es Vorstöße, um die Verteilung von Geflüchteten zu regeln. Während Staaten mit insbesondere rechten Regierungen sich weigern, weitere Geflüchtete aufzunehmen, um diese human unterzubringen und zu versorgen, gibt es andere Länder, die durch das Dublin-System mit der Situation überfordert sind. Und dann gibt es noch Länder wie Deutschland, die sich in Notsituationen zwar bereit erklären zu helfen, aber sich ansonsten hinter ebendiesem Dublin-System verstecken. Alles in allem eine verzwickte Lage. Darunter leidet hauptsächlich eine Gruppe an Menschen: Die Geflüchteten! Sie sind es, die nach einer oft qualvollen Fluchterfahrung nicht ein offenes Europa vorfinden, welches sie Willkommen heißt, sondern Gewalt und Rassismus erleben. Pushbacks, Unterbringung in Lagern, Gewalt, Folter und Tote an den Europäischen Grenzen sind mittlerweile erschreckende Normalität geworden. Deshalb ist es grundsätzlich sinnvoll, dass Regierungen, die sich eine humane Geflüchtetenpolitik auf die Fahne geschrieben haben, einen Versuch unternehmen, diese Situation verbessern zu wollen. Zuletzt kündigte Bundesinnenministerin Nancy Faeser an, die Gemeinsame Europäische Asyl- und Migrationspolitik zu verbessern.

Nach zähen Verhandlungen verkündete sie voller Stolz, dass ein Durchbruch gelungen sei, der endlich zu einer fairen Verteilung und Aufnahme von Geflüchteten führen würde. Es lag eine Einigung der EU-Innenminister*innen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vor. Der Tenor: Fortschritt durch die selbsternannte „Fortschrittskoalition“. Was Nancy Faeser

allerdings als einen Fortschritt verkaufen will, sind die härtesten Asylrechtseinschränkungen seit über 30 Jahren. „Rückschritt“ wäre hier das passendere Wort, denn die EU-Innenminister*innen wollen in Zukunft Asylrechtsverfahren für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Geflüchtete mit geringer Schutzquote an den EU-Außengrenzen durchführen. Wenn man dann fragt, was das denn in der Konsequenz bedeutet, hört man von der Bundesregierung so was wie „bessere und schnellere Verfahren“ oder auch eine „gerechtere Verteilung in Europa“. Seenotrettungsorganisationen, Menschenrechtsaktivist*innen, Anwalt*innen, Promis und diverse andere Politiker*innen sehen das aber anders. Sie reden völlig zurecht von Abschottung, von der Gefahr, dass wieder Lager unter schlimmsten Bedingungen entstehen und ein Andauern der Gewalt. Es wird davon ausgegangen, dass kein Asylverfahren schneller und fairer bearbeitet wird. Ganz im Gegenteil. All das, was also jetzt schon Realität ist und was progressive Kräfte und die Zivilgesellschaft seit Jahren versuchen zu bekämpfen, soll mal eben so rechtlich in Stein gegossen werden.

Eine der wenigen guten Nachrichten ist: All das ist noch nicht abschließend beschlossen. Die EU-Innenminister*innen haben die Position des Rates ausgehandelt, die jetzt mit dem Europäischen Parlament verhandelt wird. Hier wurde Widerstand angekündigt, der jetzt Unterstützung braucht. Die schlechte Nachricht: Die Vorschläge bleiben schlecht und mindestens die Ampel-Koalition verabschiedet sich von dem Ziel, 16 Jahre konservative Geflüchtetenpolitik à la Horst Seehofer endlich hinter sich zu lassen. Das schmerzt, denn im Koalitionsvertrag finden sich durchaus gute Ansätze. Was es jetzt viel mehr bräuchte, wäre ein starkes Bekenntnis zu einer humanen Geflüchtetenpolitik, das Ende der Kriminalisierung von Seenotrettungsor-

¹ Lasse Rebbin ist Politikwissenschaftler und Mitglied der spw-Redaktion, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und stellvertretender Bezirksvorsitzender der SPD Nord-Niedersachsen.

ganisationen und Schritte hin zu einer vernünftigen staatlichen Seenotrettung. Auch die Behörde Frontex, welche nachweislich für zahlreiche Pushbacks (mit)verantwortlich ist, gehört abgeschafft.

Fakt ist, dass wir in Zeiten des Umbruchs, der Krisen und Kriege leben. Die Klimakrise, Hungersnöte, globale Ausbeutung und Konflikte werden immer mehr Menschen zur

Flucht zwingen. Die Stärkung von absichtenden Strukturen hilft da wenig. Damit wird Europa und auch wir als Deutschland den eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

Kurzum: Deshalb gilt es jetzt umso mehr, laut gegen die aktuellen Vorschläge zur GE-AS-Reform anzukämpfen und solidarisch zu sein. Mit Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen. ■



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de • www.metropol-verlag.de

Noch (k)eine Chance für die Kindergrundsicherung?

von Joachim Rock



☞ Dr. Joachim Rock ist Leiter der Abteilung Sozial- und Europapolitik im Paritätischen Gesamtverband e.V. Der Beitrag gibt seine persönliche Ansicht wieder.

Foto: © Studio Monbijou, Berlin

Nach der zum 1. Januar 2023 begonnenen und mit dem Inkrafttreten weiterer Reformschritte zum 1. Juli 2023 fortgesetzten Einführung eines Bürgergeldes beherrscht der Streit um die Umsetzung der vereinbarten Kindergrundsicherung die sozialpolitische Diskussion. Die Koalitionsvereinbarung beschränkte sich naturgemäß auf wenige und wenig konkrete Formulierungen. Enthalten war immerhin die Vereinbarung, „bisherige finanzielle Unterstützungen – wie Kindergeld, Leistungen aus SGB II/XII für Kinder, Teile des Bildungs- und Teilhabepakets sowie den Kinderzuschlag – in einer einfachen, automatisiert berechneten und ausgezahlten Förderleistung“ zu bündeln, die „ohne bürokratische Hürden direkt bei den Kindern ankommen und ihr neu zu definierendes soziokulturelles Existenzminimum sichern“ (SPD / B'90/Die Grünen / FDP 2021, S. 79) soll. Zur Höhe der Kindergrundsicherung wurden keine Aussagen getroffen. Vereinbart wurde schlicht, dass „mehr Kinder aus der Armut“ geholt werden sollten und die Kindergrundsicherung aus einem vom Einkommen der Eltern unabhängigen Garantiebetrags und einem einkommensabhängigen Zusatzbetrag bestehen sollte. Dass diese allgemeinen Festlegungen keine tragfähige Grundlage für eine konfliktarme Umsetzung der formulierten Ziele sein konnten, war von Anfang an klar.

Mit dem federführenden Bundesfamilienministerium (BMFSFJ), dem für die Neube-

stimmung des soziokulturellen Existenzminimums zuständigen Bundesarbeitsministerium (BMAS) und dem für das steuerliche Existenzminimum zuständigen Bundesfinanzministerium (BMF) sind drei Ressorts mit ganz unterschiedlichen Interessen und parteipolitischen Färbungen entscheidend an der Ausgestaltung beteiligt. Insgesamt arbeiten sieben Ressorts in der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) zur Umsetzung der Kindergrundsicherung mit. Sie sollen Vorschläge für die Bündelung von Leistungen, zur Digitalisierung des Antragsverfahrens, zur Ausgestaltung der Ansprüche (etwa bei Kindern getrennt lebender Eltern) und zu den Auswirkungen auf die Erwerbsbereitschaft der Eltern ausarbeiten. Die unterschiedlichen Interessen korrespondierten mit ganz unterschiedlichen Einschätzungen zu den notwendigen Mehrausgaben, die von drei Milliarden Euro aufgrund einer höheren Inanspruchnahme (Christian Lindner, BMF) und bis zu zwölf Milliarden Euro (Lisa Paus, BMFSFJ) über 20 Milliarden Euro (Heinz Hilgers, DKSB) bis hin zu 26 Milliarden Euro (Die LINKE) reichten. Erste Skizzen aus dem BMFSFJ wurden erst Anfang 2023 veröffentlicht, darunter ein fünfseitiges „INFO-Papier: Kindergrundsicherung“ und ein elfseitiges „Eckpunktepapier zur Ausgestaltung der Kindergrundsicherung“ vom 18. Januar 2023, das schnell wieder als überholt galt. Das für die Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums zuständige BMAS zeigte am eigenen Auftrag wenig Interesse. Am 13. Mai 2023 meldete die FAZ, die dazu eingerichtete Arbeitsgruppe im BMAS habe bislang nur dreimal getagt, zuletzt im Dezember 2022¹.

„Ins Blaue hinein“: Das sozialrechtliche Existenzminimum

Die Notwendigkeit einer Neubemessung des kindlichen Existenzminimums folgt aus

¹ „Warten auf neue Familienhilfen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 13.5.2023.

den grundlegenden Mängeln des gegenwärtigen Verfahrens. Maßstab für die Bemessung der Regelsätze für Kinder ist bislang das im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes alle fünf Jahre neu erhobene Ausgabeverhalten der einkommensärmsten 20 Prozent der Paarhaushalte mit einem Kind, soweit sie keine Grundsicherungsleistungen beziehen. Die Fragebögen werden von den Erwachsenen für ihren jeweiligen Haushalt ausgefüllt; eine Zurechnung kinderspezifischer Ausgaben erfolgt nicht. Ausgangspunkt sind alle Ausgaben eines Haushalts. Die Anteile für die Kinder werden davon nach Altersgruppen gestaffelt auf der Basis eines Schlüssels ermittelt, der zuletzt in Berechnungen für das Statistische Bundesamt aus dem Jahr 2003 begründet wurde. In der EVS von 2018 wurde beispielsweise erhoben, dass von 278 Haushalten mit einem Kind unter sechs Jahren 206 Haushalte Ausgaben von insgesamt 30,44 Euro im Monat für Alkohol und Tabak angegeben hatten. Von diesen Ausgaben für Alkohol und Tabak wurde mit dem Schlüssel ein Anteil von 7,16 Euro für das Kind ermittelt, der als anerkannter Bedarf in den Regelsatz der unter sechsjährigen Kinder einging. Immerhin verzichtete der Gesetzgeber auf eine Zweckbindung. Schon ein oberflächlicher Blick auf das Ermittlungsprozedere zeigt, dass die im Jahr 2010 durch das Bundesverfassungsgericht formulierte Kritik an einer Regelsatzermittlung „ins Blaue hinein“² nichts an Aktualität verloren hat. Dass die ermittelten Werte nichts mit kindlichen Bedarfen zu tun haben, liegt dabei auch an den niedrigen Fallzahlen. So werden die Verbrauchsausgaben von lediglich 278 Haushalten mit Kindern unter sechs Jahren, 144 Haushalten mit Kindern zwischen sechs und 13 Jahren und 105 Haushalten mit Kindern zwischen 14 und 16 Jahren hochgerechnet. Dieses Verfahren ist ausgesprochen fehleranfällig. So stiegen etwa mit der Neuermittlung der Regelsätze auf der Grundlage der EVS 2018 zum Jahresbeginn 2021 die Sätze für Jugendliche ab 14 Jahren um 45 Euro, für 13-Jährige jedoch nur um einen Euro. Dahinter stehen nicht unterschiedliche

Bedarfe zwischen 13- und 14-Jährigen, sondern Ausreißer in der Statistik.

Im April 2023 hat das BMAS einen Forschungsbericht zur Bestimmung des soziokulturellen Existenzminimums von Kindern veröffentlicht³. Dieser unternimmt auch einen internationalen Vergleich und kommt insgesamt zu dem zutreffenden, aber wenig originellen Fazit, dass eine „regelgebundene Vorgehensweise im Vergleich zu rein politisch gegriffenen Setzungen (...) für mehr Transparenz sorgen und eine Debatte anregen“ (Bonin et al 2023, S. 55) kann. Tatsächlich müssen die Schwächen des bestehenden Verfahrens zu Debatten anregen. Sie blieben jedoch auch dann bestehen, wenn man die Sätze künftig an den Ausgaben einkommensstärkerer Familien ausrichten und damit die Leistungen erhöhen könnte, wie es zwischenzeitlich diskutiert wurde. Notwendig und sinnvoll wäre, die Bedarfe unter Einbeziehung von Wissenschaft, Sozial- und Wohlfahrtsorganisationen und nicht zuletzt Kinder- und Jugendorganisationen grundlegend neu zu bestimmen und regelmäßig anzupassen.

Das steuerrechtliche Existenzminimum: Alle gleich, manche gleicher

Neben dem sozialrechtlichen Existenzminimum muss auch das steuerrechtliche Existenzminimum neu geordnet werden, wenn man mittels einer Kindergrundsicherung den Zustand beenden will, dass Kinder aus einkommensstärkeren Familien dem Staat vielleicht nicht unbedingt lieber, aber zumindest teurer sind. Einkommensstärkere Familien können bisher über Freibeträge mehr Geld erhalten als Familien mit Kindergeld. Der Kinderfreibetrag beträgt für das Jahr 2023 insgesamt 6.024 Euro (3.012 Euro je Elternteil) und für das Jahr 2024 insgesamt 6.384 Euro (3.192 Euro je Elternteil). Darüber hinaus gibt es noch einen Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf der Kinder – häufig liebevoll BEA genannt – in

2 BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 09. Februar 2010 - 1 BvL 1/09 -, Rn. 173.

3 Bonin u.a. 2023, im Internet: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-619-bestimmung-des-soziokulturellen-existenzminimums-von-kindern.pdf?__blob=publication-File&v=3 [letzter Abruf: 19. Juni 2023].

Höhe von 2.928 Euro (1.464 Euro je Elternteil). Derzeit wird von einer möglichen Entlastung durch den Freibetrag von bis zu 373 Euro monatlich ausgegangen, verglichen mit gerade einmal 250 Euro Kindergeld. Ergänzend können einkommensstarke Familien weitere Aufwendungen für Privatschulen, Kinderbetreuung, private Nachhilfe u.a.m. steuerlich geltend machen. Daraus resultierende Vorteile können sich auf weitere 20.000 Euro aufsummieren⁴.

Diese Privilegierungen sind weder recht noch billig. Bereits 2011 begründete Prof. Dr. Joachim Wieland in einem Rechtsgutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Zweifel an der Notwendigkeit des BEA. Der Gesetzgeber sei „nicht gehalten, (...) eine progressive Steuerentlastung zu gewähren“; eine stärkere Entlastung sei „eher zugunsten sozial Schwächerer in Erwägung“ zu ziehen. Die zusätzliche Berücksichtigung des BEA sei deshalb „systemwidrig und genügt nicht den Anforderungen des allgemeinen Gleichheitssatzes“ (Wieland 2011, S. 15). Die Familienministerin hat aktuell ein Gutachten dazu beauftragt, den pauschalen BEA streichen zu lassen, um Mehreinnahmen in die Kindergrundsicherung investieren zu können. Dadurch würden sich nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) „Mehreinnahmen von schätzungsweise 3,5 Milliarden Euro im Jahr erzielen lassen. Belastet wären die Familien in den oberen beiden Dezilen der Einkommensverteilung, vor allem die oberen zehn Prozent“ (Bach/Haan 2021, S. 4).

Irrweg Kinderchancenportal

Eine echte Verschlechterung droht mit der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Einführung eines digitalen Kinderchancenportals für Leistungen zur Bildung und Teilhabe (BuT). Das digitale Kinderchancenportal war ursprünglich ein Vorschlag der

FDP⁵. Dahinter verbirgt sich eine zentrale Plattform, die für alle „Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Leistungserbringer der zentrale Ort der Kommunikation, Organisation, Verwaltung sowie der Abrechnung ihrer Leistungen“ (FDP 2019, S. 2) zur Bildung und Teilhabe sein soll. Sportvereine und Bildungsträger, Pfadfinder und Initiativen müssten künftig ihre Angebote und deren Inanspruchnahme digital erfassen, wenn sie eine Chance auf eine Abwicklung über das Chancenportal haben wollen.

Ein derartig plattformgewordener Altbau niedrigschwelliger Zugänge in der Jugendhilfe soll auch zusätzliche Vorgaben zur „Identifizierung und Authentifizierung (...) über ein Smartphone mit NFC-Schnittstelle oder über das simple Einlesen eines QR-Codes auf der Kinderchancenkarte und den Abgleich mit dem Kinderchancenportal“ (FDP 2019, S. 2) enthalten. Anstatt, wie heute vielerorts selbstverständlich, direkt mitmachen zu können, würden damit zusätzliche digitale Hürden für die Inanspruchnahme installiert, etwa die nicht immer selbstverständliche Zustimmung der Eltern. Und hinter „Leistungserbringern“ steht häufig keine digital schlagkräftige Institution, sondern ganz praktisch der ehrenamtliche Trainer einer Jugendmannschaft vor Ort, der sicher nicht vorhat, ein zusätzliches freiwilliges Engagement in der digitalen Erfassung der Teilnahmedaten von Kindern aus dem Viertel zu begründen. Schon jetzt sind die Hürden bei der kommunal unterschiedlich organisierten Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen durch Kinder aus einkommensarmen Familien zu hoch. Wie der Paritätische seit Jahren regelmäßig belegt, nehmen im Schnitt nur etwa 15 Prozent der berechtigten Kinder und Jugendlichen die Leistungen in Anspruch. Besonders hohe Teilhabequoten gibt es dabei gerade dort, wo Angebote direkt im Zusammenhang mit Aktivität in und um Schule und Verein nutzbar sind. Gerade für Menschen mit niedriger digitaler und bürokratischer Kompetenz, mit Les- oder Sprachschwierigkeiten würden Zugänge

4 Vgl. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/19_Legislaturperiode/Gesetze_Verordnungen/2020-12-07-Zweites-FamEntlastG/Stellungnahme-15-ZFF.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [letzter Abruf: 16. Juni 2023].

5 https://www.fdpbt.de/sites/default/files/2019-11/131119_Beschluss_Kinderchancenportal.pdf [letzter Abruf: 16. Juni 2023].

dadurch nicht erleichtert, sondern erheblich erschwert.

Auch bei einer Kindergrundsicherung ist weniger nicht mehr

Die Erwartungen an eine Reform verringern sich aufgrund des erheblichen Umsetzungsaufwandes fortwährend. Berücksichtigt man die relativ offen formulierte, begrenzte Diskussionsbereitschaft einzelner Partner, erscheint die Umsetzung einer ambitionierten, armutsreduzierenden Kindergrundsicherung inzwischen unrealistisch. Zu erwarten ist, dass lediglich bestehende Leistungen unter dem Namen Kindergrundsicherung zusammengefasst und künftig über die Familienkassen administriert werden, ohne dass Existenzminima grundsätzlich neu bestimmt oder Leistungen erhöht werden. Suggestiert wird dabei, dass schon eine Zusammenlegung der angeblich 150 familienpolitischen Leistungen und die vollständige Inanspruchnahme gerade des Kinderzuschlags ausreichen, um Kinderarmut zu verringern. Die Zahl von 150 familienpolitischen Leistungen verweist aber nicht auf ein bisher unentdecktes Leistungsparadies. Sie nimmt Bezug auf 156 ehe- und familienpolitischen Leistungen, die das BMFSFJ 2012 aufgelistet hat. Davon waren 63 direkte Geldleistungen, 24 Steuererleichterungen, 53 Maßnahmen der Sozialversicherungen und 16 Infrastrukturangebote⁶. 90 Prozent der Ausgaben entfielen dabei jedoch auf nur 14 Leistungen, von denen die Altersversorgung für Hinterbliebene den größten Posten ausmachte, und von denen nur wenige auf den Bedarf von Kindern ausgerichtet waren.

Auch die immer wieder als Argument, dass eine Erhöhung der Leistungen nicht notwendig sei, herangezogene Zahl einer Inanspruchnahme des Kinderzuschlags durch nur 35 Prozent der Berechtigten geht fehl. Sie geht auf den Familienreport 2017 (BMFSFJ 2017, S. 61) zurück. Nach den Zahlen der Familienkasse der BA gab es 2017 im Jahresdurchschnitt aber nur 94.803 Kinderzuschlagsberechtigte, im Mai 2023 zum Vergleich mit 363.419 Kin-

derzuschlagsberechtigten fast viermal so viele. Die Auflösung der verbleibenden Nichtinanspruchnahmequote wird deshalb kaum Effekte haben. Werden die Leistungen für Kinder aus einkommensarmen Familien nicht deutlich erhöht, ändert eine wie immer geartete Kindergrundsicherung nichts. Kinder würden zwar künftig die alten Leistungen unter dem neuen Namen Kindergrundsicherung erhalten und vielleicht aus der Bedarfsgemeinschaft herausgenommen werden, aber immer noch in armen Familien leben, deren Einkommenssituation sich insgesamt kaum veränderte. Familien in der Grundsicherung müssten bei einer Umsetzung über die Familienkassen künftig mit einer weiteren Behörde neben dem Jobcenter „rechnen“, und die Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen würde gar erschwert statt erleichtert. Das wäre ein fatales sozial- und familienpolitisches Versagen bei der Verbesserung der Lebenslagen einkommensarmer Familien.

Eine pragmatische Alternative zu einer „Verschlimmbesserung“ des Leistungssystems durch einen solchen Minimalkonsens könnte sein, ein einheitliches Kindergeld als Garantietbetrag einzuführen und diesen in Grundsicherung und Wohngeld ganz oder teilweise anrechnungsfrei zu stellen, wie es etwa für das bis Ende 2006 ausgezahlte Erziehungsgeld galt. Für Kinder und Jugendliche sollte darüber hinaus die bestehende Soll-Vorschrift für einen Zugang zur Jugendarbeit in § 11 SGB VIII zu einem echten Rechtsanspruch ausgebaut werden. Die Möglichkeiten des formlosen Verwaltungsverfahrens nach § 9 SGB X sollten stärker genutzt werden, denn der Teilhabewunsch eines Kindes kann auch ohne schriftlichen Antrag formlos berücksichtigt werden. Vereinen und anderen Anbietern sollte in Vereinbarungen ermöglicht werden, ihre Leistungen direkt mit den Kommunen abzurechnen. Bei einer derzeitigen Nichtinanspruchnahme der Teilhabeleistung im Bildungs- und Teilhabe paket im Umfang von 85 Prozent⁷ besteht erkennbar keine Missbrauchsgefahr. Jedes Kind, dem neben dem Handball noch die Mitgliedschaft bei den Pfadfindern ermöglicht würde,

6 Quelle: Vgl. Bujard 2014.

7 Vgl. Dehmer/Linckh/Rock/Schabram 2020.

gewänne dadurch. Zugangshürden würden verringert, die Einkommenssituation vieler Haushalte spürbar verbessert und dadurch Familienarmut effektiv verhindert. Eine notwendige Neubestimmung des kindlichen Existenzminimums müsste dennoch auf der Tagesordnung bleiben.

Ende Mai 2023 musste der Paritätische Wohlfahrtsverband unter Bezugnahme auf den Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes vermelden, dass die Kinderarmut in Deutschland mit 21,3 Prozent einen besorgniserregenden Höchststand erreicht hat⁸. Nie war eine echte Kindergrundsicherung notwendiger als jetzt. So, wie es ist, darf es nicht bleiben. ■

Literatur:

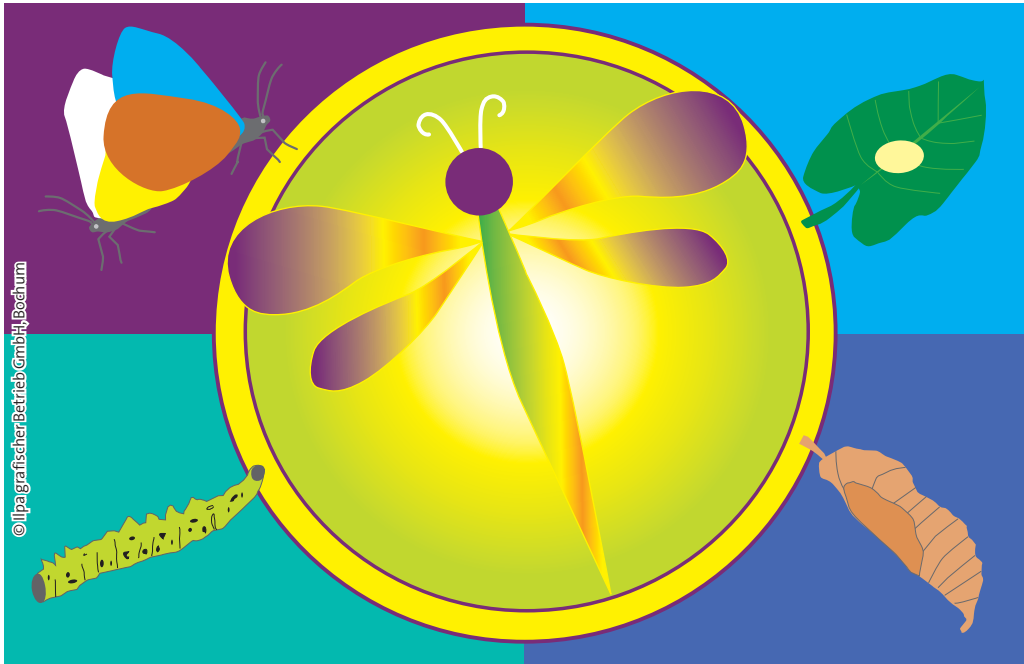
- Bach, Stefan/Haan, Peter 2021: Kinderfreibetrag reduzieren, Familienleistungen für Geringverdienende ausbauen. In: DIW aktuell; 64. Berlin.
- Bonin, Holger/Eichhorst, Werner/Schröder, Wolfgang/Rader, Sven/Ody, Margard/Rinne, Ulf 2023: Bestimmung des soziokulturellen Existenzminimums von Kindern. Kassel/Bonn.
- Bujard, Martin 2014: Familienpolitische Geldleistungen. Im Internet: <https://www.bpb.de/themen/familie/familienpolitik/193715/familienpolitische-geldleistungen/> [letzter Abruf: 19. Juni 2023].
- Dehmer, Mara/Linckh, Carolin/Rock, Joachim/Schabram, Greta 2020: Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilhabequoten im Fokus, Berlin.
- FDP-Bundestagsfraktion 2019: Das digitale Kinderchancenportal. Berlin.
- Der Paritätische 2023: Armut im Blick. Expertise zu den Erstergebnissen der amtlichen Armutsberichterstattung für 2022. Berlin.
- SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP 2021: Mehr Fortschritt wagen. Koalitionsvertrag 2021-2025. Berlin, 7. Dezember 2021.
- Wieland, Joachim 2011: Verfassungsfragen der steuerlichen Behandlung von Kindesexistenzminimum und Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf. Berlin.

8 Vgl. Der Paritätische 2023.

Gute Arbeit in Zeiten der Transformation

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Ole Erdmann, Miriam Sigleitmaier, Margareta Steinrücke und Thilo Scholle



Die Jungsozialist*innen in der SPD veranstalten vom 7. bis 9. Juli 2023 einen „Kongress der Arbeit“. Die Jusos begreifen Erwerbsarbeit als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und Selbstermächtigung. Arbeitszeitverkürzung, die Ausbeutung von Frauen und migrantisierten Menschen sowie betriebliche Mitbestimmung sind wichtige Herausforderungen, denen sich auf diesem Kongress gewidmet wird. Eine weitere wichtige Herausforderung ist das Gelingen der Transformation der Wirtschaft und was das für die Arbeitswelt bedeutet. Die spw möchte mit diesem Schwerpunkt dazu beitragen, jungsozialistische Debatten und die älterer Genoss*innen in der SPD rund um die Transformation stärker zu verknüpfen und damit fruchtbar für linke Politik zu machen. Unter Transformation verstehen wir dabei den digitalen und sozial-ökologischen Wandel der Wirtschaft in Verbindung mit den Entwicklungen infolge des demografischen

Wandels, der Veränderung der Geschlechterverhältnisse und der Einwanderung nach Deutschland. Den Jusos geht es in dieser Diskussion natürlich nicht zuletzt auch um die Frage, was junge Menschen von der künftigen Arbeitswelt und den Produktionsverhältnissen im modernen Kapitalismus im Angesicht der Klimakrise erwarten und wie sie diese in ihrem Interesse umgestalten können.

Dieser Heftschwerpunkt soll den Teilnehmer*innen des Kongresses und der spw-Leser*innenschaft Beiträge zu den wichtigsten Themen in der Debatte um die Transformation zugänglich machen. Dabei haben wir uns bemüht, wissenschaftliche Perspektiven, Anstöße aus den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften wie auch konkrete Impulse für sozialistische und sozialdemokratische Politik in den Beiträgen zusammenzustellen. Mit dem Heft knüpfen wir an frühere Schwer-

punkte an, wie z. B. die spw 253 „Nachhaltigkeit als Reformkonzept und als konkrete Utopie“ oder die spw 245 „Bausteine eines europäischen Wirtschaftsmodells im digitalen Kapitalismus“, die an dieser Stelle auch noch einmal zum Nachlesen empfohlen werden.

Das Gespräch mit Claudia Bogedan, Thilo Scholle und Christina Schildmann geht der Frage nach, wie die Transformation der Arbeit im Sinne der Arbeitnehmenden gelingen kann. Um Wege zu finden, wie sich Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft angesichts der sozial-ökologischen Transformation zu verändern haben, sind demokratische Aushandlung und Kompromissfindung dringend notwendig.

Jessica Rosenthal gibt einen Überblick über die aktuellen politischen Debatten rund um die Transformation aus der Perspektive junger Menschen. Sie betont, dass es große Chancen für jüngere Arbeitnehmer*innen durch die Transformation gibt, dass es dazu aber weitere energische Schritte für Umverteilung im Allgemeinen und Stärkung der beruflichen Bildung im Besonderen braucht, um diese Chancen auch nutzen zu können.

Sarah Mohamed zeigt Zusammenhänge auf zwischen unterschiedlichen, im globalen Kapitalismus systemisch bedeutsamen Formen sozialer Reproduktionsarbeit und Unterdrückung und Ausbeutung vor allem rassifizierter und migrantischer Frauen.

Nina Scholz gewährt Einblick in ihr aktuelles Buch über neue soziale Kämpfe im Plattform-Kapitalismus, die sich bei näherem Hinsehen allerdings als „alte“ bzw. „altbekannte“ soziale Kämpfe entpuppen, die sich vor bzw. hinter einer schillernden Kulisse abspielen, ideologisch kostümiert in einer Mischung aus Technikoptimismus und Wirtschaftsliberalismus mit einer Prise Hippie-Nostalgie.

Philipp Frey befasst sich mit der Vier-Tage-Woche und liefert einen Überblick, wie weit dieser Ansatz zur Arbeitszeitverkürzung in anderen europäischen Ländern bereits gediehen ist sowie welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ergebnisse zu erwarten sind.

Michaela Evans nimmt das Thema Arbeit und Fachkräftesicherung in den Fokus und stellt unter anderem die weitläufige Veränderung von Werteorientierungen bei den Beschäftigten fest, deren vielfältige Entwicklungsdynamiken mit vordergründigen Floskeln à la „Work-Life-Balance“ nur unzureichend erfasst werden.

Um Arbeitszeitverkürzung geht es auch im Beitrag von Stephan Krull, der Fokus liegt hier allerdings auf der überblicksartigen Geschichte sowie den gesetzlichen und tarifpolitischen Möglichkeiten zu deren Durchsetzung.

Philipp Türmer entwickelt die Forderung nach einer Job- und Ausbildungsplatzgarantie als Mittel, der Klimatransformation angesichts des herrschenden Arbeitskräftemangels, vor allem im Handwerk und Bauwesen, zur Umsetzung zu verhelfen.

Miriam Sigleitmaier argumentiert in ihrem Beitrag für eine Wirtschaftsdemokratie und legt dar, wieso die Demokratisierung der Wirtschaft nicht nur aus normativer Sicht längst überfällig ist, sondern auch zur erfolgreichen sozial-ökologischen Transformation beitragen kann. ■

Transformation der Arbeit – Gespräch mit Claudia Bogedan, Thilo Scholle¹ und Christina Schildmann



☞ Dr. Claudia Bogedan ist Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung und war Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen.

Foto: © Hans-Böckler-Stiftung



☞ Christina Schildmann (1973) leitet in der Hans-Böckler-Stiftung die Abteilung Forschungsförderung. Davor war sie Leiterin der Abteilung Inhalte und Impulse beim SPD-Parteivorstand (2018-2022), davor Leiterin des wissenschaftlichen Sekretariats der Kommission „Arbeit der Zukunft“ bei der Hans-Böckler-Stiftung (2015-2018).

Foto: © Fräulein Fotograf

TS: Vielleicht beginnen wir mit der aktuellen Lage: Was macht unsere Arbeitsgesellschaft heute im Kern aus? Welche Einordnungen und Debattenstränge beobachtet Ihr, welche Fragen stellen sich aktuell vor allem aus Sicht von Arbeitnehmer*innen?

CB/CS: Das Wort der Stunde ist „Transformation“ – es beschreibt aus unserer Sicht auch die Arbeitsgesellschaft heute gut. Zum einen im diskursiven Sinne: Die Transformation ist aus unserer Sicht die „Arena“, in der aktuell verhandelt wird, wie Menschen in Zukunft arbeiten und leben werden. Insofern verstehen wir Transformation als sozialen Aushandlungsprozess, als einen Prozess, der gesellschaftlich umkämpft ist. Zum anderen meinen wir damit, auf der Ebene der Phänomene, einen grundlegenden Umbruch der Arbeitswelt, der sich mit Blick auf das Tempo der Entwicklung, die Vielzahl der Verände-

rungstreiber und die Wucht der Veränderungen abhebt von dem, was man üblicherweise unter „Strukturwandel“ versteht. Hier laufen mehrere Prozesse ineinander und verstärken sich teilweise gegenseitig. Diese miteinander verwobenen Prozesse prägen auch die Debatten über die Arbeitsgesellschaft.

Im Hintergrund läuft – schon länger – die Digitalisierung, es entsteht ein neues Muster der Wertschöpfung, das der Soziologe Andreas Boes als „Informationsökonomie“ bezeichnet. Hier treten neue Akteure auf den Plan, entstehen neue Geschäftsmodelle, es verschieben sich Machtkonstellationen und es entsteht eine neue Arbeitsteilung im globalen Datenraum. Das verändert die Grundlagen, auf denen Gewerkschaften und Akteure der Mitbestimmung handeln.

Die Dekarbonisierung als zweiter großer Treiber ist – politisch forciert – spätestens seit Antritt der Ampelkoalition von der Hinterbühne auf die Vorderbühne gewandert. An ihr entzündeten sich aktuell die meisten Debatten; sie ist verbunden mit großen Hoffnungen und Ängsten.

Zu diesen zwei fundamentalen Treibern kamen, als zwei „schwarze Schwäne“ die Coronapandemie hinzu und der russische Angriffskrieg in der Ukraine mitsamt der Energiekrise. Beide wirken paradox, nämlich gleichzeitig als „Brandbeschleuniger“ für Veränderungen, etwa den Durchbruch des hybriden Arbeitens, den erhöhten Druck auf die Energiewende wegen des Wegbrechens der „Gas-Brücke“, und als retardierendes Moment beim Wiederhochfahren von Kohlekraftwerken, den Rückschritten bei der Gleichstellung etc.

Das alles macht eine Diagnose zur Arbeitsgesellschaft komplex. Aus Sicht der Arbeitnehmer*innen stellt sich die Frage: „Sind wir Mitgestalter*innen – oder sogar Mitentscheider*innen – dieser Transformation, oder

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

feht sie über uns hinweg?“ Steht am Ende, sofern man überhaupt von einem Ende sprechen kann, für alle bessere Arbeit und mehr Lebensqualität, oder bleibt ein Teil auf der Strecke?

Das verbindet sich mit der neuen Macht der Arbeitnehmer*innen im Zuge des Fachkräfte-, bzw. Arbeitskräftemangels. Hier ist die zentrale Frage: Gelingt es, die Macht kollektiv und zugunsten aller zu nutzen, oder entwickelt sich auf dem Arbeitsmarkt eine Zwei-Drittel-Gesellschaft – also eine Arbeitsgesellschaft, in der zwei Drittel gute Chancen und sichere Einkommen haben und ein Drittel dauerhaft abgehängt wird.

TS: „Transformation der Arbeit“ ist erst mal ein etwas schillernder Begriff. Welche Debatten über Transformation der Arbeit nehmt Ihr wahr? Was verändert sich demnach vor allem? Und wohin soll die Reise der Arbeitsgesellschaft dann gehen?

CB/CS: Wenn wir uns die letzten Jahre anschauen, nehmen wir sowohl Diskursverschärfungen als auch Diskursverschiebungen wahr. Es lohnt sich kurz einen Blick zurück zu werfen, um zu verstehen, in wie kurzer Zeit diese Verschiebungen stattgefunden haben. Es ist gerade mal acht Jahre her, dass wir als Hans-Böckler-Stiftung eine Multistakeholder-Kommission zur „Arbeit der Zukunft“ eingesetzt haben – 2018 hat die Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt. Damals haben wir zentrale Veränderungstreiber diagnostiziert und uns sowohl bei der Analyse als auch bei den Handlungsempfehlungen auf ihre Auswirkungen konzentriert: Digitalisierung, Feminisierung, Wertewandel und die Alterung der Arbeitsgesellschaft. Drei der vier Treiber haben seitdem ein neues Level erreicht.

Bei der Digitalisierung ging es uns damals darum, die sehr technikgetriebene, Industrie 4.0-zentrierte Debatte zu entern und die arbeitenden Menschen und Fragen der Machtverschiebungen in den Mittelpunkt zu stellen. Es ging uns darüber hinaus darum, jenseits von Technik-Euphorie und Apokalypse-Denken belastbares Wissen über die Folgen der Digitalisierung für die Arbeitsgesellschaft zu

beschreiben und Gestaltungsoptionen heraus zu arbeiten. Inzwischen dreht die Digitalisierungsdebatte durch die Massentauglichkeit von „Large-Language-Modellen“ wie „Chat GPT“ noch einmal höher – verbunden wieder mit großen Ängsten und Hoffnungen.

Interessanterweise haben sich, verglichen mit dem ersten Digitalisierungshype, die Rollen im Diskurs verändert. Die Gewerkschaften beispielsweise gehen, ohne naiv zu sein, mit großem Gestaltungsoptimismus zu Werk. Sie haben in den vergangenen Jahren erhebliche Expertise aufgebaut und arbeiten an der Frage, wie die Techniken zur Humanisierung der Arbeit eingesetzt werden und wie Akteure der Mitbestimmung sie mitgestalten können. Natürlich ist die Regulierung von KI für sie ein großes Thema, aber eine solche fordern inzwischen sogar große Player auf Anbieterseite. Mahnungen und Warnungen kommen verstärkt aus dem Silicon Valley selbst, wo „Zauberlehrlinge“ wie Sam Altman von OpenAI Angst haben, die Geister, die sie riefen, nicht mehr einfangen zu können.

Mit Blick auf den Wertewandel am Arbeitsmarkt ging es damals schon um die Generation Z und die Frage, wie diese Generation eigentlich arbeiten will. Inzwischen ist das Thema omnipräsent. Wie viel Anteil muss und darf Arbeit am Leben haben? Eine Diskussion, die früher hauptsächlich von Feministinnen geführt wurde, ist nun im Mainstream angelangt. Medial wird das Thema aktuell entlang der Viertage-Woche diskutiert – das Thema spielt auch eine Rolle in unserer Forschung. Auch der demografische Wandel ist als Thema vom Rand ins Zentrum gewandert – in der Figur des Fachkräfte- bzw. Arbeitskräftemangels. Beide Themen sind miteinander verbunden. Die Deutungsschlacht kreist um die Frage, ob Deutschland „Mehr Bock auf Arbeit“ (Steffen Kampeter) braucht oder im Gegenteil eine bessere Balance der Lebensbereiche die nicht nur eine humanere, sondern auch wirkungsvollere und nachhaltigere Strategie ist.

Ambivalenter gestaltet sich das Thema „Feminisierung des Arbeitsmarktes“. Einer-

seits ist das erwähnte Thema „Arbeitszeitverkürzung“ plötzlich *Mainstream*, andererseits hat die Pandemie aus Sicht von Wissenschaftlerinnen wie Jutta Allmendinger die Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückgeworfen. Und mit Blick auf die ökologische Transformation – die übrigens interessanterweise damals, als die Kommission startete, kaum eine Rolle in der Debatte gespielt hat – droht ein weiterer Backlash. Es besteht die Gefahr, dass das Thema Geschlechterverhältnisse hier ein ebensolcher blind spot ist wie in der ersten Hochphase der Digitalisierungsdebatte. Wir sehen heute die Folgen: einen erheblichen digital gender gap. Weibliche Beschäftigte sind mit Blick auf die digitale Zukunft bei ihrer beruflichen Tätigkeit gegenüber männlichen spürbar im Nachteil, wie eine Studie unseres WSI anlässlich des Internationalen Frauentags 2023 zeigt. Darum sehen wir eine zentrale Aufgabe darin, dass die ökologische Transformation nicht negativ für die Frauen ausgeht.

TS: Auch wissenschaftliche Diskussionen lassen sich nicht losgelöst von gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen betrachten. Welche Akteure treiben die Diskussion über die Zukunft der Arbeit aktuell vor allem voran, und welche Interessen haben sie dabei? Welchen Ansprüchen und Interessen fühlt Ihr Euch verpflichtet, wenn Ihr Euer Forschungsprogramm formuliert?

CB/CS: Wir erleben gerade eine Zuspitzung der Spannung der Debatte über den ökologischen Umbau, die beunruhigend ist. Symptome und Ingredienzen dieser Zuspitzung sind gestiegene Umfragewerte der AfD, die populistische „Heizhammer-Kampagne“ gegen das Gebäudeenergiegesetz und das immer stärkere Aufeinanderprallen von Staat und „Letzter Generation“. Wir müssen dafür sorgen, dass der ambitionierte Kampf gegen die Klimakatastrophe nicht zunehmend als linkes Ideologieprojekt wahrgenommen wird. Und wir müssen gegen die Erzählung von der angeblich zwangsläufigen Deindustrialisierung als Folge von ambitioniertem Klimaschutz mitsamt von

Massenarbeitslosigkeit und zukünftiger globaler Irrelevanz des deutschen Wirtschaftsstandorts Gestaltungsoptimismus erzeugen.

Hier sind Politik und Gewerkschaften zentrale Akteure. Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist ein Manifest dieses Gestaltungswillens, auch wenn nun die Konflikte über dem einen oder anderen Formelkompromiss aufbrechen. Ein Fortschritt ist definitiv die Rückkehr einer aktiven Industriepolitik, in der der Staat nicht nur am Spielfeldrand steht, sondern sich als treibend und gestaltend versteht. Befunde der Meinungsforschung zeigen, dass ein Großteil der Arbeitnehmer*innen die ökologische Transformation als Chance für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sieht. Diese Hoffnung darf nun nicht verspielt werden.

Die Gewerkschaften spielen ebenfalls eine große Rolle - aus unserer Sicht sind sie es, die die Debatte über die Zukunft der Arbeit aktuell im positiven Sinn am stärksten vorantreiben. Wir sehen in unserer Forschung, dass sich das für die Gewerkschaften in einem Vertrauensgewinn widerspiegelt. Auch sehen wir, dass Mitglieder von Gewerkschaften sich deutlich besser über Klimafragen und daraus erwachsende Notwendigkeiten informiert fühlen als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder.

Der Ausgangspunkt des Denkens und Forschens in der Hans-Böckler-Stiftung ist: Der Umbau der Wirtschaft, der nötig ist, um die Klimaziele zu erreichen, kann nur gelingen, wenn er demokratisch, fair und sozial nachhaltig gestaltet wird. Das Soziale und Demokratische darf darum kein nachgelagerter Faktor sein, sondern beides muss als Wesensmerkmale eingeschrieben werden in die ökologische Transformation. Die Akteur*innen der Transformation brauchen fundiertes, belastbares Wissen, um Veränderungen, Einflüsse, Zusammenhänge und Folgewirkungen zu verstehen und die Veränderungen mitgestalten zu können. Darin verstehen wir unseren Auftrag. Dazu gehört für uns auch, noch mehr Kompetenz im Bereich Industrie-, Infrastruktur- und Beschäftigungspolitik aufzubauen.

Wir sehen auch, welche große Rolle Fragen der gerechten Verteilung von Chancen und Kosten der Transformation für die Akzeptanz des Wandels spielen. Für eine große Mehrheit ist das eine wichtige Bedingung für ihre Bereitschaft, mitzumachen. Und eine ebenfalls deutliche Mehrheit ist aktuell der Überzeugung, dass die Transformation nicht gerecht stattfindet. Das führt zu der Frage: Welche Instrumente sind gerecht? Beispielsweise wollen FDP und Union den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in erster Linie über einen steil ansteigenden CO₂-Preis voranbringen – das ist die marktwirtschaftliche Variante. Sie würde erhebliche soziale Schief-lagen erzeugen und dazu führen, dass sich reiche Menschen vom Klimaschutz „freikaufen“ können – etwas, das Meinungsforschung zufolge von vielen Befragten als extrem ungerecht empfunden wird. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, forschungsbasiert zu zeigen, wie es besser gehen kann.

TS: Welche gesellschaftlichen Akteure müssen aus Eurer Sicht zusammengebracht werden, um eine möglichst breite und gute Debatte über die Transformation von Arbeit zu führen?

CB/CS: Wir brauchen auf jeden Fall die Akteure der Klimabewegung als Verbündete. Der Kampf um gute Arbeitsbedingungen und gegen den Klimawandel sollte gemeinsam geführt werden. Hier passiert gerade sehr viel an Bündnisarbeit zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden – das ist eine sehr gute Entwicklung. Die ist natürlich nicht spannungsfrei, aber es gelingt zunehmend, mit Blick auf die Mobilitätswende oder die Dekarbonisierung der Industrie gemeinsame Interessen zu definieren, trotz aller Differenzen.

Und wir brauchen einen intensiven Austausch zwischen der Wissenschaft und den Medien. Wir nehmen inzwischen beim Thema „Digitalisierung des Arbeitsmarktes“ - im Gegensatz zum ersten Hochlauf der Debatte, also bemerkenswerterweise nach dem Hype – von Seiten der Journalist*innen ein steigendes Interesse an substanzieller Forschung wahr, um differenziert zu berichten. Wir haben als

Hans-Böckler-Stiftung systematisch daran gearbeitet, uns einen Ruf zu erarbeiten, solche Forschung zu betreiben und zu fördern, das zahlt sich inzwischen aus. Wir hoffen, dass uns das auch hinsichtlich der sozial-ökologischen Transformation gelingt.

Es gibt aber auch an vielen Stellen Interessenüberschneidungen zwischen den Sozialpartnern, insbesondere mit Blick auf die staatliche Förderung des ökologischen Umbaus. Wir wollen zeigen, und können es mithilfe von Forschung auch schon zeigen, dass ein sozialpartnerschaftlich vorangetriebener Umbau nachhaltiger ist.

TS: Welche Zielkonflikte bzw. welche unterschiedlichen Prioritätensetzungen gibt es bei Debatten um die Transformation von Arbeit? Nicht nur mit Blick auf die Spaltungslinie zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch mit Blick auf die Situation innerhalb eines sich als links verstehenden Lagers?

CB/CS: Wichtig erscheint uns, zu schauen, welche Zielkonflikte, die in der politischen Debatte ausgetragen werden, gar keine sind. Aktuell wird eine Erzählung dominant, die lautet: Je schneller die ökologische Transformation stattfindet, desto ungerechter ist sie. Diese Denkfigur wird symbolisiert durch den konservativen Kampfbegriff „Klimapolitik mit der Brechstange“. Wir wollen mit unseren Forschungsprojekten zeigen, dass Tempo und Sozialverträglichkeit sich nicht ausschließen.

Innerhalb des sich als links verstehenden Lagers scheint sich der zentrale Konflikt um die Idee von „Degrowth“ zu drehen, um die Frage, ob es – ökologisch – wünschenswert ist, dass die Wirtschaft in Deutschland schrumpft. Aber wenn der Wirtschafts- und Klimaminister sagt: „Wir werden ärmer werden“, darf das aus unserer Sicht nicht heißen, dass wir alle ärmer werden. Es gibt viele Menschen in unserem Land, bei denen definitiv keine Luft nach unten ist. Was also wachsen soll und was schrumpfen soll – und wie sowohl das Wachsen als auch das Schrumpfen zu verteilen ist, das wird der Gegenstand der Aushandlung

sein müssen. Aus diesem Grund fördern wir zum Beispiel aktuell ein Projekt, das zeigt, welche Rolle die Vermögenssteuer bei der sozial-ökologischen Transformation spielen kann.

Dazu gehört auch die Frage, welche Rolle Deutschlands Wirtschaft in der globalen Arbeitsteilung spielt. Gehen wir voran bei der Dekarbonisierung der Wirtschaft, oder lassen wir energieintensive Produktion dorthin wandern, wo aktuell die Energiepreise niedrig sind? Es ist das deutsche Wohlstandsmodell, das gerade in Verhandlung steht, und die Frage, welche Rolle die Industrie spielt.

TS: In öffentlichen Debatten kommt immer öfter auch von linken Akteuren die Forderung auf nach „follow the science“. Gerade kritische Sozialwissenschaften haben sich während der Jahre des Neoliberalismus immer gegen eine vermeintlich zwangsläufige Ableitung sozial- und wirtschaftspolitischer Politik aus „der“ wissenschaftlichen Erkenntnis gewehrt, und die Gestaltungsmöglichkeiten und Aushandlungsnotwendigkeiten bei politischem Handeln betont. Wie nehmte Ihr aktuell diese Diskussion war, am sichtbarsten natürlich bei der Diskussion über das Verhältnis von Klimaschutz etwa zu Industriepolitik und Fragen der sozialen Entwicklung?

CB/CS: Klar ist: Die planetaren Grenzen sind nicht verhandelbar. Hier nicht auf die Wissenschaft zu hören, wäre fatal. Aber wie der nötige Wandel geschieht, der auf die Klimakatastrophe reagiert, ist gestaltbar und muss daher Gegenstand von Aushandlung sein. In einer Demokratie kann zudem nie allein der Logik nur eines Teilsystems gefolgt werden; diese Logik muss immer in Beziehung gesetzt werden zu politischen Werthaltungen und anderen Zielen von Staatshandeln. Das verstehen wir unter einem Prozess der politischen Willensbildung, der nötig ist, um Legitimation herzustellen. Bei solch gravierenden Fragen, wie sich Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft angesichts der sozial-ökologischen Transformation zu verändern haben, sind de-

mokratische Aushandlung und Kompromissfindung dringend notwendig.

Wissenschaft kann uns zeigen, wann welche Kippunkte erreicht sind, ab denen die Gestaltbarkeit definitiv endet. Wünschenswert wäre es jedoch, wenn Wissenschaft in der Transformation die Wirkung solcher Definitionen in der Gesellschaft reflektieren würde und aus sich heraus bereits den Raum für Verbindendes öffnen könnte durch neue Wege inter- und transdisziplinärer Kooperation.

Politik und Sozialpartner haben die Aufgabe, basierend auf Forschung zu definieren, wie der Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft aussieht. Es gibt nie den einen, den alternativen Weg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es nicht nur ökologische, sondern auch gesellschaftliche Kippunkte gibt. Punkte also, ab denen die Gesellschaft auseinanderfliegt – oder im positiven Sinne: Punkte, ab denen sich eine positive Dynamik entwickelt. Ob das gelingt, hat aus unserer Sicht viel mit Selbstwirksamkeit zu tun und der Zuversicht, dass die Maßnahmen auch wirken. Daraus leiten wir beispielsweise den Forschungsauftrag für uns ab, zu zeigen, welche Rolle Akteure der Mitbestimmung beim Umbau spielen können.

TS: Welchen Beitrag kann Forschung zu solchen Diskussionen leisten? Wo liegen die Stärken der Einbeziehung von wissenschaftlicher Erkenntnis, was muss zugleich dabei beachtet werden?

CB/CS: Forschung leistet natürlich schon einen großen Beitrag dazu, das Ausmaß und die Folgen des Klimawandels zu zeigen. Unsere Forschung hat einen anderen Auftrag – sie nimmt die Perspektive der Arbeitnehmenden ein und stellt die Frage in den Mittelpunkt, wie gute Arbeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt angesichts des naturwissenschaftlich Unumstrittenen aussehen kann. Das klingt zunächst allgemein, ist es aber nicht, weil es sich in zahlreiche Unterfragen aufgliedert, die sich auf Governance, auf Arbeitsorganisation, auf Verteilungsfragen, auf Branchen und vieles weitere beziehen. Aus unserer Sicht ist es

wichtig, die Forschenden immer wieder in Austausch miteinander und mit den Stakeholdern zu bringen. Das gelingt zum Beispiel sehr gut in unseren Forschungsverbänden, wo mehrere Forschungsprojekte unterschiedliche Aspekte einer großen Forschungsfrage beleuchten und es eine Begleitstruktur gibt, in der beispielsweise Gewerkschaften und Akteure der Mitbestimmung immer wieder ihre Perspektive einbringen und die Forschungsprojekte immer wieder mit den Fragen aus der Praxis konfrontiert werden. Davon profitieren alle Beteiligten. Diese Form der gesellschaftlichen Anbindung wird von den Forschenden zunehmend geschätzt, weil sie merken, dass es konkrete Abnehmer*innen für ihr Wissen gibt und das sie mit ihrer Forschung Impact erzeugen können.

TS: Welche konkreten Forschungsthemen und Projekte leiten sich für Euch daraus ab?

CB/CS: Um ein paar Beispiele zu geben: Wir haben im Mai 2022 den Forschungsverbund „Sozial-ökologische Transformation“ gestartet. Hier wird aktuell an neun Themen geforscht, und zwar auf drei Ebenen: auf der betrieblichen Ebene, auf der Branchenebene und auf der Governance-Ebene. Es gibt z.B. ein Projekt, das ganz konkret erforscht hat, wie Wasserstoff in der Stahlindustrie eingesetzt werden kann, welche Weichenstellung dafür nötig sind und welche Qualifikationsanforderungen das für die Arbeitnehmerinnen mit sich bringt. Ein anderes Projekt schaut sich an, wie Kommunen und Unternehmen der Daseinsvorsorge zu Schlüsselakteuren der Klimawende werden und welche Rolle die Beschäftigten und Betriebsräte dabei spielen. Ein drittes Projekt beforscht die verteilungspolitischen Auswirkungen unterschiedlicher Technologien und klimapolitischer Ansätze.

Wir fördern aber auch zunehmend Projekte, die man als Teil einer Renaissance der „Arbeiterbewusstseinsforschung“ beschreiben könnte. Hier geht es um subjektives Transformationserleben, um Anspruchsmuster, Konfliktbereitschaft, Umgangsstrategien etc.

TS: Zusammengefasst: welchen Pfad müssen progressive Akteure gemeinsam im Sinne einer solidarischen und ökologischen Transformation unserer Arbeitsgesellschaft weitergehen?

CB/CS: Die Transformation kann nur gelingen, wenn sie demokratisch, sozial und nachhaltig gestaltet wird. Arbeit war und ist der zentrale Ort gesellschaftlicher Integration. Mit anderen Worten: Ob der notwendige soziale Frieden gewahrt wird, entscheidet sich in der Arbeit und rund um die Arbeit. Denn Demokratie muss gelebt werden, und in welchem Ausmaß Menschen dies auch tatsächlich tun können und wollen, hängt auch davon ab, unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Eine „Transformationspolitik“ muss hier ihren Ausgangspunkt nehmen.

Im Zusammenspiel mit Gewerkschaften, den betrieblichen Interessenvertretungen und der Mitbestimmung auf der Ebene der Unternehmensführung können auf den unterschiedlichen Ebenen des Handelns im Betrieb, in der Tarifpolitik und auf staatlicher Ebene die notwendigen Veränderungen eingeleitet werden, um die ökologische Wende zu gestalten, Stabilität und Sicherheit für die Beschäftigten zu ermöglichen und einen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungspfad nicht zu gefährden. Die Stärkung der Betriebsverfassung, der Unternehmensmitbestimmung und Tarifbindung sind daher die Grundlagen für eine „Transformationspolitik“, die die Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der Menschen ins Zentrum stellt. Hier braucht es nun endlich verbindliche Maßnahmen der Bundesregierung. Unsere Forschung zeigt, ohne eine funktionierende Mitbestimmung wird es nicht gelingen, die Anforderungen durch Dekarbonisierung und Digitalisierung zu erfüllen, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. ■

Junge Arbeit – Chancen der Transformation für junge Arbeitnehmer*innen

von Jessica Rosenthal¹

„When day comes, we ask ourselves, where can we find light in this never-ending shade?“ – dichtet Amanda Gorman über die aktuelle Perspektive junger Menschen auf die Welt. Viele junge Menschen sind geprägt von dem dauerkrisenhaften Zustand der vergangenen Jahre: Coronapandemie und globale Finanzkrisen, Krieg in Europa und Inflation, die Bedrohung der Demokratie von rechts und als sei dies alles noch nicht genug: der Kampf gegen die Klimakrise als Menschheitsherausforderung.

Keine junge Generation der Nachkriegszeit hat solch eine verdichtete Krisenzeit erlebt. Ein Gefühl starker Verunsicherung dominiert und drei Viertel der unter 30-Jährigen blicken besorgt in die Zukunft. Die Suche nach dem Licht in dem niemals endenden Schatten fällt den meisten jungen Menschen schwer. Deshalb würden auch 37 Prozent der jungen Menschen davon ausgehen, dass ihre Zukunft in drei Jahren schlechter aussieht als jetzt. 68 Prozent der Jugendlichen sorgen sich, dass sie mit ihrer Familie aufgrund der hohen Preise und finanziellen Belastungen in Zukunft in Armut leben müssen.

Und das sind nicht bloße Hirngespinnste oder Gefühle, ein Blick auf die Zahlen macht das deutlich: Mehr als ein Viertel der 18- bis 25-Jährigen ist von Armut betroffen oder gefährdet. Studierende sind sogar noch mehr betroffen: Fast 40 Prozent von ihnen waren 2021 armutsgefährdet. Das ist auch kein Wunder, wenn man sich die Kosten anschaut, mit denen junge Menschen mit ihrem häufig geringen Einkommen konfrontiert sind. So kostete 2022 ein durchschnittliches WG-Zimmer 68 Prozent des BAföGs für zum Beispiel eine*n angehende*n Erzieher*in oder andere Fachschüler*innen.

Gerne wird an dieser Stelle jungen Menschen vorgeworfen, dass es sich dabei um Angst vor dem bloßen Wohlstandsverlust und dem Wunsch nach Luxus handelt. Doch das verkennt die Realität: Es geht um das existenzielle Bedürfnis nach Sicherheit. Soziale Sicherheit genauso wie finanzielle Sicherheit und die Gewissheit, dass das Leben auf unserem Planeten lebenswert bleibt. Aber auch die Furcht vor dem Verlust sozialer Werte und Errungenschaften wie zum Beispiel die Gleichberechtigung aller Geschlechter und gesellschaftliche Vielfalt.

Für die gesellschaftliche Linke müssen diese Befunde alarmierend sein. Als emanzipatorische Bewegung geht es der Sozialdemokratie und erst recht den Jungsozialist*innen darum, Herrin über die eigene Zukunft zu sein und dafür Sorge zu tragen, dass sie besser wird. Wenn im Strudel von Krise und Kapitalismus gerade auch junge Menschen keine Erwartungen mehr an diese Zukunft haben, – für was sollte es sich dann lohnen zu kämpfen?

Es ist also kein Wunder, dass junge Menschen in einer Vielzahl der aktuellen Befragungen eine Arbeit mit einem sicheren Einkommen als einen der größten Wünsche priorisieren, wie zuletzt auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Studie zu Jungwähler*innen feststellte. Es geht ihnen um Kernthemen der Sozialdemokratie: Sich ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit und auf einem intakten Planeten zu ermöglichen. 80 Prozent der 16- bis 26-Jährigen in Europa sorgen sich wegen des Klimawandels, mehr als 40 Prozent sogar sehr. Die Beschäftigung mit dem Thema führt häufig zu Angst, Trauer, Wut und Hoffnungslosigkeit. Dabei reflektieren viele junge Menschen – insbesondere auch aus dem globalen Norden – ihre Rolle sowohl als Betroffene aber auch als Mit-Verursacher*innen von Umweltbelastungen. Noch etwas fällt aber auf: Der Trend von vor ein paar Jahren, dass

¹ Jessica Rosenthal ist Bundesvorsitzende der Jusos und SPD-Bundestagsabgeordnete aus Bonn. Davor war sie Gesamtschullehrerin an einer Schule in Bonn.

die Bekämpfung der Klimakrise vor allem auf individueller Ebene thematisiert und damit auch vermeintlich gelöst werden muss, scheint gebrochen. So gaben 2021 nur knapp 19 Prozent der befragten Jugendlichen an, dass Industrie und Wirtschaft ausreichend tun.

Es wird deutlich: Eigentlich müsste es die Sozialdemokratie sein, die mit ihren Versprechen auf soziale Sicherheit, auf die Verbindung von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit, mit ihrem internationalen Profil junge Menschen von sich und ihrer Vision überzeugt. Die Realität sieht vielfach anders aus. Vielmehr erscheint es so, als ob gerade die Grünen mit ihren Warnungen vor dystopischen Beschreibungen der Zukunft durchdringen würden. Doch woran liegt das?

Ein Teil der Antwort ist in meinen Augen darin begründet, dass es uns als Sozialdemokratie nicht hinreichend gelingt, all den Wandel, der vor uns liegt, damit zu verbinden, dass es in Zukunft besser wird. Wofür soll man kämpfen, wenn man von der Zukunft nur erwartet, dass es nicht ganz so schlimm wird?

Dabei haben wir alle Mittel, genau das deutlich zu machen. Natürlich wird der ökologische Umbau unserer Industrie schwierig. Natürlich benötigt es harte politische Arbeit, um nicht nur Arbeitsplätze zu erhalten, sondern noch neue zu schaffen. Dafür braucht es den politischen Willen, grundlegend Dinge anders zu machen als bisher. Es geht darum, diejenigen, die durch klimaschädliche Subventionen privilegiert sind, von diesen Privilegien zu entbinden. Allein die Abschaffung der zehn klimaschädlichsten Subventionen würde uns in Deutschland 46 Milliarden Euro pro Jahr bringen und gleichzeitig Emissionen in Höhe von fast 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr einsparen. Es geht darum, dass diejenigen die Mittel für diese Aufgaben aufwenden, die von dem bisherigen System profitieren. Es geht um radikale Umverteilung.

Die „Big Five“ der Öl-Konzerne haben zum Beispiel im vergangenen Jahr zusammen einen Profit von rund 190 Milliarden Dollar gemacht. Damit sind sie nicht nur Profiteure des

Krieges in der Ukraine, sondern haben in den vergangenen Jahrzehnten auch ordentlich zur Klimakrise beigetragen. Jetzt ist es an der Zeit, uns klimaschädliche Unternehmensgewinne als Gesellschaft endlich wieder zurückzuholen und damit den nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft zu finanzieren.

Für unsere Klimaneutralität bis 2045, die Modernisierung unserer Infrastruktur und die notwendige Digitalisierung werden in den nächsten zehn Jahren zusätzliche investive Ausgaben in Höhe von 600 bis 800 Milliarden Euro notwendig sein. Auch für die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft werden wir voraussichtlich bis zum Jahr 2050 mehr als 200 Milliarden Euro investieren müssen. Diese Größenordnungen zeigen: Mit unserer bisherigen Haushaltspolitik ist kein Blumentopf zu gewinnen. Da mag man sich einreden, dass ein Sondervermögen Klimaschutz ein guter Anfang sei, weit kommt man damit aber nicht. Wir müssen endlich diese verdammte Schuldenbremse streichen. Noch wichtiger bleibt jedoch: Erbschaften und Vermögen müssen für die steigenden Kosten herangezogen werden. Wir müssen endlich Schluss damit machen, zu zaghaft diese Agenda zu setzen.

Dann bleibt es vor allem entscheidend, dass deutlich wird, wem diese zusätzlichen Ausgaben zugutekommen. Zum einen, indem Bürger*innen endlich wieder vor Ort in den Kommunen erfahren, dass der Staat handlungsfähig ist. Die großen Folgen der falschen neoliberalen Politik müssen überwunden werden: Die Bahn kann ausgebaut und deutlich billiger werden, Wohnraum geschaffen, Personal in Planungsbehörden eingestellt werden.

Vor allem aber können wir die Wachstumspotenziale der Kreislaufwirtschaft voll ausschöpfen. Uns muss gelingen, deutlich zu machen, dass mehr gut bezahlte saubere Industriearbeitsplätze entstehen können und sie nicht wie aktuell gefährdet sind. Dann bin ich sicher, dass die ökologische Wende nicht als Bedrohung, sondern als Chance begriffen wird. Gleiches gilt für den Umbau der Energiewirtschaft. Die Dezentralität bietet gute Möglichkeiten, diese endlich genossenschaft-

lich zu organisieren und auch für die Kommunen echtes Gewinnpotenzial zu schöpfen. Dafür aber müssen jetzt Gelder bereitgestellt werden, um Bürger*innen ebenso wie Gemeinden in die Lage zu versetzen, diese Investitionen tätigen zu können.

Eine der zentralen Fragen der Umverteilung bleibt, dass diejenigen profitieren, die ihre Arbeitskraft für die Sicherstellung ihres Einkommens einbringen können, nicht aber ihr Vermögen. Hierfür muss nicht nur die Steuerbelastung anders verteilt werden als bisher. Ich bin mir sicher, dass gerade die Frage der Arbeitszeit ein zentrales Element dieser Umverteilung bleibt. In ihrer 160-jährigen Geschichte hat die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitszeit halbieren können. Dieser Erfolgsweg muss fortgesetzt werden. Denn die steigenden Produktivitätsgewinne dürfen nicht bei denen bleiben, denen Unternehmen und Kapital gehören.

Das Modell der 40-Stunden-Woche hat schlichtweg ausgedient. Das sehen auch 81 Prozent der Beschäftigten so und sprechen sich für die 4-Tage-Woche aus, der Großteil davon bei vollem Lohnausgleich. Insbesondere wenn wir uns auch noch einmal auf junge Menschen besinnen, dann ist hier der Wunsch, flexibler zu arbeiten, noch einmal umso größer.

Zumal die Studien zum Beispiel aus Großbritannien zeigen, dass mit weniger Arbeitszeit häufig nicht einmal Produktivitätseinbußen einhergehen. Das Gegenteil ist der Fall: Durch gesündere und weniger gestresste Beschäftigte entstehen Produktivitätssteigerungen. Dadurch können auch ganze Branchen wieder attraktiver werden und dem vermeintlichen Mangel an Fachkräften entgegenwirken. Es bleibt elementar, sich für die 4-Tage-Woche laut und vernehmlich einzusetzen. Deshalb war es auch richtig, dass sich die SPD bei ihrem Konvent auf Druck der Jusos dazu bekannt hat. Es ist gut und richtig, dass Saskia Esken als Vorsitzende dieses Thema an der Seite der IG Metall vorantreibt. Die ganze SPD sollte folgen. Gerade die Arbeitszeitverkürzung macht nämlich deutlich: Die Fortschrittsgeschichte geht weiter – und zwar nicht

abstrakt für irgendwen, sondern für jede und jeden einzelnen.

Und hier schließt sich auch wieder der Kreis zur Transformation: Wenn man die Notwendigkeit für diesen gesellschaftlichen Wandel unseres Arbeitens weiterhin versucht kleinzureden, weiterhin versucht, in alten Denkmustern und Ansprüchen zu verharren, dann setzt man aber noch viel mehr aufs Spiel als das Bestehen eines einzelnen Betriebes. Photovoltaik- und Windkraftanlagen werden sich nicht von allein aufbauen, Häuser dämmen sich nicht von allein und Wärmepumpen müssen auch von Menschen installiert werden. Dafür braucht es Fachkräfte, sogar richtig viele. Wenn man aber nicht bereit ist, deren Anforderungen an Arbeit zu entsprechen – und vor allem auch nicht auszubilden –, dann wird die Transformation in Deutschland schnell zu einem Rohrkrepiere.

(Berufs-)Ausbildung ist ein essenzieller Bestandteil der Antwort auf die Frage junger Menschen nach finanzieller Sicherheit. Deshalb kommen wir auch nicht drum herum, – ähnlich wie bei der Arbeit – über Ausbildungsbedingungen und -möglichkeiten zu sprechen.

Mehr als 80 Prozent der Betriebe bilden nicht mehr aus. Das ist beschämend, vor allem weil die Mär vom Fachkräftemangel gerne auch vermeintlich arbeits- und ausbildungsunwilligen jungen Menschen in die Schuhe geschoben wird. Es fehlt bei Weitem nicht an jungen Menschen, die arbeiten oder eine Ausbildung machen wollen. Was fehlt, sind passende Rahmenbedingungen und Arbeitgeber*innen, die sich auf junge Menschen einstellen! Dabei ist das auch im Hinblick auf unsere notwendige Transformation mehr als fatal.

Die vom Bundestag vor Kurzem beschlossene Ausbildungsgarantie, die endlich jungen Menschen eine Berufsausbildung garantiert, ist ein erster Lichtblick. Damit haben wir endlich eine Antwort für all die jungen Menschen, die bisher keinen Berufsabschluss haben. Davon gibt es jede Menge: 2,6 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren hatten im vergangenen Jahr in Deutschland keinen

Berufsabschluss. Noch viel frustrierender ist die Zahl der jungen Menschen, die sich weder in Ausbildung, Schule oder Arbeit befinden – und die wir damit quasi durch alle Systeme haben fallen lassen. Davon waren 2021 mehr als 630.000 15- bis 24-Jährige betroffen. Aus individueller Perspektive tragisch und auch aus gesellschaftlicher Perspektive nicht tragbar.

Im nächsten Schritt muss nun die Umlagefinanzierung folgen, damit all die Betriebe zur finanziellen Verantwortung gezogen werden, die selber nicht ausbilden und sich damit verweigern, Fachkräfte der Transformation auszubilden. Dass die Umlagefinanzierung es nicht in den aktuellen Koalitionsvertrag geschafft hat, ist bedauerlich. Deswegen muss zumindest noch die Förderung von tariflich vereinbarten Ausgleichsfonds erfolgen, wie sie auch von den Koalitionspartner*innen vereinbart wurde. Dass dies aber nur ein kleiner Schritt ist, zeigt uns Bremen. Dort wurde von der rot-grün-roten Regierung dieses Jahr kurz vor der Wahl noch das Versprechen eines Aus-

bildungsfonds auf Länderebene umgesetzt. Ein guter Beweis dafür, warum es sich lohnt, für linke Mehrheiten zu kämpfen!

Es reicht nicht, nur hier und da nach zu steuern. Ein bisschen Umverteilung hier, ein bisschen Investition mit einem Sondervermögen da, das reicht nicht. Das ist die Strategie, die gerade gefahren wird. Die Herausforderungen der Zukunft sind aber zu groß dafür. Wir müssen wieder deutlich machen, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Mitnichten dürfen wir uns auf eine Erzählung einlassen, die den Weltuntergang beschreibt und maximal die Hoffnung darauf in Aussicht stellt, dass es nicht ganz so schlimm wird. Die Transformation wird für alle Menschen ein gerechteres und besseres Leben bereithalten, – wenn wir die Verteilungsfrage, man könnte sagen die Klassenfrage in den Mittelpunkt stellen. Nicht zuletzt auch im globalen Maßstab. Ich wünsche mir, dass sich die SPD zu diesem glasklaren Profil bekennt.

Ich wünsche mir, dass wir statt Dystopie wieder Mut haben für Utopie. ■

PROKLA

PROKLA. Seit 1971

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

Schwerpunktthemen

- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)
- Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)
- Nr. 210: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien (1/2023)
- Nr. 211: Tarifvertrag (2/2023)

Probeheft anfordern!

PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de

Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de

BERTZ + FISCHER

■■■

Jetzt auch im
**Digital- und
Sozial-Abo**^{*}
ab 29,- Euro im Jahr
^{*} und im Förder-Abo!

BERTZ + FISCHER

Care Arbeit: Weiblich, migrantisch, nicht-weiß.

von Sarah Mohamed



☞ Sarah Mohamed ist 31 Jahre alt, lebt in Bonn und hat dort Geschichte und Philosophie studiert. Seit Oktober 2022 ist sie stellvertretende Juso Bundesvorsitzende und dort für die Themen Antirassismus, Feminismus, Migration, Inneres und Klima und Umwelt zuständig.

Foto: © Josefine Birkholz

„Keine menschliche Produktion ist möglich, ohne dass die Natur schon produziert hat, und keine Erwerbsarbeit ist möglich ohne vorher geleistete Sorgearbeit“, so beschreibt die Ökonomin Adelheid Biesecker den zentralen Stellenwert der Sorgearbeit im Kapitalismus.¹ Frauen übernehmen weltweit einen überwältigenden Teil dieser zentralen Sorgearbeit. Sorgearbeit, beziehungsweise der aus dem angelsächsischen akademischen Diskurs entlehnte Begriff „Care-Arbeit“, meint Arbeit wie Haushaltsarbeit, Pflege, aber auch emotionale Fürsorgearbeit. Oder, um es mit dem Begriff der marxistischen Theorie zu sagen: die Reproduktionsarbeit.

Sie ist die Arbeit, die nötig ist, um die Arbeitskraft für den Markt zu produzieren und zu erhalten. Das ist hierbei die wichtigste Aufgabe des gesellschaftlichen Konstrukts der Familie. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben heteronormative Familien den Zweck, der Arbeitskraft Erholung und Fürsorge zu geben, damit sie weiter für die Produktionsarbeit erhalten bleibt. Den Frauen fällt dabei eine ganz besondere Rolle zu. Nicht umsonst beschreibt die vielfach diskutierte Autorin Emilia Roig die Ehe als eine der Institutionen, die die Ungleichheit und Unterdrückung der Frauen in unserer Gesellschaft produziert und aufrechterhält.²

Oxfam zeigt in seiner Studie „Im Schatten der Profite“, wie drastisch ungleich die Arbeit im Haushalt gesellschaftlich aufgeteilt ist. Männer werden im weltweiten Durchschnitt für mehr als 80 Prozent ihrer Arbeitszeit entlohnt, während Frauen im Durchschnitt mehr Zeit mit Arbeit verbringen, aber nur für rund 41 Prozent ihrer Arbeitszeit eine Entlohnung erhalten. Der Grund dafür sind soziale Rollenverteilungen in Familien und in der Gesellschaft. Die Ehe und das daran angelehnte dominante Verständnis von Familie führen insgesamt dazu, dass Aufgaben wie die Pflege von Nahestehenden und Fürsorge für Familienmitglieder weltweit, zu drei Vierteln von Frauen geleistet werden.³

Dabei ist die Frage, welche Form der Arbeit entlohnt und bezahlt ist und welche nicht, keine willkürliche. Die geschlechterkritische ökonomische Analyse, der sich auch Adelheid Bieseckers bedient, zeigt auf, wie die moderne kapitalistische Wirtschaft entlang der Trennung zwischen dem „Produktiven“ und dem sogenannten „Unproduktiven“ strukturiert ist. Hierbei gilt das „Produktive“ nur als die überproportional männlich besetzte Erwerbsarbeit, während das „Unproduktive“ zumeist weiblichen Tätigkeiten jenseits des Marktes entspricht. In der gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung zählt dabei nur die Erwerbsarbeit als „echte“ Arbeit,⁴ die es auch entsprechend zu honorieren und zu respektieren gilt.

Hinzu kommt, dass diese erwiesene ungleiche Verteilung von Haushalts-Verpflichtungen und Arbeit, die sich im „Gender Care Gap“ messen lässt, dazu führt, dass Frauen fester in den privaten Raum hinein- und stark aus dem öffentlichen Raum herausgedrängt werden.

³ Oxfam: <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/oxfams-bericht-sozialer-ungleichheit-time-to-care-schatten-profite>, 2020 [letzter Aufruf: 21. Juni 2023].

⁴ Adelheid Biesecker, „Vorsorgendes Wirtschaften“: Zum Verhältnis von Zeit- und Güterwohlstand aus der Geschlechterperspektive – 9 Thesen, WSI-Herbstforum, Berlin, 27./28.11.2014.

¹ Adelheid Biesecker, „Vorsorgendes Wirtschaften“: Zum Verhältnis von Zeit- und Güterwohlstand aus der Geschlechterperspektive – 9 Thesen, WSI-Herbstforum, Berlin, 27./28.11.2014.

² Emilia Roig, Das Ende der Ehe: Für eine Revolution der Liebe, 2023.

Die Konsequenzen dieser Belastungen durch unbezahlte Care-Arbeit sind weitreichend. Die Mehrbelastung in der Familie erschwert und verhindert politische Partizipation, die Organisation in öffentlichen Räumen und auch das Übernehmen von mehr Verantwortung im Beruf. Viele strukturelle Repräsentations-Lücken in Politik und Wirtschaft lassen sich nicht ohne diesen Zusammenhang erklären.

Gleichzeitig entfaltet die Tatsache, dass auch in der bezahlten Care-Arbeit überproportional Frauen beschäftigt sind, eine andere verheerende Wirkung. Die Beschäftigung beispielsweise in der Pflege und der Reinigung führt dazu, dass vor allem Frauen ihr Leben in prekären Lohnverhältnissen verbringen. Maria Mies kommt deshalb folgerichtig in Ihrer Analyse „Patriarchat und Akkumulation im Weltmaßstab: Frauen in der internationalen Arbeitsteilung“ zu dem Ergebnis, dass die ungleiche Verteilung der Care-Arbeit ein wichtiges Instrument des Patriarchats und Kapitalismus ist, um Frauen zu unterdrücken und auszubeuten - und dass der Kapitalismus ohne materielle Unterdrückung und Ausbeutung der Frau im Patriarchat nicht funktionieren kann.⁵

Wer sorgt? Sklavinnen und Gastarbeiterinnen

Doch die Ausprägung dieser Ausbeutungsverhältnisse ist nicht überall gleich. Besonders im Globalen Norden gehen Frauen trotz Gender Care Gap zunehmend in die Erwerbsarbeit. Bestimmten Frauen gelingt es auch, in gut bezahlte Erwerbsarbeit zu gehen und sich so einen größeren Teil des erwirtschafteten Wohlstands zu sichern. Emanzipatorische Kämpfe haben dazu sicherlich ihren Beitrag geleistet, aber reicht das als alleinige Erklärung?

Im globalen Kapitalismus ist die Ausbeutung rassifizierter Frauen und migrantischer Frauen eine Realität, von der auch weiße

Frauen aus dem Globalen Norden profitieren. Eleonora Roldán Mendivil und Hannah Vögele zeigen in ihrem Aufsatz „Soziale Reproduktion, Geschlecht und Rassismus“ aus dem Band „Die Diversität der Ausbeutung“ eine Linie rassistischer, kapitalistischer, kolonialer und patriarchaler Ausbeutung von Sklaverei über Gastarbeiter*innen bis hin zu globaler Reproduktion heute: „Haushaltsarbeit wurde historisch nicht nur entlang vergeschlechtlichter, sondern auch entlang kolonialer und rassifizierter Linien abgewertet und ausgelagert.“⁶

Die Ausbeutung von Frauen aus den ehemaligen Kolonien hat in europäischen Familiengeschichten eine nachweisliche Kontinuität. Europäer*innen beuteten versklavte Frauenkörper aus zur Reproduktion von Arbeitskräften. Kinder der Sklavinnen gingen automatisch in den Besitz der europäischen Sklavenhalter über. Schwarze Frauen wurden vergewaltigt, damit sie immer weiter Arbeitskräfte für die weißen Sklavenhalter*innen produzieren. Außerdem übernahmen versklavte Frauen auch Haushaltsarbeit in den Häusern der Europäer*innen. Es war nun möglich für eine Gruppe von privilegierten weißen Frauen, die Care-Arbeit zu Hause an andere auszulagern.

Diese Geschichte setzt sich auch in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik weiter fort. Ab den 1950er Jahren wurden die sogenannten „Gastarbeiter*innen“ in die Bundesrepublik geholt. Die Arbeitsleistung der Gastarbeiter*innen hatte einen großen Anteil am Wohlstand West-Deutschlands für das sogenannte Wirtschaftswunder. In diesem Zusammenhang wurden auch gezielt Gastarbeiterinnen angeworben. Sie wurden noch schlechter bezahlt als die männlichen Gastarbeiter oder weiße deutsche Frauen. Sie wurden in der Industrie eingesetzt, aber auch viel im Dienstleistungssektor, zum Beispiel in der Hauswirtschaft und im Pflegesektor.

5 Mies, Maria. 1986. Patriarchy and Accumulation on a World Scale : Women in the International Division of Labour. London Atlantic Highlands N.J. USA: Zed Books ; Distributed in the U.S.A. and Canada by Humanities Press.

6 Eleonora Roldán Mendivil, Hannah Vögele: Soziale Reproduktion, Geschlecht und Rassismus. Aus: Eleonora Roldán Mendivil, Bafta Sarbo (Hrsg.): Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus, Berlin 2022.

Und auch heute noch spielen Prozesse der Migration eine zentrale Rolle für die patriarchale und kapitalistische Ausbeutung, um Care-Arbeit billig auszulagern. Migrantische Arbeiter*innen werden durch rassistische Diskriminierung und Instrumente wie Angst vor Abschiebung und Sanktionen massiv unter Druck gesetzt. Viele durch Arbeitskämpfe erstrittene Rechte von Arbeiter*innen gelten für Migrant*innen nicht.

Die von vielen liberalen und auch sozialdemokratischen Politiker*innen umgesetzte Migrationspolitik verbindet Aufenthaltsrechte und Staatsbürgerschaft mit Beschäftigungsverhältnissen. Nach dem Motto: „Hier darf nur bleiben, wer auch arbeitet.“ Die daraus resultierende Angst und der Druck sind groß, so können Migrant*innen unterdrückt und als schlecht bezahlte Arbeitskräfte in Schwarzarbeit und unterhalb des Mindestlohns ausgebeutet werden. Und dies betrifft auch den Bereich der bezahlten Care-Arbeit, der vielfach von Migrantinnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen besetzt wird. Ob als 24-Stunden-Pflegekraft oder Reinigungskraft, Migrantinnen übernehmen die Care-Arbeit, die weiße deutsche Frauen entlastet und in der gesellschaftlichen Debatte ausschließlich als emanzipatorische Erfolge betrachtet werden. Auch in der Sexarbeit bestehen koloniale Strukturen fort und rassifizierte weibliche Körper werden massiv ausgebeutet.⁷

Soziale Reproduktionsarbeit ausgelagert

Die Frauenerwerbsquote nimmt zu, aber Männer übernehmen nicht in gleichem Maße mehr Care-Arbeit. Das bedeutet, die Care-Arbeit wird nur unter Frauen umverteilt. Arlie Hochschild prägt das Konzept der „Care Chains“, „globaler Betreuungsketten“. Es geht in dem Konzept darum, dass zum Beispiel Frauen im Herkunftsland das Kind einer Migrantin betreuen, die das Kind einer erwerbstätigen Frau, in der Regel in einem Land des Globalen Nordens, betreut. Diese Betreuungsketten gehen entlang von Armutsgrenzen und entlang von Süd nach Nord und von Ost nach

West. Die Migrantinnen arbeiten in prekären und deregulierten Arbeitsverhältnissen. Sie sind meist 24 Stunden rund um die Uhr bei den Familien, für die sie die Sorgearbeit leisten. Sie leben oft gesellschaftlich isoliert, in Schwarzarbeit und starker Abhängigkeit ihrer Arbeitgeber*innen.⁸

Weibliche, migrantisierte und rassifizierte Klassenkämpfe

Es ist also wichtig, dass wir verstehen, welche Bedeutung Sexismus und Rassismus für das kapitalistische Wirtschaftssystem haben. Der Kapitalismus funktioniert durch ausbeuterische Unterdrückung vor allem gegenüber rassifizierten und migrantisierten Frauen. Claudia Jones, eine der führenden Schwarzen Aktivist*innen und Journalist*innen innerhalb der kommunistischen Bewegung in den USA, schrieb in ihrem Weckruf „An End to the Neglect of the Problems of the Negro Woman!“ im Jahr 1949 bereits, dass eine der krassesten Verfehlungen der gewerkschaftlichen Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse die Vernachlässigung der Probleme der Schwarzen Arbeiterinnen sei.

Die Gewerkschaften hätten es verpasst, gegen die Verbannung der Schwarzen Frauen in den vermeintlich „unproduktiven“ Teil des Haushalts und in die prekäre Arbeit zu kämpfen. Gleichzeitig hätten Sie es auch vollständig verpasst, die Arbeiterinnen im gesamten Care-Bereich zu organisieren.⁹ Die Tragweite dieses mehrfachen historischen Versagens erkennen wir heute.

Claudia Jones hat aber auch bereits früh die revolutionäre Kraft, die von Frauen und insbesondere Schwarzen Frauen ausgeht, erkannt. Das kapitalistische System braucht die (unbezahlte) Reproduktionsarbeit. Schon Schwarze Sklav*innen waren ein wesentlicher Bestandteil im Kampf für das Ende der Sklaverei. Ver-

⁸ Ursula Apitzsch, Marianne Schmidbaur: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/33149/care-migration-und-geschlechtergerechtigkeit/>, 2011 [letzter Aufruf: 21. Juni 2023].

⁹ Jones, Claudia, „An end to the neglect of the problems of the Negro woman!“ (1949). PRISM: Political & Rights Issues & Social Movements. 467.

⁷ Ebd.

weigerung sozialer Reproduktionsarbeit verleiht dem System tiefe Risse.

Auch Arbeiter*innenkämpfe der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ kamen aus der sozialen Reproduktionsarbeit: So gab es Anfang der 1960er Jahre zum Beispiel Streiks bei der Lohnarbeit aufgrund der prekären Wohnsituation sogenannter „Gastarbeiter*innen“, die in Lagern untergebracht waren. Diese Streiks inspirierten später andere Mieter*innenstreiks und Hausbesetzungen in Deutschland. Weiter sollte es in den 1970er Jahren für Kinder von Migrant*innen, also vor allem die Kinder der „Gastarbeiter*innen“ weniger Kindergeld geben als für die Kinder Deutscher. Dagegen formierte sich erfolgreich breiter Widerstand. Kämpfe um Miete, Bildung und Sozialleistungen sind wichtige Klassenkämpfe der Arbeiter*innenbewegung.¹⁰ Wir brauchen eine geschlechter- und rassismuskritische Auseinandersetzung mit der Frage, welche Teile der Geschichte von Arbeiter*innenkämpfen Zugang in unser kollektives Gedächtnis gefunden haben und welche nicht. Nur so können wir den Blick schärfen für die Aufgabe, die vom modernen Kapitalismus am schlimmsten betroffenen Menschen im Klassenkampf mitzudenken.

Der feministische Arbeiter*innenkampf ist antirassistisch und antikolonial

Die Steigerung der Frauenerwerbsquote ermöglicht mehr (materielle) Unabhängigkeit und (gesellschaftliche) Teilhabe. Doch dies darf nicht durch patriarchale, koloniale und rassistische Ausbeutung ermöglicht werden. Eine Steigerung der Frauenerwerbsquote darf auch nicht dazu führen, dass Frauen unter massiver Mehrfachbelastung leiden. Es braucht endlich eine gerechte Aufteilung und Entlohnung der Care-Arbeit. Dafür braucht es zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung. (Arbeits)Migration darf nicht durch rassistische und ausbeuterische Prozesse gestaltet werden. Wir brauchen ein gerechtes Einwanderungs-

land und ein Ende kolonialer Ausbeutung. Um Care-Arbeit gerecht aufzuteilen, müssen wir aber auch im Privaten anders leben als wie es in der patriarchalen, traditionellen Kernfamilie funktioniert und mehr in Gemeinschaften, wo wir uns solidarisch als Gemeinschaft organisieren. Nur wenn wir Care-Arbeit gerecht organisieren, können wir Patriarchat, weiße Vorherrschaft und Kapitalismus überwinden. ■

¹⁰ Eleonora Roldán Mendivil, Hannah Vögele: Soziale Reproduktion, Geschlecht und Rassismus. Aus: Eleonora Roldán Mendivil, Bafta Sarbo (Hrsg.): Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus, Berlin 2022.

Neue soziale Kämpfe im Plattform-Kapitalismus

von Nina Scholz¹

In ihrem Buch „Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.“, das 2022 erschienen ist, beschreibt und analysiert die Autorin und Aktivistin Nina Scholz die neuen Ansätze sozialer Kämpfe der arbeitenden Menschen in einem sich transformierenden Kapitalismus. Der folgende Text ist ein redaktionell bearbeiteter Auszug aus ihrem Buch.

Zwei Thesen habe ich in meinem 2022 veröffentlichten Buch aufgestellt: Lange Zeit schienen genannte Tech-Giganten unangreifbar. Zum einen, weil sie selbst bei Linken als Motoren eines netteren, bunteren, diverseren Kapitalismus gehandelt werden. Zum anderen, weil sie tatsächlich immer mächtiger werden und alte mächtige Unternehmen nach und nach ablösen. Aber, so die zweite These: Das ändert sich gerade. Die Menschen organisieren sich gegen Tech-Unternehmen – und zwar ganz konkret dort, wo sie negative Folgen am meisten spüren. In Berlin verhindern Aktivist*innen die Ansiedlung eines Google-Campus, in New York die Errichtung eines neuen Amazon-Headquarters. Bei Google organisieren sich Arbeiter*innen gegen Militärprojekte mit dem Pentagon und gegen sexistische Diskriminierung am Arbeitsplatz. Die Amazon-Streikenden gelten mittlerweile als Vorbild für moderne gewerkschaftliche Organisation und internationale Solidarität.

Während die Wall Street als Symbol des alten, gierigen Kapitalismus galt, wurde das Silicon Valley zum vielleicht mystischsten Ort der jüngsten Kapitalismusepoche, dessen Ausstrahlungskraft der von ihm ausgehende Dotcom Crash im Jahr 2000 nichts anhaben konnte. Die britischen Sozialwissenschaftler Richard Barbrook und Andy Cameron beschrieben bereits in ihrem 1995 erschienenen Essay „Kalifornische Ideologie“, wie sich Technikoptimismus und Wirtschaftsliberalismus in Nordkalifornien mit altem Hippiegeist verbunden haben, wie Tools, Apps, Geräte als Fortschritt wahrgenommen werden konnten. Vom Silicon Valley aus trat die kalifornische Ideologie ihren Siegeszug an und

dominiert bis heute das Denken über den gegenwärtigen Kapitalismus. Selbst Linke sitzen dem Glauben an die Technologie als (alleinigen) Fortschrittsbringer auf. Manche Autor*innen ergehen sich in einer vermeintlich linken Version des Akzelerationismus, also der Vorstellung, dass der Kapitalismus nur durch einen beschleunigenden Prozess überwunden werden kann. So schreibt etwa Aaron Bastani (der auch das linke britische Medienunternehmen Novara Media gegründet hat) in seinem „Manifest“ Fully Automated Luxury Communism, dass sich der Kommunismus die allmächtige Technologie zunutze machen und statt Mangel für die meisten Luxus für alle bieten soll. Dabei blendet er jedoch nicht nur Menschen als handelnde Subjekte aus, sondern auch fast alle Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel. Weshalb der „komplett automatisierte Luxus-Kommunismus“ letztlich immer ein feuchter Traum von einer technologisch programmierbaren Zukunft bleibt. Offenbar treibt diese linken Akzelerationist*innen eine These um, die Marx auch im ersten Kapitel des Kapitals aufstellt, nämlich dass es entscheidend ist, „ob sich die Maschine in der Hand des Kapitals“ oder des Proletariats befindet: Wenn Monopolisten (wie Amazon) noch mächtiger werden, wäre eine Automatisierung demnach das Schreckensszenario einer Gesellschaft, in der Menschen von Maschinen überflüssig gemacht werden – aber eine traumhafte Vorstellung, wenn Unternehmen demokratisiert sind und Menschen ihre Zeit endlich sinnvoller nutzen können. Selbstverständlich ist die Frage zentral, wem die Maschine, die Produktionsmittel, die Apps, die Logistikkäfer, die Algorithmen, die Häuser gehören, wer seine Arbeitskraft verkaufen muss und wer nicht. Aber wichtiger, als zu fantasieren, was sein könnte, ist hinzuschauen, was aktuell tatsächlich passiert.

Die Vollautomatisierung zeichnet sich nämlich heute ebenso wenig ab wie zu Marx' Zeiten. Tatsächlich steigen nicht die Ausgaben für eine Computerisierung, sondern die für Logistik. Mensch und Maschine verschmelzen nicht, sondern es entstehen neue Jobs, die meisten im prekären Dienstleistungssektor und im unterfinanzierten Care-Bereich. Wir erleben eine Restrukturierung des Kapitals, keine Vollautomatisierung. Dass die Plattformen keine

¹ Nina Scholz arbeitet in Berlin als freie Journalistin und ist bei „Deutsche Wohnen & Co enteignern“ als Mieter*innen-Organizerin aktiv.

rosige Zukunft schaffen, ahnen mittlerweile auch die bürgerlichen Medien, und der Technikoptimismus der vergangenen Jahrzehnte wird bei ihnen allmählich abgelöst von der Angst vor der Macht dieser Plattformen. Die Unternehmen, die vor Kurzem noch für ihre Innovationskraft gelobt wurden, stehen mitsamt ihren Gründern immer häufiger in der Kritik. Spätestens seit der Enthüllung im Januar 2020, dass Facebook Geld von dem Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica erhalten hat, um die Wahlen in den USA zugunsten von (ausgerechnet) Donald Trump zu beeinflussen, ist das Image der Sozialen Medien angekratzt. Ähnlich steht es um Amazon: Seit Jahren häufen sich die Schreckensmeldungen um den Logistikmonopolisten. Doch was tun? Kampagnen, die auf Boykott setzen, wie Delete Facebook und Boycott Amazon, verpuffen angesichts der vielen Bereiche, in denen die Unternehmen mittlerweile agieren. Die aktuellen Debatten beschäftigen sich noch viel zu selten damit, wie die Kämpfe gegen und die Alternativen zu Plattformen funktionieren können. Vorerst wollen viele Medien (und Menschen) sich noch nicht von den vermeintlichen Heilsbringern des Silicon Valley verabschieden – und so wählte das Time Magazine den Tesla-CEO Elon Musk, auch bekannt für seine Gewerkschaftsfeindlichkeit, zur Person des Jahres 2021. Immer wieder sind es die Arbeiter*innen selbst, die ihre Ausbeutung an die Öffentlichkeit bringen. Das Image von Google, dessen Motto bis 2018 „Don't be evil“ war, bekam erste Risse, als sich die Beschäftigten, wie bereits erwähnt, gemeinsam und öffentlichkeitswirksam gegen die Zusammenarbeit mit dem Pentagon, gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz und plötzliche Kündigungen von Zeitarbeiter*innen wehrten – und eine Gewerkschaft in der Höhle des Löwen, dem Silicon Valley, gründeten. Und erst durch die wiederkehrenden Streiks der deutschen Logistikarbeiter*innen in Bad Hersfeld und an anderen deutschen Standorten wurden die menschenfeindlichen Arbeitsbedingungen des Logistik-Beheims bekannt: Die Amazon-Arbeiter*innen sind es, die uns immer wieder in Erinnerung rufen, welche Zustände in den Packzentren herrschen.

Es sind die Menschen selbst, die durch ihre Kämpfe und Widerstände der Welt zeigen, dass die Macht der Konzerne keine Naturgewalt ist, der wir hilflos ausgeliefert sind. Sie finden durch ihren Widerstand die „wunden Punkte von Amazon, Google, Deutsche Wohnen & Co“. Seit im August

2016 Londoner Kurierfahrer*innen in einen wilden Streik getreten sind, verfolge ich die Arbeitskämpfe der europäischen „Gig“-Arbeiter*innen (als „Gigs“ werden kurzfristige Aufträge an Freelancer oder geringfügig Beschäftigte bezeichnet). Sie fordern nicht nur die Lieferplattformen selbst heraus, sondern in Deutschland auch die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften, die die Arbeitskämpfe gerne einhegen würden. Besonders in den boomenden Branchen wie der Logistik oder auch dem Tourismus kann man gut sehen, dass die Arbeiter*innen heute kaum noch etwas von deren Erfolg haben; ganz im Gegensatz zu den Zeiten, als Kohle und Stahl die boomenden Industrien waren und starke Gewerkschaften dafür sorgten, dass die Gewinne besser verteilt wurden. In der Tourismusbranche müssen Arbeitsrechte erst wieder mühsam durchgesetzt werden, unter anderem durch Betriebsräte. In immer mehr arbeitsrechtlich weitestgehend unregulierten Branchen, beispielsweise in Tech-Unternehmen, in denen eben teilweise noch eine vermeintlich kumpelige Atmosphäre herrscht, entdecken Beschäftigte hierzulande wieder, was Betriebsräte ihnen auch heute noch bringen können. Umso härter wird deren Gründung von den Chefs bekämpft – Stichwort: Union Busting. Aber der Kampf gegen die Konzerne wird nicht nur defensiv geführt: Mit Plattform-Genossenschaften versuchen Arbeiter*innen, eine Form der Kooperation mit digitalen Mitteln wiederzubeleben. Aus den Problemen, die sich ihnen in den Weg stellen, können nicht nur mögliche nächste Schritte abgeleitet werden, sondern es zeigt sich auch, wie weit der Weg bis zu demokratisch verwalteten Plattformunternehmen noch ist. In den Städten sind Konzerne auf vielfältige Weise Beschleuniger von Wohnungsnot und Verdrängung. Dass sich in Berlin und New York erfolgreicher Widerstand gegen die Ansiedlung von Google und Amazon organisierte, macht Hoffnung. Doch aufhalten können diese Siege den Prozess nicht. In Berlin kämpfen Mieter*innen seit vielen Jahren gegen börsennotierte Immobilienunternehmen wie die Deutsche Wohnen SE, die ihre Profite mit Mieterhöhungen erwirtschaften. Sie gründen Mieter*inneninitiativen, helfen sich gegenseitig – und haben einen Volksentscheid organisiert, bei dem 57,6 Prozent der Berliner Wähler*innen für die Enteignung solcher Unternehmen stimmten, ein starker, wenn auch vorerst nur symbolischer Erfolg. Die Bewegung steht nun vor der Frage, wie sie die Enteignung auch tatsächlich erkämpfen könnte – und wie sie sich weiter organisiert.

Auch Krankenhäuser sind heute Konzerne. Spätestens mit der Einführung des Fallpauschalensystems in Deutschland, also der Abrechnung einzelner Behandlungen, um Profite zu erwirtschaften, funktioniert auch die Gesundheitsversorgung primär unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Privatisierungen und Kostenkalkulationen haben Priorität, gespart wird an der Pflege und den Löhnen. Lange Zeit hieß es, Gesundheitsarbeiter*innen können nicht streiken, weil ein*e Patient*in eben kein Fließband ist. Die Krankenhausbewegung hat sich in mehreren Städten erfolgreich organisiert und gezeigt, dass sie sehr wohl streiken, kämpfen und auch siegen kann. Schwieriger ist das für 24-Stunden-Privatbetreuer*innen, die keinen gemeinsamen Ort wie das Krankenhaus haben, an dem sie sich treffen können. Doch eine Gruppe polnischer Arbeiter*innen beweist in der Schweiz seit ein paar Jahren, dass es sehr wohl möglich ist, und führt vor, wie sich Pendelmigrant*innen auch hierzulande organisieren und wehren könnten. Während der Finanzkrise organisierten wütende Menschen Platzbesetzungen: Occupy Wall Street in New York, der Syntagma-Platz in Athen, der Taksim-Platz in Istanbul und weitere wurden zu Symbolen der Wut auf die Herrschenden. Diese Aktionen kamen jedoch schnell an ihr Limit. Aus der Erfahrung, wieviel Energie Platzbesetzungen kosten und wie wenig Nachhaltiges daraus entsteht, wuchs ein neues Interesse für Organisierung. Immer öfter hört man: „Organisier dich!“ Aber wie und wohin? – diese Frage ist schwer zu beantworten. Die Kämpfenden, die ich in meinem Buch porträtiert habe, beantworten sie in der Praxis – und oft auch pragmatisch. Häufig sind es die Umstände, die entscheiden: Mal schlägt Verdi ein paar Tech-Arbeiter*innen, die sich über eine Betriebsratsgründung informieren wollen, die Tür vor der Nase zu, die die IG Metall dann öffnet. In den Arbeitskämpfen der Amazon-, Ryanair- oder Krankenhaus-Beschäftigten ist es dagegen Verdi, die überhaupt einen Raum und eine Perspektive für Arbeitskämpfe und Organisation eröffnet. Auch die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften wandeln sich, wie man an diesen Beispielen sieht – wenn auch nicht zwangsläufig, denn gerade bei den wilden Streiks wie denen der rumänischen Erntearbeiter*innen und der Kurierfahrer*innen ist es oftmals die kleine, aber in diesem Bereich starke Basisgewerkschaft FAU, die vor Ort ist. Bei den Stadtkämpfen entstehen Proteste und Widerstand oft aus lokalen Initiativen, die aber schnell an ihre Grenzen

kommen, wenn die Bewegung wächst und einen langen Atem braucht. Die in meinem Buch porträtierten Kämpfenden stehen also vor vielen Herausforderungen. Sie alle eint, dass die ersten Hürden genommen sind: Sie haben eine Gewerkschaft im Silicon Valley gegründet, einen Enteignungs-Volksentscheid organisiert, die Unternehmen, bei denen sie arbeiten, herausgefordert oder sich selbst und ihre Arbeitsbedingungen überhaupt erst sichtbar gemacht. Ganz gleich, ob ihre ersten Siege oder auch Niederlagen symbolischer oder materieller Natur waren: Sie haben gezeigt, was möglich ist – aber auch, welche Wege lieber nicht mehr beschritten werden sollten. Und sie sind Teil eines Kollektivs geworden. Alle haben die strukturellen Fragen, vor die der Kapitalismus uns individuell stellt, auf die eine oder andere Art kollektiv beantwortet. Allein das ist schon ein mutiger Kraftakt. Sind die beschriebenen Kämpfe Ausdruck einer „Neuen Klassenpolitik“?

Die Arbeiter*innenklasse setzt sich heute – genau wie die herrschende Klasse – anders zusammen als vor 50 Jahren. Mehr Menschen denn je arbeiten im Dienstleistungsbereich, in der Tech- oder Tourismus-Branche (oder in beiden), und je älter die Menschen werden, desto mehr Menschen werden auch in der Pflege gebraucht. In diesen Branchen arbeiten überproportional viele Frauen und Migrant*innen, und sie alle eint, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig ist, wenn überhaupt vorhanden. Die Fabrik im weitesten Sinne ist heute nicht mehr Haupthandlungsfeld der Klassenkämpfe. So sind 24-Stunden-Betreuer*innen alleine bei Familien untergebracht, und auch die Kämpfe in einem Wohnhaus, in dem Mieter*innen die Hauseigentümer herausfordern, haben größere Relevanz. Teilweise ähneln die Auseinandersetzungen dennoch denen in den Anfangsjahrzehnten des Kapitalismus, als überhaupt erst einmal Arbeitsrechte (neu) erkämpft werden mussten. Wohin diese Klassenkämpfe führen? Hoffentlich zu einer Überwindung der brutalen Verhältnisse, in denen wir heute leben. Ich scheue mich aber, Prognosen abzugeben. Zu zart sind die Ansätze, die hier beschrieben werden, zu sprunghaft läuft die Geschichte (der Klassenkämpfe). Im besten Fall kann man aus Siegen und Niederlagen lernen, können die vielen mutigen Menschen, die ich für „Die wunden Punkte“ getroffen habe, auch ihnen Mut machen, ihnen zeigen, wie vielfältig Kämpfe sind und dass es nicht die eine Lösung für uns alle gibt. ■

Demokratie und Transformation: Die Rolle der Mitbestimmung im sozial-ökologischen Strukturwandel

von Miriam Sigleitmaier¹

Einleitung

Das Recht auf Mitsprache und Partizipation in politischen, sozialen und gesellschaftlichen Belangen ist eine grundlegende Säule einer gelebten Demokratie. Doch bis heute bleibt ein bedeutender Bereich hiervon ausgeschlossen: die Arbeitswelt. Dass der demokratische Anspruch auf Mitbestimmung in der Wirtschaft aktuell kaum Verwirklichung findet, wirft grundsätzliche gesellschaftspolitische Fragen auf. Wie lässt sich rechtfertigen, dass gerade in einem so identitätsstiftenden und wichtigen Teil des Lebens wie der Erwerbstätigkeit der Anspruch auf Demokratie nicht verwirklicht wird? Warum sollen Beschäftigte gerade hier auf ihr Recht auf Mitsprache verzichten, wo sie einen Großteil ihrer wachen Tageszeit verbringen? Eine demokratische Gesellschaft muss den Anspruch haben, alle Lebensbereiche demokratisch zu gestalten. Gerade solche Lebensbereiche, in denen Menschen ökonomisch abhängig und besonders vulnerabel sind, dürfen nicht von der Willkür weniger bestimmt werden. Doch das Gegenteil ist im Moment der Fall. In Unternehmen finden Entscheidungsprozesse statt, die wie Relikte aus einem vordemokratischen, monarchistischen Zeitalter erscheinen. Beschäftigte müssen sich weitestgehend dem unterordnen, was viele Ebenen über ihnen bereits entschieden wurde, ohne dass sie Anspruch auf Rechenschaft oder Mitsprache haben.

Für viele arbeitende Menschen entsteht daraus ein alltäglicher Widerspruch. Während Bürger*innen² in weiten Teilen ihres Lebens die Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung zusteht und die politische Kultur erfordert, diese selbstbewusst in Anspruch zu nehmen, wird von ihnen am Arbeitsplatz erwartet, das Selbstbild einer mündigen, gleichberechtigten Bürger*in abzulegen und sich Entscheidungen unterzuordnen, die sie oftmals nicht selbst beeinflussen können. Die fehlende Demokratisierung der Wirtschaft stellt nicht nur ein Hindernis für eine egalitäre und gleichberechtigte Gesellschaft dar. In diesem Artikel argumentiere ich, dass die sozial-ökologische Transformation nur dann gut gelingen kann, wenn Beschäftigte mitbestimmen können. Nie war die Zeit so günstig, nutzen wir sie!

Kapitalismuskritik und Wirtschaftsdemokratie

Das Voranschreiten von Erderwärmung und des Artensterbens ist eng mit dem Kapitalismus als Gesellschaftsordnung verknüpft. Echte Veränderungen verlangen daher mehr als bloße Feinkorrekturen. Wer den Klimawandel verlangsamen will, darf nicht mehr auf das System bauen, das diesen maßgeblich verursacht hat. Stattdessen dürfen Debatten zur ökologischen Transformation bestehende Besitzverhältnisse und damit die Eigentumsfrage im Kapitalismus nicht außer Acht lassen.

Eine Alternative stellt die Wirtschaftsdemokratie dar. Dieser Gesellschaftsentwurf ist seit den 1920er Jahren Teil der Program-

¹ Miriam Sigleitmaier ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, zuständig für den Bereich Arbeit, Soziales, Bildung und Familie. Daneben promoviert sie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Hertie School of Governance in Soziologie über intergenerationale soziale Mobilität. Die Autorin engagierte sich von 2017 bis 2018 als stellvertretende Vorsitzende des studentischen Personalrats der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 2018 bis 2019 begleitete sie ein Digitalisierungsprojekt, die Einführung von SAP, an der Humboldt-Universität als Referentin für den Gesamtpersonalrat.

² Bei der letzten Bundestagswahl 2021 waren 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland nicht wahlberechtigt. In Unternehmen und im öffentlichen Dienst können sich Beschäftigte unabhängig ihres Status in Bezug auf die deutsche Staatsbürgerschaft an den vorhandenen Formen der betrieblichen Mitbestimmung beteiligen.

matik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der 1933 durch die Nationalsozialisten zerschlagen wurde. Im Nachkriegsdeutschland wurde das Projekt der Demokratisierung der Wirtschaft erneut in Angriff genommen. Mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 und dem Personalvertretungsgesetz 1955 gelangen Meilensteine der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland. Von einer tatsächlich demokratischen Ausgestaltung der Wirtschaft sind jedoch auch diese Fundamente weit entfernt, da sie sich vor allem auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen im Betrieb konzentrieren. Die Vision einer Wirtschaftsdemokratie ist allerdings umfassender. Die verschiedenen Modelle von Wirtschaftsdemokratie thematisieren in der Regel drei Aspekte. Erstens, wie sich der Staat in der Regulierung des Marktes, aber auch in den Prozessen innerhalb von Unternehmen, einbringt. Zweitens, an welchen Unternehmensentscheidungen Beschäftigte partizipieren können sollen. Und drittens, wie die Eigentumsverhältnisse an Unternehmen geordnet sein sollen. Für ein vollständiges Modell müssen selbstverständlich alle Bereiche, auch Markt und Wettbewerb zwischen Unternehmen sowie konkrete Formen von Demokratie beleuchtet werden. Die Eigentumsfrage an Unternehmen ist für die Wirtschaftsdemokratie weniger trivial. Wie Isabelle Ferreras argumentiert, folgt alleine aus der Sozialisierung von Produktionsmitteln noch keine Wirtschaftsdemokratie, wenn nicht gleichzeitig politische Rechte für Arbeitnehmer*innen definiert werden (Ferreras, 2023). Im Folgenden konzentriere ich mich auf diesen Aspekt der Mitbestimmung und stelle die Programmatik der Jusos vor.

Für eine Ausweitung der Mitbestimmung

Arbeitnehmer*innen in Deutschland verfügen über eine vergleichsweise starke Partizipation im Betrieb. Es wird hier zwischen einer betrieblichen, überbetrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung unterschieden. Am weitgehendsten ist die Montanmitbestimmung, die in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten in Aufsichtsräten eine Parität zwischen Arbeit-

geber*innen- und Arbeitnehmer*innen-seite vorschreibt. Alle anderen Formen der unternehmerischen Mitbestimmung sind von einem Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit geprägt, mit einer stärkeren Repräsentanz des Unternehmensmanagements. Um Gleichberechtigung herzustellen, müssen Schwellenwerte für Unternehmensmitbestimmung gesenkt und eine Parität von Kapital und Arbeit in Aufsichtsräten geschaffen werden. Gleichzeitig braucht es eine Ausweitung der Mitbestimmungstatbestände, sodass sie alle wirtschaftlichen Fragen umfassen. Auch die betriebliche Mitbestimmung muss gestärkt werden. Hier gilt es vor allem, die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern. Eine Betriebsratspflicht könnte gewährleisten, dass eine gewisse demokratische Infrastruktur in jedem Betrieb vorausgesetzt wird. Mit einem stärkeren Kündigungsschutz werden Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen möchten, zusätzlich geschützt.

Aktuell bestehen große Defizite. Der Anteil der Beschäftigten mit Betriebsrat liegt derzeit im Osten bei 34 Prozent und in Westdeutschland bei 39 Prozent (Statistisches Bundesamt [Destatis], 2023). Auch die Beteiligungsrechte von Betriebsräten (sowie Personalräten) müssen ausgebaut werden. Hier wird zwischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten unterschieden. Wie der Name schon ausdrückt, ist die Mitwirkung eingeschränkter. Hier müssen Betriebsräte lediglich angehört und zur Beratung mit ausreichend Informationen hinzugezogen werden. Bei Mitbestimmungsrechten ist die Zustimmung der Arbeitnehmer*innenvertretung jedoch erforderlich. Ein Ausbau der Mitbestimmungsrechte könnte Betriebsräte mit umfassenden Entscheidungsbefugnissen ausstatten, die mehr Partizipation der demokratisch gewählten Vertreter*innen garantieren.

Mitbestimmung zahlt sich aus

Die Stärken und Schwächen eines Wirtschaftssystems treten besonders stark in Zeiten von Krisen hervor. Während der Coronapandemie waren es in erster Linie die

Arbeitnehmervertreter*innen, die in den Betrieben Verantwortung übernommen haben, um digitale Lösungen am Arbeitsplatz zu ermöglichen und die den Sorgen der Belegschaft begegneten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurden viele Arbeitsplätze gerettet, indem sich Gewerkschaften und Betriebsräte für solidarische betriebliche Lösungen wie der staatlich geförderten Kurzarbeit einsetzten (Herzog-Stein et al. 2013). Diejenigen Unternehmen mit Arbeitnehmer*innenvertretungen in Aufsichtsräten haben sich in den Jahren nach der Finanzkrise deutlich besser entwickelt als Unternehmen ohne Mitbestimmung. Bereits vor dem Platzen der Finanzblase zeichneten sich mitbestimmte Unternehmen durch strategischere und solidere Investitionspolitik aus (Rapp et al. 2019). Auch die Herausforderungen der Klimakrise werden nur gemeinsam mit Arbeitnehmervertreter*innen erfolgreich gestemmt werden können.

Mitbestimmung zahlt sich aus: Studien zeigen, dass mitbestimmte Unternehmen bessere Arbeitsbedingungen aufweisen und wirtschaftlich erfolgreicher sind als Unternehmen ohne Mitbestimmung (Campagna et al. 2020). Verschiedene Studien machen deutlich, dass sich das Vorhandensein eines Betriebsrates auf viele verschiedene Aspekte des Unternehmens positiv auswirkt. Betriebe mit Betriebsrat zeichnen sich etwa durch höhere Produktivität aus. Betriebsräte haben zudem einen positiven Einfluss auf umweltfreundliche Investitionen des Unternehmens. Zudem sind mitbestimmte Unternehmen durch mehr Familienfreundlichkeit und arbeitnehmer*innenfreundliche Arbeitszeitmodelle geprägt (Jirjahn, 2010).

Mitbestimmung und Transformation

Im Hinblick auf die sozial-ökologische Transformation sind gesellschaftliche Kraftanstrengungen erforderlich. Diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, kann Kosten mit sich bringen, die nicht auf Arbeitnehmer*innen umgewälzt werden dürfen. Die Aushandlungsprozesse über das Ge-

lingen der Transformation in der Industrie müssen in erster Linie diejenigen miteinbeziehen, die etwaige Folgen zu tragen haben. Auf betrieblicher Ebene kann viel geleistet werden, um das Gelingen der Transformation möglich zu machen. Der ökologische Umbau der Wirtschaft kann nur dann als gesellschaftlicher Erfolg verstanden werden, wenn der Prozess sozial von stattegeht und grundlegende Gerechtigkeitsfragen beantwortet.

Wie weiter oben beschrieben, hat sich gezeigt, dass mitbestimmte Unternehmen besser in der Bewältigung von Herausforderungen abschneiden und gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen bieten. Auch für die sozial-ökologische Transformation können Mitbestimmungsstrukturen von Vorteil sein. Bereits jetzt gehört es nach Betriebsverfassungsgesetz zu den Aufgaben von Betriebsrät*innen, Maßnahmen des betrieblichen Umweltschutzes zu verbessern. Hier könnten eine inhaltliche Erweiterung und das Hinzunehmen unternehmerischer Beteiligungsrechte eine Chance für die Transformation darstellen. Eine weitere Entwicklung betrifft sogenannte Transformationsräte. Hier treffen sich verschiedene Akteur*innen, wie Gewerkschaften, Betriebsräte, kommunale Vertreter*innen, Forschung und Arbeitgeber, um regionale Strategien für den Strukturwandel und zum Erreichen der Klimaziele zu entwickeln. Diese mittelfristigen Instrumente können ein guter Weg sein, um die ökologische Transformation sozial zu gestalten. Gleichzeitig gilt es auch, die Grenzen der Sozialpartnerschaft in dieser Form zu benennen. Während es möglich ist, kurz- oder mittelfristig vor allem auf regionalem Level wichtige Bündnisse für Umwelt- und Klimaschutz zu schmieden, darf nicht vergessen werden, dass die Vertreter*innen von Kapital und Arbeit grundlegende, einander widersprechende Interessen verfolgen. Eine sozial-ökologische Transformation, die den sozialen Ausgleich nicht nur über den Sozialstaat sucht, sondern auch in Unternehmen und Betrieben gewährleisten will, muss eine Ausweitung demokratischer Rechte in der Wirtschaft vorantreiben.

Mitbestimmung und Zusammenhalt

Mitreden können und gehört zu werden sind grundlegende Bedürfnisse eines jeden Menschen, aber auch Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften. Dass gerade die Wirtschaft und Arbeitswelt diesem Anspruch nicht gerecht werden kann, hat auch Konsequenzen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie das Verlangsamen der Erderwärmung. Wie ich argumentiert habe, kann die sozial-ökologische Transformation besser gelingen, wenn Unternehmen Mitbestimmungsstrukturen aufweisen. Diese müssen jedoch entschieden ausgeweitet werden, um den Beschäftigten ausreichend Mitsprache einzuräumen. Daraus erwächst gleichzeitig die Chance, all jene mitzunehmen, die derzeit nicht von den Diskursen über die Bewältigung der Klimakrise abgeholt werden.

Wenn in Unternehmen Entscheidungen nicht mehr top-down von Manager*innen und Aktionär*innen, sondern von den Beschäftigten getroffen werden, eröffnet dies nicht nur innovatives und kreatives Potential, sondern auch die Möglichkeit, diejenigen mit an Bord zu holen, die von der Politik aus verschiedenen Gründen enttäuscht sind. Demokratische Selbstwirksamkeit kann auch in Betrieben und Unternehmen erfahren werden und so Vertrauen zurückgewinnen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Dass auch Betriebe Orte der Aushandlung gesellschaftlicher Herausforderungen sind, wird nach wie vor viel zu häufig in der öffentlichen Debatte übersehen. Die Ausweitung der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung ist ein wichtiges Projekt. Jedoch braucht es mehr für eine echte Wirtschaftsdemokratie. Hierfür müssen Mitbestimmungsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und das Wirken des Staates zusammengedacht werden. Solange das Eigentum an Unternehmen in der Hand weniger liegt, können wir uns nicht damit zufriedengeben, den Unternehmensführungen nur auf die Finger zu schauen. Ziel einer wirklich demokratischen Gesellschaft bleibt es, Partizipation in allen Fragen zu schaffen. ■

Literatur

- Sebastian Campagna, Marc Eulerich, Benjamin Fligge, Robert Scholz, Sigurt Vitols: Entwicklung der Wettbewerbsstrategien in deutschen börsennotierten Unternehmen: Der Einfluss der Mitbestimmung auf die strategische Ausrichtung und deren Performance. Mitbestimmungsreport Nr. 57 der Hans-Böckler-Stiftung, April 2020.
- Isabelle Ferreras: Das Parlament der Firma. Jacobin Nr. 11/ Winter 2022.
- Alexander Herzog-Stein, Gustav A. Horn, Ulrike Stein: Macroeconomic Implications of the German Short-time Work Policy during the Great Recession (pdf), in: Global Policy Volume 4, Supplement 1, Juli 2013.
- Uwe Jirjahn: Ökonomische Wirkungen der Mitbestimmung in Deutschland: Ein Update, Arbeitspapier 186, Hans-Böckler-Stiftung 2010.
- Steffen Rapp, Michael Wolff, Iuliia Udoieva, Jan C. Hennig: Wirkung der Mitbestimmung im Aufsichtsrat auf die Unternehmensführung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 424, Juni 2019.

Die Vier-Tage-Woche in Europa: Ein Blick über den Tellerrand in die Zukunft

von Philipp Frey



⇒ Philipp Frey ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS). Dort leitet er ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Projekt zu erweiterter Mitbestimmung im Digitalen Wandel und befasst sich mit der Zukunft der Arbeitsgesellschaft in Zeiten der Automatisierung. Er ist Research Affiliate beim britischen Autonomy Think Tank, der die großen Feldversuche in Island und Großbritannien begleitet hat. Kontakt: philipp.frey@kit.edu

Foto: © Privat

Nach Jahrzehnten weitgehenden Stillstandes auf dem Gebiet der Arbeitszeitpolitik nimmt das Thema Arbeitszeitverkürzungen in der jüngsten Vergangenheit wieder deutlich an Fahrt auf: von Island über Großbritannien bis Spanien finden sich immer mehr Unternehmen, NGOs und öffentliche Dienststellen, die erfolgreich mit der Vier-Tage-Woche experimentieren. Arbeitszeitverkürzungen sind dabei ein Schlüsselinstrument, sozialen Fortschritt und ökologische Transformation zu vereinbaren und die Beschäftigten an Produktivitätszuwächsen zu beteiligen. Entsprechend gilt es, aus diesen internationalen Erfahrungen auch für die deutsche Debatte zu lernen.

Der bis dato größte Feldversuch fand von Juni bis Dezember 2022 in Großbritannien statt. Über 60 Unternehmen mit rund 2.900 Beschäftigten erprobten dabei eine Vier-Tage-Woche ganz praktisch in Form des 100-80-100-Modells: 100 Prozent Bezahlung, 80 Prozent Arbeitszeit, 100 Prozent Leistung. Der Versuch war ein durchschlagender Erfolg. Über 92 Prozent der Unternehmen gaben an, die Vier-Tage-Woche fortführen zu wollen, 96 Prozent der Beschäftigten wollten das ebenfalls. Angstzustände, Müdigkeit, Schlafprobleme und andere Burnout-Indikatoren gingen zurück, eine deutliche Mehrheit berichteten von einer besseren Work-Life-Balance und positiven Wirkungen auf ihr Familien- und Sozialleben.

Aber auch bei wichtigen Unternehmenskennzahlen gab es Anzeichen für positive Auswirkungen der kürzeren Arbeitszeiten. So blieb der Umsatz der Unternehmen während des Versuchszeitraums im Großen und Ganzen gleich bzw. stieg gewichtet nach Unternehmensgröße im Durchschnitt sogar um 1,4 Prozent, was auf eine deutlich gestiegene Produktivität hinweist. Die Unternehmen profitierten zudem von steigenden Bewerber:innen-Zahlen und von einer deutlich höheren Mitarbeiter:innen-Bindung – die Zahl von Kündigungen ging während des Versuchs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 57 Prozent zurück. Auch wirkten sich die längeren Erholungszeiten und das niedrigere Stresslevel positiv auf die Krankenstände aus: die Krankheitstage fielen auf ein Drittel (Autonomy 2023).¹

Dieses rundweg positive Gesamtergebnis fiel nicht vom Himmel: dem Versuch voraus ging eine intensive Vorbereitungsphase, in der sich die teilnehmenden Unternehmen auf die Einführung einer Vier-Tage-Woche vorbereiteten. Dabei profitierten sie von einer wissenschaftlichen Begleitung durch Forscher:innen, unter anderem des Think Tank Autonomy, die bei der Strategie-Entwicklung halfen, etwa in dem sie Erfahrungswerte aus Unternehmen teilten, die die Umstellung auf kürzere Arbeitszeiten bereits vollzogen hatten. Von zentraler Bedeutung war aber auch die Innovationskraft der Belegschaften selbst: schließlich ist jeder und jede Beschäftigte Expert:in des eigenen Arbeitsalltags. Die inklusive Ausgestaltung des Feldversuchs dürfte ein Faktor sein, warum die Beschäftigten von gesteigerter Zufriedenheit bei gleichzeitig steigender Produktivität berichteten.

Die meisten Unternehmen und Organisationen stellten ihre Arbeitsorganisation ganz grundsätzlich zur Diskussion – unnötige Besprechungen wurden abgeschafft, die verbleibenden

¹ Die Studie wird in den kommenden Monaten auf Deutsch bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung erscheinen. Dieser Artikel stellt eine gekürzte und abgeänderte Fassung des Vorworts dar.

Meetings deutlich verkürzt, in neue Technologien investiert und Zeiten innerhalb des Arbeitstages geschaffen, in denen man ungestört von Unterbrechungen konzentriert arbeiten konnte. Die Einführung einer Vier-Tage-Woche wirkte so als eine Art Katalysator für organisatorische und technische Weiterentwicklungen und setzte das ungeheure Innovationspotential der Beschäftigten frei.

Was können wir von dem britischen Fall lernen? Zunächst einmal: die Vier-Tage-Woche funktioniert. Tausende Beschäftigte haben sie ausprobiert und werden weiter von ihr profitieren. Und das über verschiedenste Qualifikationsniveaus, Branchen und Betriebsgrößen hinweg und ohne dabei die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Unternehmen in Mitleidenschaft zu ziehen. Trotz dieses durchweg positiven Fazits wäre es naiv, davon auszugehen, dass die Vier-Tage-Woche sich ohne weiteres Zutun von alleine in den kommenden Jahren immer weiter durchsetzen wird. So sieht sich die britische Wirtschaft aufgrund des massenhaften Ausscheidens gerade älterer Beschäftigter im Zuge der Corona-Pandemie und des Verlustes europäischer Fachkräfte in Folge des Brexits mit einem besonders intensiven Arbeitskräftemangel konfrontiert – was viele Unternehmen dazu zwingt, sich zu überlegen, wie sie ihre Attraktivität als Arbeitgeber steigern können. Dieser Druck scheint in Deutschland noch kein vergleichbares Ausmaß angenommen zu haben.

Vor allem gibt es aber in Großbritannien ein viel stärkeres öffentliches Momentum für eine Vier-Tage-Woche: es ist ein robustes Netzwerk von Organisationen entstanden, die die Vorzüge einer Vier-Tage-Woche in den Social Media und Medien in ständiger Erinnerung halten und Positivebeispiele in ihrer Wirkung verstärken. Progressive Gewerkschaften wie die Communication Workers Union (CWU) haben umfassende Kampagnen zu dem Thema organisiert. Und es gibt parteiübergreifend prominente Politiker:innen, die die Vier-Tage-Woche propagieren. Die britische Sozialdemokratie erklärte 2019 die 32-Stunden-Woche zum Ziel, der Petitionsausschuss des walisischen Senedd hat sich für einen Versuch im öffentlichen Sektor ausgesprochen und die schottische Regierung hat bekanntgegeben, Pilotprojekte zur Arbeitszeitverkürzung im Land

zu unterstützen. In Spanien unterstützen derweil Bundes- und Regionalregierungen bereits Unternehmen, die Arbeitszeitverkürzungen einführen wollen, mit Subventionen, um den Unternehmen den Übergang zu erleichtern (vgl. Generalitat Valenciana 2022).

Es ist erfreulich, dass sich die Ankündigung der IG Metall, in der Stahlindustrie eine 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchsetzen zu wollen, in diese Reihe positiver Nachrichten im Kampf um eine Vier-Tage-Woche einreicht. Die Unterstützung dieser Tarifrunde sollte als eine Kernaufgabe progressiver Akteure aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft verstanden werden. Gleichzeitig ist zu hoffen, dass die IG Metall ihrerseits aktiv den Aufbau gesellschaftlicher Bündnisse für Arbeitszeitverkürzungen vorantreiben wird, bieten sich hier doch Chancen zur Zusammenarbeit von Umweltbewegung (Liebig 2021), über feministische Gruppen bis hin zu den Kirchen. Diese Aufgabe scheint umso dringlicher angesichts einer öffentlichen Debatte, nach der dem Arbeitskräftemangel nicht durch Produktivitätssteigerungen sondern durch längere Wochen- und Lebensarbeitszeiten begegnet werden soll. Das britische Beispiel zeigt: ein solches Denken ist rückschrittlich. Es geht darum, smarter und nicht länger zu arbeiten. In diesem Sinne liefert die Vier-Tage-Woche auch einen wichtigen Impuls für eine zukunftsfähige Neuausrichtung der hiesigen Arbeitspolitik. Nach Jahrzehnten sinkender Arbeitsqualität und erodierender Löhne bietet der Kampf um die Vier-Tage-Woche eine Chance, gesamtwirtschaftliche Gestaltungskompetenz zu beweisen und den praktischen Wert progressiver Mehrheiten zu belegen. ■

Literatur

- Autonomy (2023): The Results are in: The UK's Four-Day Week Pilot; <https://autonomy.work/wp-content/uploads/2023/02/The-results-are-in-The-UKs-four-day-week-pilot.pdf> [letzter Abruf: 5. Juni 2023].
- Generalitat Valenciana (2022): RESOLUCIÓN 2022/7734. Conselleria de Economía Sostenible, Sectores Productivos, Comercio y Trabajo. https://dogv.gva.es/datos/2022/08/24/pdf/2022_7734.pdf [letzter Abruf: 5. Juni 2023].
- Liebig, Steffen (2021): Arbeitszeitverkürzung als Konvergenzpunkt? Frankfurt am Main.

Arbeit und Fachkräftesicherung: Schlüsselfaktoren sozial-ökologischer Transformation(en)

von Michaela Evans¹

1. Einleitung: Zeitenwende und Zeitenwandel

Wirtschaft und Arbeitswelt in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Einerseits gilt es, die Folgen akuter Krisen – bedingt durch Corona-Pandemie, Inflation, Energiekrise oder den Krieg in der Ukraine – einzuhegen. Andererseits sind Strategien zur Gestaltung längerfristig wirkender sozioökonomischer, technologischer und soziokultureller Veränderungsprozesse erforderlich. Dazu zählen etwa der akute Fach- und Arbeitskräftemangel in vielen Branchen, Digitalisierung und KI, Dekarbonisierung oder der demographische Wandel. Und dies sind nur einige Bezugspunkte der aktuellen Debatte zur „Transformation“ von Wirtschaft und Arbeitswelt. Transformationsprozesse sind durch längerfristig wirkende Einflussfaktoren und Veränderungsdynamiken gekennzeichnet, die einen weitreichenden gesellschaftlichen Wandel implizieren, nur in Teilen der (politischen) Steuerung und Regulierung zugänglich sind und die in ihren Folgen und Auswirkungen oft nur in Szenarien abbildbar sind. Kurzfristige Krisenbewältigung und der Umgang mit weitreichenden Veränderungsdynamiken – dies adressiert Zeitenwende und Zeitenwandel gleichermaßen. Die aktuelle Debatte hat mit dem Begriff der „sozial-ökologischen Transformation“ einen normativen Bezugspunkt. Doch worum geht es? Steht im Mittelpunkt primär der Umgang mit der Klimakrise, ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Bewältigungschancen? Oder geht es darum, die ökologische Transformation sozial (gerecht) zu gestalten? Beide genannten Dimensionen sind relevant, für sich genommen jedoch nicht hinreichend. Denn im Kern geht es um eine neue „Ökologie von Wirtschaft und Sozialem“, die

die wechselseitigen Bezüge, Veränderungsdynamiken und Folgen des Wandels gesellschaftlicher Produktions-, Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Mittelpunkt rückt.

2. Transformationschancen im Spiegel von Arbeit und Fachkräftesicherung

Der Begriff der „sozial-ökologischen Transformation“ ist eigentlich irreführend. Denn erstens geht es um das Zusammenspiel vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, um deren wechselseitige Bezüge und Gestaltungsimplicationen für Wirtschaft und Arbeitswelt. Da dies unmittelbar gesellschaftliche Produktions-, Arbeits- und Lebensverhältnisse adressiert, ist es notwendig sich zu vergegenwärtigen, dass diese Verhältnisse gestaltbar sind. Damit rücken zweitens nicht nur die Folgen von (Struktur-)Wandel und Transformation auf Arbeit und Beschäftigung, sondern auch deren Ermöglichungsspielräume in den Fokus: Welche Beiträge leisten Arbeit und Beschäftigung für Strukturwandel und Transformation? Dies eröffnet drittens eine reflexive Perspektive auf gesellschaftliche Gestaltungschancen für Transformationen: Wie beeinflussen derzeitige Ausgangsbedingungen die Transformationschancen und welche Entwicklungs- und Emanzipationspotenziale, die von den Strukturumbrüchen und Veränderungsdynamiken selbst ausgehen, können dazu beitragen, diese Ausgangsbedingungen nachhaltig zu verändern. Dies wird nachfolgend entlang von drei Gestaltungsfeldern erläutert.

Neue Allianzen von Daseinsvorsorge und betrieblicher Sozialpolitik

Angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels in vielen Branchen (Burstedde 2023; Ahlers et al. 2022) stellt sich die Frage, durch welche Maßnahmen zusätzliche Erwerbspersonenpotenziale erschlossen wer-

¹ Michaela Evans ist Direktorin des Forschungsschwerpunktes Arbeit & Wandel am Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule, Gelsenkirchen.

den können. In diesem Kontext richtet sich die Aufmerksamkeit derzeit zu wenig auf das Spannungsfeld von Erwerbsarbeit und familiärer Sorgearbeit. Unter Rückgriff auf absehbare individuelle und betriebliche Bildungs- und Qualifizierungserfordernisse wird die Notwendigkeit der „Weiterbildungsrepublik Deutschland“ hervorgehoben. Doch es ist absehbar, dass die Zahl derjenigen Arbeitnehmer:innen, die neben ihrer Erwerbstätigkeit zusätzlich noch familiäre Sorgearbeit für behinderte oder pflegebedürftige Angehörige leisten müssen, künftig erheblich steigen wird (Eggert et al. 2021; Kofahl/Nickel 2021). Wo ein Kitaplatz nur mit erheblichem zeitlichem Vorlauf zu bekommen ist oder verlässliche Betreuungszeiten aufgrund von Personalmangel nicht sichergestellt werden können, stellt sich für Familien und Alleinerziehende die Vereinbarkeitsfrage oftmals akut oder gar existenziell. Die Erhöhung individueller Belastungen, die Reduzierung von Arbeitszeit, der Verzicht auf betriebliche Fort- und Weiterbildung und hohe betriebliche Folgekosten sind die Folgen fehlender oder unzureichender Vereinbarkeitsstrukturen (Kuhlmeiy/Budnick 2023; DGB-Index Gute Arbeit 2018). Für Menschen, die einen Einstieg in den Arbeitsmarkt suchen, die aus dem Ausland zuwandern oder die ihre Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung im transformativen Wandel von Wirtschaft und Arbeitswelt erhalten müssen, ist die Möglichkeit der Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Inanspruchnahme von Qualifizierung und Weiterbildung unabdingbar. Doch die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen ist schon heute ein relevanter Hinderungsgrund für die Teilhabe am Arbeitsmarkt, für die Bereitschaft zur Vollzeitarbeit und für die Inanspruchnahme beruflicher/betrieblicher Weiterbildung (Osiander/Stephan 2018; Hohmeier/Kopf 2018).

Hinzu kommt, dass professionelle Unterstützungsstrukturen in Pflegeeinrichtungen, Kitas oder Inklusionsbetrieben auch aufgrund „ihres“ Personalmangels an Grenzen stoßen. Dies kann perspektivisch dazu führen, dass Sorgearbeit aus dem professionellen Leistungssystem wieder verstärkt in familiäre, informelle Sorgestrukturen zurückverlagert

wird. Arbeit als Schlüsselfaktor bedeutet in diesem Kontext, dass Engpässe öffentlicher Infrastrukturen für Daseinsvorsorge und erwerbsförmer Care-Arbeit schnell zu einem Engpassfaktor für Wirtschaft und Arbeitswelt insgesamt in Deutschland werden. Damit rückt auch die Zukunft betrieblicher Sozialpolitik wieder verstärkt in den Fokus. Denn es geht nicht allein um betriebliche Themen wie flexible Arbeitszeitgestaltung, lebensphasengerechte Personalentwicklung und Führung, um die Einführung betrieblicher Pflegelotsen oder den Bau einer Betriebskita. Sondern an der Schnittstelle formalisierter und informeller Care-Arbeit geht es darum, durch regionale und sozialpartnerschaftliche Allianzen Dienstleistungs- und Unterstützungsstrukturen für Betriebe und Beschäftigte weiterzuentwickeln (Borchers et al. 2021).

Lokale Governance für präventive Qualifizierungsstrategien

Sozial-ökologische Transformationen befördern einen Wandel von Branchen- und Berufsstrukturen, erfordern die Weiterentwicklung berufsspezifischer Qualifikations- und Kompetenzprofile und die Modernisierung von Weiterbildungsinfrastrukturen. Dies wird für Betriebe und Beschäftigte konkret vor Ort erfahrbar: Betriebe führen neue Produkte oder klimaneutrale Produktionsverfahren ein mit der Folge, dass sich berufliche Anforderungen, Aufgaben und Tätigkeiten auf Arbeitsplätzen wandeln. Wenn der Einzelhandel vor Ort infolge von Digitalisierung durch den Onlinehandel verdrängt wird, stellt sich die Frage nach der beruflichen Zukunft für die Beschäftigten. Wenn vor Ort neue Produktionsstätten für „grünen Wasserstoff“ aufgebaut werden, dann erfordert dies Strategien zur Gewinnung und Qualifizierung von Arbeits- und Fachkräften.

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, die Aufmerksamkeit nicht nur auf große Transformationsziele zu richten, sondern die lokale „Governance“ zur Einlösung von Qualifizierungsnotwendigkeiten und Qualifizierungsansprüchen intensiver in den Mittelpunkt zu rücken: Für welche Zielgruppen eröffnen die

gegenwärtigen Umbrüche neue Jobchancen oder Jobrisiken auf dem Arbeitsmarkt? Wie können Qualifizierungsketten früher ansetzen und damit präventiver ausgerichtet werden? Wie können oder müssen Jobwechsel, Quereinstiege oder Umschulungen frühzeitiger organisiert und individueller begleitet werden? Welche Mechanismen der Koordination und Partizipation werden dafür „vor Ort“ benötigt? Wie sind berufsbiographische Brückenphasen und Anreizstrukturen auszugestalten, damit Jobwechsel und Quereinstiege unterstützt werden? Dies erfordert neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern oder Weiterbildungsverbänden, der Bundesagentur für Arbeit, organisierten Sozialpartnern sowie abnehmenden und aufnehmenden Betrieben (Rat der Arbeitswelt 2023: 85). Darin liegt zum einen die Chance, (Weiter-)Bildungsketten stärker präventiv und an individuellen Bedürfnissen, Arbeitskontexten und Lebensumständen auszurichten. Zum anderen kann die regionale Weiterentwicklung der Angebots- und Governancestrukturen dazu beitragen, Qualifizierung im Kontext von Zuwanderung, Berufsrückkehr oder Quereinstieg bedarfsge rechter und passgenauer auszurichten.

Wandel von Präferenzordnungen – Chance für nachhaltige Arbeit

Ein Merkmal soziodemographischer und soziokultureller Transformationsprozesse ist, dass sich Wertorientierungen und Präferenzordnungen von Menschen verändern können. Mit Blick auf Umbrüche in der Arbeitswelt ist oft die Forderung zu hören, dass in betrieblichen Veränderungsprozessen „Beschäftigte mitgenommen“ werden müssen. Diese Sichtweise ist verkürzt, denn sie unterschlägt, welche Chancen im Wandel von Wertorientierungen und Präferenzmustern (potenziell) Beschäftigter selbst für nachhaltige Arbeit liegen. Ein Beispiel ist die aktuelle Arbeitszeitdebatte. Nicht zuletzt mit Blick auf den Generationenwandel in der Arbeitswelt werden neue Arbeitszeitmodelle intensiv diskutiert. Doch das Thema wird schnell verkürzt auf „Work-Life-Balance“ oder „Arbeitsmotivation“ der Generation Z. Entsprechend vernachlässigen Forderungen nach „mehr Bock auf Arbeit“

dahinter liegende Veränderungsprozesse und Entwicklungsdynamiken. Denn die Tatsache, dass derzeit so intensiv über Arbeitszeitverkürzungen oder die 4-Tage-Woche diskutiert wird, ist auch Ausdruck des Wandels von Lebensentwürfen und Präferenzordnungen von Arbeitnehmer:innen. Im Kern geht es um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit von Arbeitszeit, auch für eine bessere Vereinbarkeit mit privaten Verpflichtungen (Lott 2023) und nicht um generalisierbare Forderungen nach einer Flexibilisierung von Arbeitszeit. Denn der Wandel von Präferenzordnungen, der auch in dem Wunsch nach neuen Arbeitszeitmodellen zum Ausdruck kommt, kann beispielsweise sowohl dem individuellen Wunsch als auch der Notwendigkeit, Erwerbsarbeit und familiäre Sorgearbeit vereinbaren zu müssen, geschuldet sein. Eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Wandel von Präferenzordnungen kann jedenfalls wertvolle Hinweise auf Maßnahmen gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel liefern. So konnte etwa für das Feld der Pflegeberufe gezeigt werden, dass verlässliche Arbeitszeiten eine hohe Relevanz für ausgestiegene und teilzeitbeschäftigte Pflegefachpersonen haben, um in den Beruf zurückzukehren oder Arbeitsstunden aufzustocken (Auffenberg et al. 2022).

3. Ausblick

„Arbeit“ – als Erwerbsarbeit und informelle Sorgearbeit – und Fachkräftesicherung sind Schlüsselfaktoren sozial-ökologischer Transformationen. Engpässe öffentlicher Infrastrukturen für Daseinsvorsorge und erwerbsförmeriger Care-Arbeit können schnell zu einem Engpassfaktor für Wirtschaft und Arbeitswelt insgesamt werden. Um die skizzierten Entwicklungs- und Emanzipationspotenziale zu heben, ist es jedoch notwendig, Ermöglichungsbedingungen für Transformationen stärker in den Fokus zu rücken. Dies bedeutet auch, die Schnittstelle von Arbeits- und Lebenswelten stärker zu fokussieren. Für Wirtschaft und Arbeitswelt liegen diese Chancen, wie exemplarisch gezeigt wurde, unter anderem in neuen Allianzen von Daseinsvorsorge und betrieblicher Sozialpolitik sowie in einer stärker präventiv ausgerichteten Governance

lokaler Qualifizierungsinfrastrukturen. Darüber hinaus lohnt es sich, den Wandel individueller Präferenzordnungen von (potenziell) Beschäftigten als Ausgangspunkt für Strategien der nachhaltigen Gestaltung von Arbeitswelten mehr Beachtung zu schenken. ■

Literatur

- Ahlers, Elke/Villalobos, Valeria Quispe (2022): Fachkräftemangel in Deutschland? Befunde der WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 2021/22. WSI Report Nr. 76, Düsseldorf. Onlinedo-kument: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008345/p_wsi_report_76_2022.pdf (letzter Abruf 15.6.2023).
- Auffenberg, Jenny/Becka, Denise/Evans, Michaela/Kokott, Nico/Schleicher, Sergej/Braun, Esther (2022): „Ich pflege wieder, wenn...“. Potenzialanalyse zur Berufsrückkehr und Arbeitszeitaufstockung von Pflegefachkräften. Onlinedokument: https://www.iat.eu/aktuell/veroeff/2022/becka_evans_kokott_schleicher01.pdf (letzter Abruf 13.6.2023).
- Borchers, Uwe/Evans, Michaela/Schnecke, Jan Hendrik/Völz, Silke (2021): Mit besserer Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu mehr regionaler Resilienz. Public Health Forum, 29 (3), S. 191-193. <https://doi.org/10.1515/pub-hef-2021-0066> (letzter Abruf 15.6.2023).
- Burstedde, Alexander (2023): Die IW-Arbeitsmarktfortschreibung. Wo stehen Beschäftigung und Fachkräftemangel in den 1.300 Berufsgattungen in fünf Jahren. IW-Report8/2023, Köln.
- Eggert, Simon/Teubner, Christian/Budnick, Andrea/Gellert, Paul (2021): Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: generelle und aktuelle Herausforderungen Betroffener. In: Jacobs, Klaus/Kuhlmei, Adelheid/ Greß, Stefan/Klauber, Jürgen/Schwinger, Antje. (Hrsg.): Pflege-Report 2021. Springer, Berlin, Heidelberg, S. 59-69, https://doi.org/10.1007/978-3-662-63107-2_4 (letzter Abruf 13.6.2023).
- Institut DGB-Index Gute Arbeit (2018): Berufstätige mit Pflegeverantwortung. Zur Vereinbarkeit von Arbeit und Pflege. Onlinedokument: <https://index-gute-arbeit.dgb.de/+co++bf2674ba-0a6a-11e8-bcc4-52540088cada> (letzter Abruf 13.6.2023).
- Hohmeier, Katrin/Kopf, Eva (2018): Pflegenden ALG-II-Bezieher finden seltener einen Job. In: IAB-Forum 18. Mai 2018, <https://www.iab-forum.de/pflegende-alg-ii-bezieher-finden-seltener-einen-job/> (letzter Abruf 13.6.2023).
- Kuhlmei, Adelheid/Budnick, Andrea (2023): Pflegenden Angehörige in Deutschland: Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit. Bundesgesundheitsblatt 66, S. 550-556, <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03687-3> (letzter Abruf 15.6.2023).
- Kofahl, Christopher/Nickel, Stefan/Mund, Annette et al. (2021): Expertise zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf für Eltern mit einem pflegebedürftigen Kind. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Hamburg/Mainaschaff.
- Lott, Yvonne (2023): Wenn Eltern Feierabend machen wollen. WSI-Policy Brief Nr. 74 2/2023, Düsseldorf. Onlinedokument: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008535 (letzter Abruf 13.6.2023).
- Rat der Arbeitswelt (2023): Transformation in bewegten Zeiten. Nachhaltige Arbeit als wichtige Ressource. Zweiter Bericht des Rats der Arbeitswelt, Onlinedokument: https://www.arbeitswelt-portal.de/fileadmin/user_upload/awb_2023/Arbeitsweltbericht_2023.pdf (letzter Abruf 13.6.2023).
- Osiander, Christopher/ Stephan, Gesine (2018): Gerade geringqualifizierte Beschäftigte sehen bei der beruflichen Weiterbildung viele Hürden, In: IAB-Forum 2. August 2018, Onlinedokument: <https://www.iab-forum.de/gerade-geringqualifizierte-beschaeftigte-sehen-bei-der-beruflichen-weiterbildung-viele-huerden/> (letzter Abruf 13. 6.2023).

Arbeitszeitverkürzung auf der Agenda!

von Stephan Krull



⇒ **Stephan Krull** ist ehemaliges Mitglied des VW-Betriebsrates, der IG-Metall und der Attac AG ArbeitFairTeilen.

Foto: © Privat

Weniger Arbeit für den gleichen Lohn – das fordert die IG Metall für die Beschäftigten der Stahlindustrie. Der Bezirksleiter der IG-Metall NRW, Knut Giesler, sagt: „Wir wollen eine echte Entlastung für die Beschäftigten erreichen, ohne dass sie deshalb weniger verdienen.“ Hintergrund dieser Bemerkung ist, dass bereits jetzt Beschäftigte in der Stahlindustrie ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden reduzieren können – allerdings ohne Entgeltausgleich. Das ist nie gut, in Zeiten hoher Inflation gar nicht möglich. Die Debatte wird schon länger geführt und die Forderungen werden lauter. Eine politische Begründung dieser grundlegenden Forderung nach der Vier-Tage-Woche ist für die bevorstehenden Kämpfe hilfreich und nötig. Arbeitszeit ist nicht nur eine ökonomische Kategorie, sondern hat primär soziale, ökologische, demokratische und kulturelle Dimensionen.

1. Arbeitszeitverkürzung für Gesundheit, Gerechtigkeit und Demokratie

Zweck des Arbeitszeitgesetzes ist es, „die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer ... zu verbessern ...“ (§1 ArbZG). Es sollte auch künftig dem Parlament und der Regierung bei der Regelung der Arbeitszeit in allererster Linie um Sicherheit und Gesundheitsschutz der Millionen Arbeitnehmer*innen gehen, nicht um wirtschaftliche Interessen.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat in ihrem jüngsten Arbeitszeitreport in vielen Kapiteln den Zusammenhang von langen und wenig planbaren (flexiblen) Arbeitszeiten und gesundheitlichen Schädigungen belegt.¹ Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten klagt über Müdigkeit, Erschöpfung und Schlafstörungen. Gewerkschaften und Sozialversicherungen, Arbeitgeber und Regierung beklagen die Zunahme psychischer Erkrankungen: Der Arbeitsausfall wegen psychischer Erkrankungen erreichte 2021 mit 276 Fehltagen je 100 Versicherten einen Höchststand, 41 Prozent über dem von vor zehn Jahren.² Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich hunderttausendfaches menschliches Leid. Wer dennoch, wie konservativ-liberale Politiker*innen und die Arbeitgeberverbände, den Acht-Stunden-Tag in Frage stellt und eine Verkürzung von Ruhezeiten fordert, fällt hinter den Stand gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse zurück und greift direkt die Gesundheit der Beschäftigten an. Mit längerer Arbeitszeit steigen Belastungen des Herz-Kreislauf- und des Muskel-Skelett-Systems sowie das Unfallgeschehen³.

Die Forderung nach der Vier-Tage-Woche für alle ist richtig, weil die meisten Beschäftigten sich diese wünschen, wie der BauA-Arbeitszeitreport ebenso belegt wie Befragungen durch Gewerkschaften. Die Ergebnisse der Befragung der IG Metall (2017) sind eindeutig. Mit 681.241 Rückmeldungen ist sie die größte Vollerhebung, die je in einem Wirtschaftsbereich durchgeführt wurde. Fast 50 Prozent der Befragten sprechen sich für tarif-

1 BauA (2022). Arbeitszeitreport Deutschland: Ergebnisse der BauA-Arbeitszeitbefragung 2021. Dortmund: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin <https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/F2507.html> (letzter Abruf: 6. Juni 2023).

2 <https://www.dgb.de/themen/++co++e2acc61a-12e5-11eb-8616-001a4a160123>, https://www.dak.de/dak/bundesthemen/psychreport-2022-2533048.html# (letzter Abruf: 6. Juni 2023).

3 2021 mehr als 800.000 Arbeitsunfälle, 510 davon tödlich. Umfassend belegt ist, dass die Dauer der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit mit der Höhe des Risikos für Fehlhandlungen und arbeitsbedingte Unfälle zusammenhängt (Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse zu Arbeitszeit und gesundheitlichen Auswirkungen, baua-fokus März 2019).

liche wöchentliche Arbeitszeitverkürzung aus, „auch wenn dieses teilweise Entgeltzuwächse kostet“. In der Folgebefragung 2020⁴ sprachen sich fast 70 Prozent für die Vier-Tage-Woche mit teilweise Entgeltausgleich aus, eine Befragung des WSI der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass sich gut 80 Prozent der befragten Vollzeitbeschäftigten eine Vier-Tage-Woche mit reduzierter Wochenarbeitszeit wünschen⁵. Ein wichtiger Punkt bei diesen Wünschen ist die Überwindung der Ungerechtigkeit zwischen älteren und jüngeren, zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten: Prekäre Beschäftigung in Praktika, Minijobs und kurzer Teilzeit ist vor allem jung und weiblich. Ohne Verkürzung und faire Teilung der Arbeitszeit ist Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und eine Verbesserung der Lage der prekär Beschäftigten und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht möglich.

Schließlich geht es bei der Verkürzung der Zeit für Erwerbsarbeit seit 200 Jahren darum, die selbstbestimmte Zeit der Individuen zu verlängern und so kulturelle, soziale und politische Beteiligung zu ermöglichen, die Demokratie zu stärken.

2. Arbeitszeitverkürzung tariflich und gesetzlich

Die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung werden seit 200 Jahren härter als Lohnkämpfe geführt. Das Massaker auf dem Haymarket in Chicago beim Generalstreik für den 8-Stunden-Tag im Mai 1886 ist die Geburtsstunde des 1. Mai als Kampftag der internationalen Arbeiterklasse. In Deutschland wurde der 8-Stunden-Tag in einer ganz anderen Arbeitswelt im Ergebnis der Novemberrevolution von 1918 eingeführt. John Maynard Keynes hat 1930 vorausgesagt, dass die Menschen im Jahr 2030 nur noch 15 Stunden pro Woche Lohnarbeit leisten müssen, dann wären alle so reich, dass wir uns das leisten könnten. Die Produk-

tivität ist schneller gewachsen, der Reichtum ist da, nur sehr ungleich verteilt.

Wie jetzt in der Stahlindustrie muss es um kollektive Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich gehen – weitere Flexibilisierung und individuelle Arbeitszeitverkürzung führen zu Prekarisierung, zu Teilzeitarbeit mit entsprechender Lohnkürzung und zu weiteren Spaltungslinien und Entsolidarisierungen in der Arbeitswelt. Deshalb sind Tarifverträge ein wichtiges Instrument, gute Arbeit gibt es nur mit guten Tarifverträgen. Das System der Tarifverträge ist jedoch erodiert, Arbeitgeber schaffen Bereiche OT (ohne Tarifbindung), obwohl sie gesetzlicher Kontrahent der Gewerkschaften sind (Tarifvertragsgesetz §2.1). Nur noch etwa die Hälfte aller abhängig Beschäftigten arbeitet wegen Tariffucht der Arbeitgeber unter den Bedingungen eines Tarifvertrages, nur noch jeder fünfte Betrieb ist tarifgebunden. Diese Entwicklung muss durch gewerkschaftliche Kämpfe und kann durch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen⁶ gestoppt und umgedreht werden. Die EU-Mindestlohn-Richtlinie (2022/2041) schreibt vor, dass „jeder Mitgliedstaat, in dem die tarifvertragliche Abdeckung unterhalb einer Schwelle von 80 Prozent liegt“, einen Aktionsplan zu erstellen hat. Dieser soll einen klaren Zeitplan und konkrete Maßnahmen zur schrittweisen Erhöhung der tarifvertraglichen Abdeckung enthalten. Mehr als 100 Jahre nach Beginn des gesetzlichen 8-Stunden-Tages steht flankierend wie in anderen Ländern eine gesetzliche Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit auf der Tagesordnung. Es ist aus der Zeit gefallen, dass per Arbeitszeitgesetz 48-Stunden-Wochen möglich, an sechs Werktagen jeweils 8 Stunden Erwerbsarbeit zulässig sind. Die gesetzliche Reduzierung auf 40 Stunden Höchstarbeitszeit pro Woche wie in anderen europäischen Ländern ist aus ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Gründen überfällig und programmatisches Ziel linker Parteien.

4 https://www.igmetall.de/download/Datenblatt-Tarifpolitische-Forderungen_2f7c927cc108c1ad7009eb2dbfc10717e2b59ce8.pdf (letzter Abruf: 6. Juni 2023).

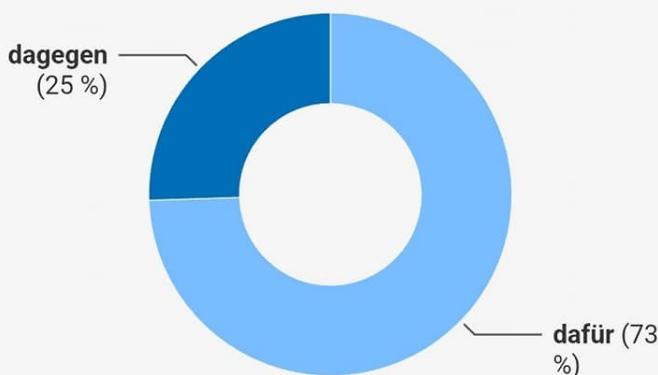
5 https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008610 (letzter Abruf: 6. Juni 2023).

6 TVG §5.1.2: „Die Allgemeinverbindlicherklärung erscheint in der Regel im öffentlichen Interesse geboten, wenn die Absicherung der Wirksamkeit der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklung eine Allgemeinverbindlicherklärung verlangt.“

Wie im Kampf um die 35-Stunden-Woche in den 1980er Jahren werden Gewerkschaften für die Durchsetzung der Vier-Tage-Woche eine gesellschaftliche Kampagne brauchen. Die Bündnispartner*innen stehen schon bereit: Frauen- und Jugendgruppen, Erwerbsloseninitiativen, Umwelt- und Sozialverbände, kirchliche Arbeitnehmergruppen, Mediziner*innen und Krankenkassen, Sportvereine und kritische Ökonom*innen⁷. Dieses

Bündnis braucht es, weil es den Arbeitgebern im Verbund mit konservativen und neoliberalen Politiker*innen und Medien eigentlich nur um Macht geht. Ökonomisch ist kollektive Arbeitszeitverkürzung kein Problem, da die durchschnittliche Arbeitszeit bereits nahe an 30 Stunden liegt – nur ungleich verteilt zwischen Erwerbslosigkeit, Minijobs und unfreiwilliger Teilzeit auf der einen und oft überlanger Vollzeit auf der anderen Seite. ■

#NDRfragt: Zustimmung zur Vier-Tage-Woche



Die komplette Frage lautete: "Inwieweit sind Sie für die Einführung einer Vier-Tage-Woche in Deutschland? Wir folgen dem Verständnis der Vier-Tage-Woche, dass die Arbeitswoche von fünf auf vier Tage reduziert wird. Also insgesamt weniger Arbeitsstunden bei gleichem Einkommen." Nicht repräsentative, gewichtete #NDRfragt-Umfrage, 11.768 Teilnehmende. Befragung 17. bis 24. April 2023. Zu 100 fehlende Prozentpunkte: keine Angabe.

Grafik: #NDRfragt • Quelle: [#NDRfragt](#) • [Daten herunterladen](#)

⁷ Konzeptwerk Neue Ökonomie https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2023/01/Dossier_Arbeitszeitverkuerzung_KNOE2023.pdf; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/>, Arbeitszeitforscher Philipp Frey https://www.vice.com/de/article/93ka5p/dieser-forscher-zerlegt-alle-argumente-gegen-die-viertagewoche?utm_source=vicefbde&utm_medium=link und Teresa Buecker <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/freie-radikale/teresa-buecker-viertagewoche-arbeit-92731> (letzter Abruf: 6. Juni 2023).

Gesellschaftliche Veränderung findet durch Arbeit statt! Job- und Ausbildungsgarantie als Instrumente der sozial-ökologischen Transformation

von Philipp Türmer¹

Sozialdemokrat*innen sind davon überzeugt, dass Arbeit in doppelter Hinsicht zentral ist. Einerseits für die gesellschaftliche Teilhabe des Individuums, andererseits für die gesamtgesellschaftliche Fortentwicklung. Der gesamtgesellschaftliche Wohlstand beruht auf der geleisteten Arbeit. Letztlich ist die Weiterentwicklung der subjektiven Produktivkräfte und damit der Fähigkeit der Gesellschaft, Arbeit zu organisieren, die wesentliche Triebfeder für gesellschaftlichen Wandel.

Sozialdemokratische und sozialistische Politik ist deshalb gut beraten, stets diese Perspektive einzunehmen und gesellschaftliche Veränderungen aus der Sicht der dafür zu leistenden Arbeit und der Menschen, die diese Arbeit verrichten, zu denken. Ganz besonders gilt das für die Aufgabe der sozial-ökologischen Transformation. Denn gerade hier droht die Idee der politischen Steuerung dieser Herausforderung vorwiegend über Preismechanismen zu scheitern. Höchste Zeit, andere Strategien zu verfolgen, diesen gesamtgesellschaftlichen Wandel zu organisieren. Mit der Ausbildungs- und der Jobgarantie stehen dabei zwei Instrumente im Raum, die das Potential haben, den notwendigen Perspektivwechsel vorzunehmen und die sozial-ökologische Transformation als Projekt zu verstehen, das damit steht und fällt, ob es gelingt, Menschen zu gewinnen, die die vielen Aufgaben, die diese Jahrhundertausforderung mit sich bringt, tatsächlich durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft zu schultern.

Preise und Marktkräfte

Wenn die Klimaziele von Paris eingehalten werden sollen, vertrauen viele in der deut-

lichen und europäischen Politik vor allem auf ein Mittel: den CO₂-Preis. Bislang erfasst dieser die Sektoren Industrie, Energie, Verkehr und Luftverkehr. Ab 2026 wird in Deutschland auch der Gebäudesektor einbezogen.

Die Idee hinter dem Emissionshandelssystem ist einfach: Indem das Emittieren von CO₂ verteuert wird, werden Anreize für Unternehmen und Verbraucher*innen gesetzt, CO₂-intensive Produktion zu reduzieren bzw. den Konsum CO₂-intensiver Produktion einzustellen, weil sich entsprechende Produkte stark verteuern. Unterstellt, dass dieses System theoretisch funktionieren kann, steht und fällt es mit der Höhe des CO₂-Preises.

Laut Empfehlung des Umweltbundesamtes hätte der CO₂-Preis 2022 237 Euro pro Tonne betragen müssen, um das Erreichen der Klimaziele zu sichern.² Andere gehen von bis zu 350 Euro pro Tonne aus.³ Der tatsächliche Preis liegt 2023 mit 30 Euro pro Tonne CO₂ im nationalen Emissionshandel deutlich darunter.

Bei 30 Euro verteuert sich das Heizen mit Erdgas in einer 70 Quadratmeter-Wohnung um 75 Euro im Jahr, das Tanken um 85 Euro. Wird der CO₂-Preis so stark erhöht, wie es notwendig wäre, steigen damit auch die Kosten für die Verbraucher*innen um ein Vielfaches. Ab 2026 werden sowohl Mieter*innen als auch Eigentümer*innen zusätzlich von der Bepreisung im Gebäudesektor erfasst.

Gerade für Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen stellt dies potentiell

1 Philipp Türmer ist Ökonom und Jurist und im Bundesvorstand der Jusos zuständig für Arbeit, Soziales, Wirtschaft und Finanzen.

2 UBA, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#undefined> [letzter Abruf: 19. Juni 2023].

3 MCC Working Paper No. 1, 03.12.2018.

eine enorme Belastung dar. In der Energiekrise als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine war eine erste Maßnahme, die weitere Erhöhung des CO₂-Preises um ein Jahr zu verschieben. Vor allem sozialdemokratisch geprägte Politik versucht sich, um diese Belastungen für einkommensschwächere Menschen zu reduzieren, an politischen Maßnahmen, die CO₂-intensive Verhaltensweisen nicht in erster Linie verteuern, sondern klimafreundliche Verhaltensweisen umgekehrt finanziell fördern wollen. Etwa indem der ÖPNV vergünstigt oder Eigentümer*innen beim Austausch ihrer Heizungen oder der Anschaffung von PV-Anlagen gefördert werden. Letztlich setzt aber auch diese Politik am Preismechanismus an, nur von der anderen Seite des Preishebels.

So oder so: In beiden Fällen setzen diese Ansätze zwei Grundannahmen voraus. Einerseits rationale Verbraucher*innen und Unternehmen, die einen langfristigen Zeithorizont haben. Andererseits die Verfügbarkeit von alternativen, klimafreundlichen Verhaltensoptionen.

Nur wenn Unternehmen und Verbraucher*innen sich bewusst sind, dass CO₂-intensive Produktionsweisen immer teurer werden, der Verbrennungsmotor und Heizen mit fossilen Energieträgern immer teurer wird, werden sie heute ihr Verhalten für die Zukunft anpassen. Bereits für Unternehmen kann beim Blick auf den ein oder anderen deutschen Autohersteller bezweifelt werden, ob diese Annahme der Überprüfung in der Realität standhält. Wenn Mercedes Benz 2023 in Milliardenhöhe Aktien zurückkauft, statt in die eigene, bislang kaum konkurrenzfähige Dekarbonisierungsstrategie zu investieren, scheinen die kurzfristigen Renditeerwartungen der Aktionär*innen den Vorzug vor einer auf die Zukunft ausgerichteten Unternehmensstrategie zu bekommen. Erst recht bei Privathaushalten ist fraglich, ob insbesondere Haushalte, die weder über viel ökonomisches noch kulturelles Kapital verfügen, in der Lage sind, neben der Bewältigung ihrer alltäglichen Probleme rationale Entscheidungen mit einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren zu treffen, selbst wenn sie durch Förderung in die Lage versetzt

werden sollten, diese ökonomisch stemmen zu können. In jedem Fall setzt das Vertrauen auf ein angepasstes Verhalten der Bürger*innen voraus, dass diese umfassend informiert werden und in ihre Entscheidungen die Erwartung auf stetig sich erhöhende CO₂-Preise miteinbeziehen.

Schwieriger ist die zweite Grundannahme: Die Verfügbarkeit alternativer Verhaltensoptionen. Vielfach fehlen nämlich genau diese Möglichkeiten. Gelingt es, bislang CO₂-intensive Industrieprozesse zu dekarbonisieren, geht damit ein stark gesteigener Elektrizitätsbedarf einher. Die Bundesregierung selbst erwartet 2030 einen Bruttostromverbrauch von 750 Terrawattstunden (TWh). 2022 wurden in Deutschland 507 TWh erzeugt. In 7 Jahren muss also die Produktion um ziemlich genau 50 Prozent gesteigert werden, ohne dass dadurch bereits die Frage des Ausbaus der Netz- und Speicherinfrastruktur sichergestellt ist, die wesentlich für die Grundlastversorgung ist. Wenn die Mobilitätswende gelingen soll, brauchen Menschen überall alternative Verkehrsangebote. Aktuell kämpfen bereits viele Städte und Ballungszentren mit einem unzureichend ausgebauten ÖPNV. In vielen ländlichen Regionen existieren nahezu keine Angebote, die auch nur annähernd das Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung decken könnten. Fast die Hälfte der bestehenden Gebäude ist nicht ausreichend wärmegeklämt.

In vielen Bereichen fehlt es also bislang an der ausreichenden Verfügbarkeit von klimafreundlichen Alternativen, sowohl für Verbraucher*innen, als auch für Unternehmen. Das Problem ist: Preismechanismen können auch ohne Alternativmöglichkeiten funktionieren. Wenn etwa gewisse Verhaltensweisen ersatzlos gestrichen werden, indem also Fabriken, die nicht ausreichend schnell transformiert werden können, geschlossen, Mobilität ersatzlos gestrichen oder deutlich weniger zu höheren Kosten geheizt wird. Anders gesagt: Durch Einbußen des gesellschaftlichen Wohlstands, der vor allem für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen wohl mit erheblichen Einbußen des ohnehin geringen Lebensstandards verbunden wäre.

Ob eine politische Steuerung über den Preis zu politisch nicht vertretbaren sozialen Härten insbesondere für Menschen mit kleinen und geringen Einkommen führt, entscheidet sich daran, ob es gesellschaftlich gelingt, in einem sehr kurzen Zeithorizont die Voraussetzungen für die Verfügbarkeit entsprechender klimafreundlicher Alternativen zu sorgen.

Organisation statt Marktvertrauen

Die neoliberale Antwort auf dieses Problem ist klar: Steigt der Preisdruck, das Verhalten umzustellen, und ist das bestehende Angebot zu gering, lohnt es sich wirtschaftlich, neue Produktionskapazitäten in klimafreundlichen Alternativbereichen zu schaffen, das Angebot wird ausgeweitet und das Problem löst sich von selbst. Einzig und allein: Diese Marktlösung funktioniert seit Jahren nicht. Einerseits, weil sie insbesondere auf die Versorgung mit Infrastruktur nicht anwendbar ist. Bahn- und Busstrecken im ländlichen Raum lohnen sich wirtschaftlich nur zu so hohen Preisen, dass sie nicht angeboten werden, auch wenn sie gesamtgesellschaftlich für das Gelingen der Klimawende erforderlich sind. Andererseits, erfordert häufig Planung und Konzeptionierung etwa des Infrastrukturausbaus mehr Zeit, als der Klimawandel uns lässt. Beide Probleme sind durch eine starke, staatlich organisierte Daseinsvorsorge und beschleunigte Planungsverfahren zu lösen. Wofür aktuell aber keine Lösung besteht, ist für ein drittes Problem: Die mangelnde Verfügbarkeit von Arbeitskräften um die notwendige Arbeit zu verrichten.

Arbeit als limitierender Faktor

Wer sich aktuell eine Wärmepumpe anschaffen will, der findet mit viel Glück und langer Lieferzeit zwar eine Pumpe, viel schwieriger wird es vor allem in Ballungszentren aber, eine*n Installateur*in zu finden, der oder die noch Platz im Auftragsbuch hat. Das Handwerk spielt eine wesentliche Rolle für das Gelingen der Energiewende. Photovoltaikanlagen installieren, Häuser dämmen, Leitungen erneuern und Heizungen umbauen. Im März 2023 stehen auf Platz drei der Berufsgruppen mit den meisten offenen Arbeitsstellen Me-

chatronik-, Energie- und Elektroberufe, ein Großteil der offenen Stellen entfallen dabei auf kleinere und mittlere Betriebe. Allein nach heutigem Bedarf sind 54.000 Stellen offen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft schätzt den zusätzlichen Bedarf der darüber hinaus benötigten Fachkräfte für die Energiewende auf 216.000.

Auch die Mobilitätswende steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Ohne Bus- und Bahnfahrer*innen, ohne Gleisbauer*innen, wird die Mobilitätswende scheitern. Der Bedarf wird hier auf 110.000 zusätzliche Beschäftigte⁴ geschätzt.

Allerdings werden nicht nur ausgebildete Fachkräfte benötigt. Um Photovoltaikanlagen zu installieren, wird nicht unbedingt eine abgeschlossene Ausbildung als Elektroniker*in benötigt und zur Dämmung von Häusern werden nicht nur Isolierfacharbeiter*innen, sondern auch Bauhelfer*innen gebraucht. Es braucht nicht hoch qualifizierte Arbeitnehmer*innen, sondern auch viele einfachere Arbeiter*innen für die Klimawende.

Ausbildungsgarantie und Jobgarantie – Hand in Hand für die Klimatransformation

Während der Bedarf an Fachkräften immer weiter steigt, werden immer weniger neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. 2022 lag die Zahl mit 468 900 Personen nur 0,6 Prozent über dem Allzeittief von 2021. Der Anstieg etwa im Bereich des Handwerks fiel zwar stärker aus, aber bleibt weit hinter den tatsächlichen Bedarfen zurück. Immer weniger Betriebe bilden aus. Vor allem kleine und mittlere Betriebe, also ebenjene Handwerksbetriebe, die für die Energiewende so wichtig sind, zeigen rückläufige Zahlen. Das ohnehin schon bestehende Problem wird weiter verschärft. Die Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen ist zudem sehr ungleich verteilt. Fachkräfte für die Energie- und Wärmewende werden aber flächendeckend benötigt.

⁴ VDV Branchenumfrage von 2023.

Die Ausbildungsgarantie, so wie sie jetzt beschlossen ist, kann dafür nur teilweise Abhilfe schaffen, etwa indem sie gezielt Angebote zur Ausbildung in Mangelberufen schafft, vor allem in Regionen, in denen bislang kaum oder zu geringe Angebote für Ausbildungsplätze bestehen. Perspektivisch gilt es, die Ausbildungsgarantie aber unbedingt in der ursprünglich gedachten Form fortzuentwickeln und auszubauen, um die hohen Bedarfe zu decken. Vor allem kann die branchenspezifische Umlagefinanzierung die Kosten der Ausbildung solidarisch auf alle Betriebe verteilen und Betriebe gezielt fördern, Ausbildungsplätze zu schaffen. Zusätzlich können der flächendeckende Aufbau der Verbundausbildung und der dazugehörigen Berufsbildungszentren kleine Betriebe unterstützen, gemeinsam Ausbildungsplätze anzubieten, wozu sie allein nicht in der Lage wären. Indem über die dritte Säule der Ausbildungsgarantie zusätzlich schulische Ausbildungsplätze in Mangelberufen geschaffen werden, kann einerseits das massive Fachkräfteproblem gelöst, vor allem aber jungen Menschen eine berufliche Perspektive in Branche mit guten Aussichten gegeben werden. Genau hierin zeigt sich die Stärke der Ausbildungsgarantie: Einerseits löst sie das Versprechen ein, jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung zu schaffen, die möglichst genau seinen Interessen entspricht, andererseits kann gezielt die Ausbildung von Fachkräften in Branchen mit besonders hohen Bedarfen gefördert werden.

Allein mehr Fachkräfte werden jedoch nicht ausreichen, auch die tatsächlichen Produktionskapazitäten in den Branchen mit den größten Bedarfen zu steigern. In Bereichen der öffentlich organisierten Daseinsvorsorge ist es zwar noch leichter möglich, etwa über die Bahn oder die kommunalen Verkehrsbetriebe das Angebot auszuweiten. Schwieriger wird es aber in privat organisierten Branchen. Unternehmen weiten ihre Kapazitäten nicht so weit aus, wie es den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarfen entspricht, sondern maximieren ihre Gewinne. Gerade eine Verknappung des Angebots steigert die Margen. Das gewinnoptimale Angebot liegt unterhalb des gesellschaftlich optimalen Punkts, wenn das Ziel sein

muss, maximale Kapazitäten für das Gelingen der Klimawende zu mobilisieren.

Zusätzlich verschärft wird diese Situation von regionalen Problemen, wenn etwa nur wenige Anbieter sich den Markt aufteilen oder Handwerksbetriebe sich schlicht scheuen, zu expandieren und damit Investitionsrisiken aufzunehmen, die die gefüllten Auftragsbücher überflüssig erscheinen lassen.

Teil der gesellschaftlichen Herausforderung, die Energiewende zu meistern, muss es aber sein, alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren, damit diese Kraftanstrengung gelingen kann. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland trotz schwächelnder Wirtschaft immer noch gering ist, so war die Zahl der Unterbeschäftigten im Januar 2022 mit 3,19 Millionen immer noch überraschend hoch. Viele Menschen arbeiten unfreiwillig geringfügig oder in Teilzeit. Dies ist einerseits für die Betroffenen häufig mit materiellen Nöten verbunden, andererseits schlummert hier ein ökonomisches Potential, das nicht ungenutzt bleiben sollte, wenn volkswirtschaftlich „alle Hände an Deck“ benötigt werden, um die Aufgaben der Energie- und Klimawende zu stemmen.

Neben den Unterbeschäftigten arbeiten 19 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnssektor. Häufig in gering qualifizierten Dienstleistungsberufen. Es ist zumindest davon auszugehen, dass bei einer Vielzahl der hier Beschäftigten die grundsätzliche Bereitschaft besteht, anderweitige Beschäftigungen mit höherer Entlohnung anzunehmen, so diese in ihrer Region leicht zugänglich und verfügbar sein sollten.

Für beide Gruppen kann eine dezentral, kommunal organisierte Jobgarantie ein attraktives Angebot darstellen.

Wie eine Jobgarantie funktionieren kann

Die Jobgarantie ist ein politisches Instrument, um das Recht auf Arbeit politisch zu verwirklichen. Während in einer kapitalistischen Marktwirtschaft eine stets bestehende So-

ckelarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung hingenommen und sogar vorausgesetzt wird, räumt die Jobgarantie jedem hier dauerhaft Wohnenden einen individuellen Rechtsanspruch ein, eine Arbeitsstelle anzutreten. In dem Konzept, dem sich die Jusos mit ihrer Beschlusslage angeschlossen haben⁵, soll jedem ein Recht eingeräumt werden, jederzeit eine Stelle aus dem Programm der Jobgarantie zugewiesen zu bekommen. Dieser Anspruch besteht unabhängig davon, ob die entsprechenden Personen arbeitslos oder mit ihrer bestehenden Beschäftigung unzufrieden sind. Dabei soll das Programm durch die Kommunen ausgestaltet werden, die den Bedürfnissen vor Ort entsprechend Stellen schaffen. Diese stellen damit keine Beschäftigungsmaßnahmen dar, sondern tragen zur gesellschaftlichen Wertschöpfung tatsächlich bei. Besonders bieten sich deshalb Branchen an, in denen ein tatsächliches Mangelangebot besteht. Die Bezahlung erfolgt entweder zu den entsprechenden Tariflöhnen der jeweiligen Branche, in denen Anstellungen geschaffen werden oder zum Mindestlohn. Allen Teilnehmer*innen steht es dabei jederzeit offen, wieder aus dem Programm auszuschneiden und eine reguläre Beschäftigung anzutreten. In Marienthal in Niederösterreich besteht seit 2020 ein Experiment, in dem auf kommunaler Ebene erfolgreich eine Jobgarantie erprobt wird.

Ob über Bauhöfe, kommunale Bau- und Instandhaltungsgesellschaften oder die lokalen Energieversorger, viele Kommunen verfügen grundsätzlich bereits jetzt über die Fähigkeiten, Leistungen im Bereich der Energiewende in Eigenleistung zu erbringen. Diese vorhandenen Strukturen sollten jetzt genutzt werden, um die Lücke zwischen tatsächlichem Bedarf an Kapazitäten zum Erreichen der Energie- und Wärmewende und dem, was der Markt zur Verfügung stellt, zu schließen. Der Netzausbau betrifft nicht nur große Trassen zwischen Nord und Süd. Auch in den Kommunen müssen allorts Netze erneuert werden, wenn sie die zusätzliche Belastung durch immer mehr Photovoltaikanlagen auf den Dächern und einem höheren Verbrauch durch

Wärmepumpen oder auch E-Ladestationen aushalten sollen. Dächer von Turnhallen und Verwaltungsgebäuden gilt es für Solarstromerzeugung zu nutzen und Gebäude der Städte und Gemeinden zu dämmen. Je mehr Kommunen in der Lage sind, solche Investitionen in Eigenleistung zu erbringen und am besten, sofern die Strukturen dafür vorhanden oder schnell aufgebaut werden können, auch für Dritte zusätzliche Leistungen zu erbringen, umso schneller geht die Energiewende insgesamt voran.

Dafür braucht es aber vor allem Menschen, die diese Leistungen erbringen können. Und hier setzt die Jobgarantie an. Indem sie nicht nur in für die Energie- und Wärmewende relevanten Bereichen gezielt vor Ort Kapazitäten aufbaut, werden Jobs mit einer hohen Wertschöpfung und gesellschaftlichen Relevanz geschaffen, die für arbeitslose, unterbeschäftigte oder prekär beschäftigte Personen eine hervorragende Möglichkeit darstellen können, eine Tätigkeit aufzunehmen, die sowohl sinnstiftend ist als auch die eigene finanzielle Situation verbessert. Kombiniert mit Maßnahmen der Weiterqualifizierung wird neben der Ausbildungsgarantie eine weitere Möglichkeit geschaffen, Fachkräfte in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Mehr als ein Steuerungsinstrument

Die Ausbildungsgarantie und die Jobgarantie sind mehr als ein ökonomisches Steuerungsinstrument. In erster Linie geht es darum, das individuelle Recht einer jeden Person auf Arbeit und Ausbildung politisch auszufüllen. Darüber hinaus birgt die konkrete Ausgestaltung aber das Potential, gezielt dort Arbeitskräfte zu mobilisieren und Fachkräfte auszubilden, wo eine kapitalistische und damit letztlich anarchisch organisierte Marktwirtschaft seit Jahren versagt. Für das Gelingen der Klimawende ist die Verfügbarkeit von Fachkräften, aber auch weniger qualifizierten „Arbeiter*innen für die Klimawende“ entscheidend. Job- und Ausbildungsgarantie können gerade hier ansetzen und damit zum Motor der ökologischen Transformation werden. Gleichzeitig werden damit gut bezahlte

5 Beschluss B5 vom Buko 2020.

und zumindest in nächster Zeit zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen.

Die Jobgarantie ist die konsequente gedankliche Fortführung der Ausbildungs- und Jobgarantie. Während die Ausbildungs- und Jobgarantie das Recht auf (Aus-)Bildung verwirklicht, verwirklicht die Jobgarantie das Recht auf Arbeit⁶. Gleichzeitig ermöglicht sie die Steuerung von politischen und gesellschaftlichen Projekten aus der Mitte der arbeitenden Menschen. Während eine politische Steuerung über Preise und andere Anreize stets darauf vertrauen muss, dass sich die Märkte entspre-

chend verhalten und die Voraussetzungen geschaffen werden, kann mit der Ausbildungs- und Jobgarantie unmittelbar am letztlich entscheidenden Hebel angesetzt werden: Denn gesellschaftliche Veränderung findet letztlich durch Menschen statt, die sie konkret durch die von ihnen verrichtete Arbeit gestalten. Richtig ausgestaltet können Ausbildungs- und Jobgarantie damit zu Treibern der Klimawende werden und den Flaschenhals der Verfügbarkeit von Arbeitskräften zu verbreitern, an dem die aktuellen politischen Maßnahmen zu scheitern drohen. ■

⁶ Das in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kodifiziert ist.



Raus aus der Hochschule – hinein in eine bessere Welt
50 Jahre Juso-Hochschulgruppen
 perspektiven ds 1/23
 324 S. | Pb. | auch als ebook
 ISBN 978-3-7410-0239-7
 Einzelheft € 16,90

In diesem Jahr feiern die Juso-Hochschulgruppen ihr 50-jähriges Bestehen. Grund genug, ihre Geschichte zu beleuchten und mit Blick in die Zukunft zu fragen: Was bedeuten Sozialismus, Feminismus und Internationalismus heute? Wie müssen sich Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftspolitik verändern, damit Emanzipation, Partizipation und soziale Gerechtigkeit keine leeren Worthülsen bleiben? In den **perspektiven ds – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik** begleiten seit 1984 führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen Disziplinen, junge akademische Autorinnen und Autoren und nachdenkliche Politikerinnen und Politiker die programmatische Selbstverständigung im Umfeld der sozialen Demokratie und des Demokratischen Sozialismus.

www.schueren-verlag.de **SCHÜREN**

Eine Strompreisbremse als Teil moderner Industriepolitik?

von Arne Heise¹

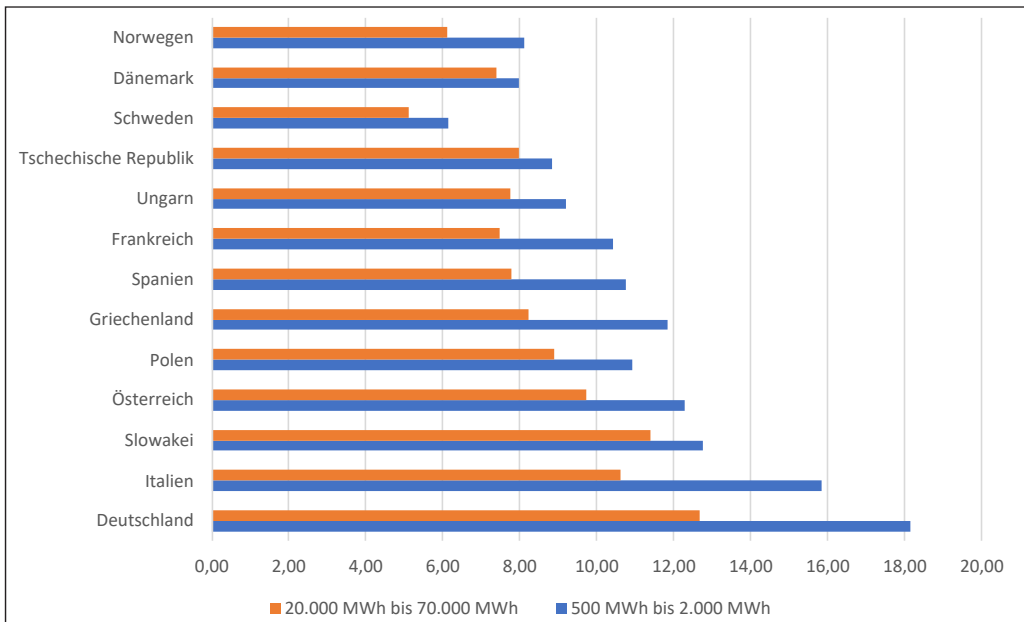
Der politische Wind schlägt Bundeswirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck gerade mächtig ins Gesicht: Sein noch unfertiges Gebäudeenergiegesetz verunsichert die Bürger massiv und bringt die Ampelkoalition an den Rand des Scheiterns. Schon hat der Minister, offenbar wieder nicht im Kabinett abgestimmt, die nächste Idee: Die besonders energieintensiven Industriebranchen sollen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, mit einem Strompreisdeckel bedacht werden².

Tatsächlich gehören die Energiekosten in Deutschland zu den welt- und europaweit

höchsten, das gilt auch für die Strompreise der Industriekunden und ist nicht erst seit dem starken Anstieg der Energiepreise im Zuge des Ukraine-Krieges seit März 2022 so (vgl. Abb. 1 und 2).

Der massive Anstieg der Energiepreise durch die russische Aggression gegen die Ukraine hat natürlich nicht nur die Industrie stark getroffen, sondern auch andere Wirtschaftsbranchen und auch die privaten Endverbraucher. Hierauf hat die Bundesregierung mit einer Energiepreisbremse reagiert, die die Preise verschiedener Verbraucher deckelte, indem die über die jeweiligen Preisober-

Abbildung 1: Strompreise für Industriekunden (inkl. Stromsteuer) in ausgewählten europäischen Ländern im Jahr 2021 (in Euro-Cent pro Kilowattstunde)

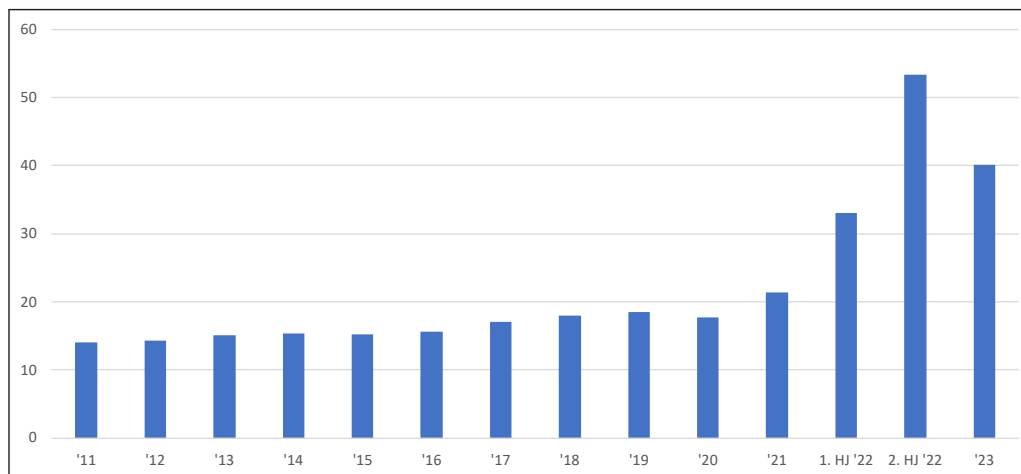


Quelle: BMWi - Energiedaten, Tabelle 29a

1 Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.
 2 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz; Wettbewerbsfähige Strompreise für die energieintensiven Unternehmen in Deutschland und Europa sicherstellen. Arbeitspapier des BMWi zum Industriestrompreis für das Treffen Bündnis Zukunft der Industrie, Berlin 2023.

grenzen hinausgehenden Marktpreise bis zu einer Mengenobergrenze durch Zuschüsse ausgeglichen werden. Mit dieser Maßnahme, die zum 1.1.2023 in Kraft trat und zunächst bis zum 31.12.2023 bzw. 30.4.2024 zeitlich befristet wurde (s. SPW 252), sollten gleich-

Abbildung 2: Industriestrompreise (inklusive Stromsteuer) in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2023 (in Euro-Cent pro Kilowattstunde)



Quelle: BDEW; Bundesverband der Energie-Abnehmer; ID 252029

zeitig Belastungen reduziert, aber auch die Energiesparanstrengungen nicht vollkommen konterkariert werden. Die Finanzierung der Energiepreisbremse erfolgt aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF), der für die Finanzierung der Kosten im Zusammenhang mit der Corona-Krise geschaffen und nun für die Finanzierung der Energiepreisbremse im Jahr 2022 mit einer Ausstattung von 200 Milliarden Euro reaktiviert worden war.

Gegenwärtige Strompreisentwicklung

Seit Ende 2022 sind nun die Preise an den Energiebörsen wieder stark rückläufig (vgl. Abb. 3), ohne allerdings bereits wieder das Vorkrisenniveau von etwa 90 €/MWh im Jahr 2021 und etwa 30 €/MWh in den Jahren davor erreicht zu haben. Und, vor allem, werden die Preissenkungen auch nicht von allen Energieversorgern direkt an die Kunden weitergegeben – das Bundeskartellamt ermittelt.

Vor diesem Hintergrund wird der Vorstoß des Bundeswirtschaftsministers durchaus nachvollziehbar – insbesondere, wenn man die wirtschaftliche Bedeutung der energieintensiven Branchen für die Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland in Rechnung stellt (vgl. Abb. 4) und gleichzeitig im Kopf hat,

dass z. B. die US-Regierung mit ihrer als Inflationsbekämpfung („Inflation Reduction Act“) getarnten massiven Subventionierung der US-Wirtschaft Anreize für Nicht-US-Unternehmen setzt, Produktionen in die USA zu verlagern.

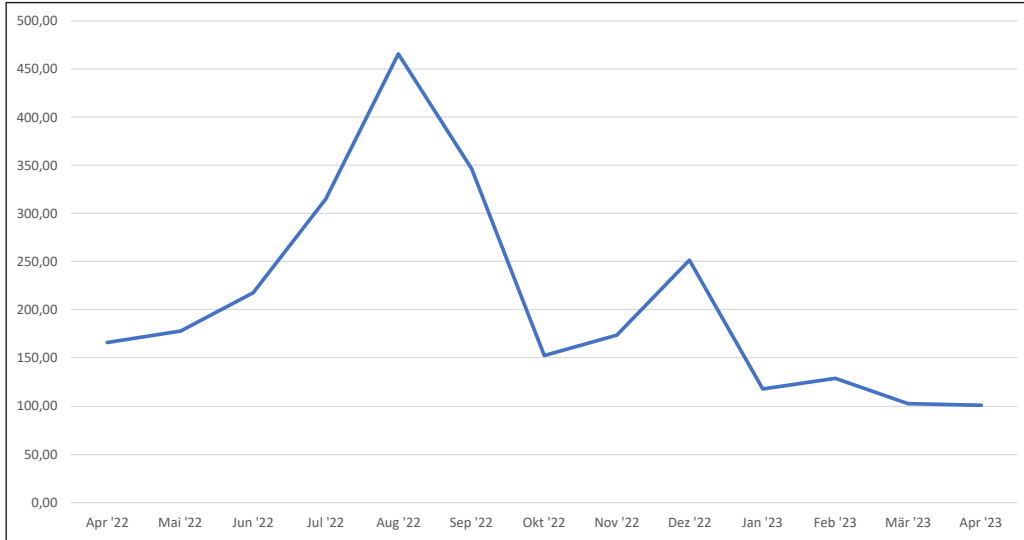
Insbesondere letzterer Aspekt und die geplante Laufzeit der Strompreisbremse bis zum Jahr 2030 machen allerdings deutlich, dass es nicht in erster Linie um eine Krisenbewältigung, sondern einen Akt gezielter Industriepolitik geht. Hierbei bekommt der Bundeswirtschafts- und Klimaminister – nicht verwunderlich – die Unterstützung der Verbandsvertreter der energieintensiven Branchen – also vor allem der Chemie- und der Metallverarbeitenden Industrie – und den die dort Beschäftigten vertretenden Gewerkschaften. Kritik aber kommt vom liberalen Koalitionspartner und ordnungs-, aber auch umweltpolitisch motivierten Wissenschaftlern.

Strompreise als Wettbewerbsfaktor

Zur Beurteilung der Strompreisbremse als „moderne“ industriepolitische Maßnahme³

³ Tom Krebs verkauft die Strompreisbremse als Teil einer „modernen Industriepolitik“; vgl. Tom Krebs; Industriepolitische Zeitenwende. Ein europäischer Inflation Reduction Act, FES diskurs, Berlin 2023.

Abbildung 3: Strombörse - Preisentwicklung am EPEX-Spotmarkt bis April 2023 (in Euro pro Megawattstunde)

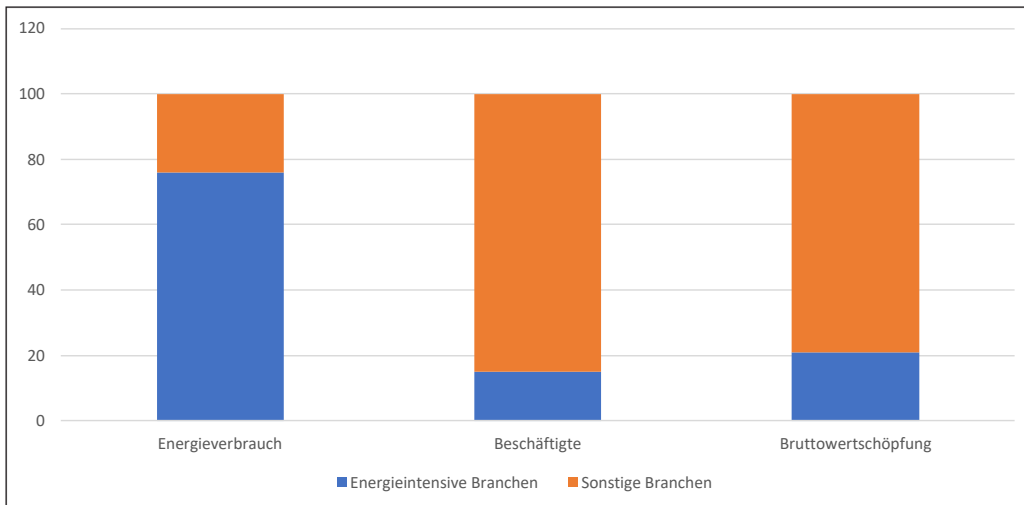


Quelle: ENTSO-E; Bundesnetzagentur (SMARD Strommarktdaten); EPEX SPOT

muss erwähnt werden, dass einerseits ein wesentlicher Grund für die hohen Strompreise in Deutschland in der hohen Steuer- und Abgabenlast auf Energie besteht, also administriert und zumindest teilweise umweltpolitisch motiviert ist. Darüber hinaus sollte bedacht werden, dass der Strompreis – auch aufgrund

zunehmend gewährter Ausnahmereglungen bei der Energiebesteuerung – mit dem Stromverbrauch sinkt (vgl. Abb. 1), d. h. insbesondere die besonders energieintensiven Branchen schon heute einen Preis zahlen, der nur wenig über dem Marktpreis – und damit nur wenig über der gegenwärtig angedachten Preisbrem-

Abbildung 4: Bedeutung der energieintensiven Branchen (Anteil in % des Industriesektors)



Quelle: Destatis 2023

se von 6 -7 Euro-Cent pro Kilowattstunde - liegt und deshalb aus Wettbewerbsgesichtspunkten weniger bedeutungsvoll erscheint⁴. Dieser Gesichtspunkt – der geringe Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit – wird noch dadurch gestärkt, dass der Anteil der Energiekosten an den gesamten Produktionskosten selbst in vielen energieintensiven Sektoren bei nicht einmal 10 Prozent liegt und deshalb nicht überschätzt werden sollte⁵.

Strompreisbremse als Teil „moderner“ Industriepolitik?

Insgesamt sind die energieintensiven Sektoren zwar für einen immensen Teil des Energieverbrauchs und, damit einhergehend, des Co2-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich (vgl. Abb. 4). Dem steht ein ebenfalls beträchtlicher, allerdings sehr viel geringerer Beitrag zur Beschäftigung (ca. 1 Million Beschäftigte) und Wertschöpfung gegenüber. Hiermit wurde in der Vergangenheit deren energiesteuerpolitische Sonderbehandlung – die aus umweltpolitischen Gründen schwer nachvollziehbar und für eine ökologische Transformation sicher nicht förderlich ist – gerechtfertigt. Wenn man nun aufgrund ihres eher geringen Anteils an den gesamten Produktionskosten und den eh gewährten Ausnahmeregelungen nicht bereit ist, den Stromkosten eine überragende Bedeutung für die Standortentscheidung von Unternehmen zuzugestehen, dann dürfte die angedachte Strompreisbremse in Deutschland keine geeignete Maßnahme sein, um eine nachhaltige Strukturentwicklung im Sinne einer „modernen“ Industriepolitik gegen internationale Subventionstatbestände voranzutreiben. Da wäre es angemessener, die Ausnahmeregelungen für die staatlich administrierten Preiskomponenten des Strompreises konsequent auf umwelt- und innovationspolitische Ziele auszurichten und ggf. weitere spezifisch industriepolitische Maßnahmen zu ergreifen. Im Rahmen einer zeitlich eng befristeten Ver-

längerung der bestehenden Regelungen der Energiepreisbremse könnten weiterhin durch den Ukraine-Krieg bestehende Sonderbelastungen energieintensiver Branchen problemlos abgedeckt und aus dem WSF finanziert werden. ■

4 Vgl. Roland Kube, Thilo Schaefer; Entwicklung der Stromkosten im internationalen Vergleich. IW Gutachten, Köln 2020; Katharina Grave u. a.; Stromkosten der energieintensiven Industrie. Ein internationaler Vergleich, Berlin 2015.

5 Christian Lutz et al.; Wettbewerbsfähigkeit und Energiekosten der Industrie im internationalen Vergleich, Berlin 2015.

Nachdenken und Vorausdenken. Die Grundwertekommission der SPD und die Anforderungen der „Zeitenwende“

von Ernst Dieter Rossmann¹

Diese Kommission der SPD hat es verdient, dass ihre intensiven Diskussionen und umfassenden Stellungnahmen zu Grundfragen von sozialdemokratischer Politik in der Partei selbst und in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden, als es in Zeiten von überschäumenden Kurznachrichten, auf die Tagesaktualität fixierten 30 Sekunden-Statements und allgegenwärtigen Koalitionsscharmützeln je nach Lage in der Demoskopie aktuell der Fall ist. Eine lebendige Partei muss Instanzen haben, die über den Tag hinaus denken, immer wieder den Werte-Kern ihrer Politik herausarbeiten und auf die großen Fragen der Zeit und langen Linien ihrer Politik hin orientieren.

A) 50 Jahre Arbeit an den Grundwerten und Konzepten der Partei

Konzeptionelle Arbeit hat eine lange Tradition in der SPD. Sie hat die Partei immer attraktiv und stark gemacht im Inneren wie in der Außenwirkung und die Bindung in die Bevölkerung hinein und zu politischen und gesellschaftlichen Partnern immer wieder neu auf gebaut und gefestigt. Dies war so in den besonders erfolgreichen Zeiten der deutschen Sozialdemokratie in 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts. So hat die SPD 1970 auf einem Bundesparteitag eine breit angelegte Erarbeitung eines politisch-ökonomischen Orientierungsrahmens beschlossen, der dann 1972 vorgelegt wurde und Fragen von Wohlstandsentwicklung und sozialer Gerechtigkeit durch staatliche Planung und Neuorganisation der Wirtschaft in den Vordergrund rückte. 1973 hat der Parteivorstand dann auf Initiative des

damaligen Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt hin eine Grundwertekommission einberufen, die an der tiefergehenden Orientierung der SPD mitwirken sollte. Im Mittelpunkt standen in diesen Jahren für die Sozialdemokratie so zentrale Fragen wie die Grenzen des Wachstums, die neuen Perspektiven im Ost-West-Konflikt in Europa und im geteilten Deutschland, die Aufgaben Europas im sich wandelnden Nord-Süd-Verhältnis und das Spannungsfeld von Wert- und Strukturkonservatismus, wie es sich dann später in der Regierungszeit von Helmut Schmidt nicht zuletzt an der Atomfrage zuspitze sollte. In den ersten Vorsitz der Grundwertekommission wurde Erhard Eppler berufen, dem dann nach 19 Jahren Wolfgang Thierse, Julian-Nida Rümelin und von 2014 bis heute Gesine Schwan in der Leitung nachfolgen sollten.

Die geringe Zahl der Vorsitze in jetzt 50 Jahren spricht für die Solidität, Autorität und Konsensfähigkeit der Arbeit in dieser Kommission. Aktuell 28 Mitglieder - davon 10 Frauen und 14 Männern, 13 Professorinnen und Professoren, 8 aktive oder ehemalige Abgeordnete aus Bundestag und Landtagen, Gewerkschafter und Ökonomen, viele aus Berlin und seinem Umfeld, aber auch Mitglieder aus anderen Landesverbänden der SPD bringen ihre Kompetenzen ein. Sie verdichten durch sehr kontroverse Diskurse zu grundsätzlichen Themenpapieren, die sich mit Nachhaltigkeit und Lebensqualität in Zeiten des Anthropozäns, mit Solidarität und Sicherheit, mit Daseinsvorsorge und Staatlichkeit, mit Freiheit und Identität auseinandersetzen. Es entstehen darüber hinaus knappere Texte im Sinne von Zwischenrufen, die auf der Homepage der Kommission zugänglich sind und auch auf anderen Wegen aktiv in die parteiliche und öffentliche Diskussion eingebracht

¹ Dr. Ernst Dieter Rossmann war von 1987 bis 1998 MdL und von 1998 bis 2021 SPD - MdB, zuletzt als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Er ist seit 2008 Mitglied der Grundwerte - Kommission.

werden. So hat die Grundwerte-Kommission nicht nur mehrere Positionspapiere für das große Debattencamp der Partei in Leipzig im letzten Jahr zur Diskussion gestellt. Sie steht auch im intensiven Austausch mit dem SPD-Generalsekretär als Verbindung in das Präsidium der Partei.

Franz Müntefering, gerade mit dem Bebel-Preis geehrter ehemaliger Parteivorsitzender, Fraktionsvorsitzender und Vizekanzler, hat gerne Herbert Wehner und dessen Mantra zitiert: „Bloß nicht austrocknen.“ Und sein persönliches Mantra immer hinzugefügt: „Die SPD wird noch gebraucht.“ Das fasst zusammen, was auch die Arbeit der Grundwerte-Kommission ausmacht und wozu sie einen Beitrag leisten will – zu einer SPD auf der Höhe ihrer Zeit und der Zukunft zugewandt.

B) Der Westen, die Zeitenwende und Europa in einer multipolaren Welt

Wo das Narrativ vom „Ende der Geschichte“, wie es der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion postuliert hat, sich im neuen Jahrhundert und besonders in den letzten Jahren mit bedrückender Schärfe widerlegt hat, war es für die Grundwerte-Kommission naheliegend, sich mit dem „Westen“ und seinen Ambivalenzen wie mit den Perspektiven für Freiheit und Frieden, Solidarität und Nachhaltigkeit in der Zukunft einer multipolaren Welt zu befassen. Als sich die Kommission im Jahr 2021 mit den Folgerungen aus dem Rückzug von Amerika und seinen Partnern aus Afghanistan für das Selbstverständnis des Westens als historisches Konstrukt und als selbst erklärte Wertegemeinschaft auseinandersetzte, gab es die heftigsten Diskussionen in der Kommission um die historischen Belastungen und die offenliegende Brüchigkeit westlicher Ideale. Zum Konsens wurde die Einsicht, dass Freiheit und Demokratie starke Wurzeln im „Westen“ haben und eine globale Kooperation der Demokratien als Utopie aus dem Westen identitätsstiftend werden könne.

Der Angriffskrieg von Putins Russland gegen die Ukraine erforderte dann, das Grundsätzliche in den Grundwerten von Frieden und Freiheit mit dem Konkreten von Sicherheit und Solidarität zu verbinden. Die Debatte um die „Zeitenwende“ galt es genauso aufzunehmen wie die Prager Rede vom Bundeskanzler zur Weiterentwicklung der Europäischen Union und neue Überlegungen zur globalen Zusammenarbeit für Nachhaltigkeit und fairen Wohlstand. Wenn jetzt für den nächsten Bundesparteitag der SPD in der Kommission Internationale Politik „Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“ vorbereitet werden, so der Anspruch eines ersten Basispapiers vom Januar diesen Jahres, bringt die Grundwerte-Kommission auch hierzu Leitsätze und einige konkrete Lösungsvorschläge mit ein. An dieser selbstkritischen Einsicht kommen alle politischen Strömungen in der SPD ja nicht vorbei: Fragen der internationalen Politik im Sinne klassischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der vordergründigen Beendigung des Ost-West-Konflikts viel zu lange und allzu sehr in der SPD zurückgestellt hinter das harte Ringen um den richtigen Kurs angesichts der Umbrüche in der Arbeitswelt, der Sicherung des Sozialstaates und der Nachhaltigkeit von Wertschöpfung und Wohlstand.

Was sind nun Leitsätze aus den jüngsten Konzepten der Grundwerte-Diskussion zur „Zeitenwende“ und zur globalen Zukunft? Hierzu sollen 10 Kernpunkte aus dem über 19 Seiten reichenden Gesamtpapier benannt und in Auszügen zitiert werden².

1) Solidarität gegen Willkür

„Der Krieg ist zwingende Warnung und Mahnung, sich gemeinsam mit Verbündeten wehrhaft zu machen gegen die Willkür, mit der die Unverletzlichkeit von Grenzen und Völkerrecht einseitig gebrochen werden können, und so stark zu werden, dass diese

² Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand: Was heißt und was folgt aus der „Zeitenwende“?, Berlin 2023. Online unter: https://grundwertekommission.spd.de/fileadmin/gwk/Dokumente/GWK_Zeitenwende_Fassung_final.pdf (letzter Abruf: 6. Juni 2023)

Willkür nicht weiter um sich greifen kann. Es bleibt richtig, was Willy Brandt in seinem politischen Testament geschrieben hat: „Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten den Weg.“ Und genauso richtig ist seine Feststellung: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts“ (S. 2).

2) Für militärische Sicherheit sorgen und mehr Politik wagen

„Wo die Sorgen wachsen, dass militärische Erpressung, Bedrohung und direkte Aggressionen bis hin zu Angriffskriegen zunehmen, bleiben die Verbindung von Abschreckung und Wehrhaftigkeit mit vorausschauender aktiver politischer Initiative und einem beharrlichen unerschütterlichen Suchen und Werben und Organisieren von politischen Lösungen unverzichtbar. Wir müssen mehr Politik wagen – mit vorausschauenden Szenarien von möglichen Krisen und Konflikten und ihren Konsequenzen, mit mehr wissenschaftlicher Forschung und Beratung zur Konfliktprevention und Friedenssicherung, mit erweiterten Konzepten für die gemeinsame Sicherung von Frieden und Abrüstung und mit einem mutigen Eintreten gegen den Fatalismus, dass es eine friedliche Welt ohne Kriege nicht geben kann. [...] Die bedingungslose Militarisierung von Konflikten und die Beschleunigung von immer weiterführenden Aufrüstungsspiralen werden jedenfalls keine Lösung sein, um die Welt friedlicher zu machen und für alle Menschen Sicherheit und Wohlfahrt zu ermöglichen“ (S. 2/3).

3) Polarisierung in der Geopolitik bringt keine Lösungen

„Die unabweisbar notwendigen gemeinsamen globalen Anstrengungen gegen die dramatische Welterhitzung und damit einhergehende Umweltkatastrophen, Hungersnöte, Energieengpässe und Armutsmigration drohen in einer verschärften Polarisierung in der Welt aufgekündigt und massiv zurück geworfen zu werden. Kriege zerstören das Klima, sie hintertreiben eine gemeinsame Entwicklung von ökonomischer Modernisierung und

Transformation für eine nachhaltige Wohlfahrt und mehr Gerechtigkeit. Eine oder zwei die Welt dominierende Supermächte werden dieses aber genauso wenig vermögen wie sich in einer Welt andauernder Rivalität und Polarisierung zukunftsfähige Lösungen für die existentiellen Menschheitsfragen finden lassen werden“ (S. 4/5).

4) Strukturelle Sicherheit mit Europa neu angehen

„Friedenspolitik mit den Mitteln von Entspannung und Zusammenarbeit und Sicherheitspolitik mit den Mitteln von Abschreckung und Wehrhaftigkeit sind dabei keine fundamentalen Gegensätze. Wir wehren uns gegen dauerhafte Feindschaft zwischen Menschen, Völkern und Staaten. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte: Aus Feinden und Gegnern können und sollen auch wieder Freunde und Partner werden. Das dürfen wir nie vergessen und müssen auch in Zukunft daran arbeiten, dass es für und mit Europa nicht nur eine Sicherheit vor Russland gibt, sondern auch die Möglichkeit für eine strukturelle Sicherheit und Stabilität mit Russland für Europa und seine Staaten geschaffen werden muss“ (S. 5).

5) Friedenspolitik und globale Partnerschaft miteinander verbinden

„In einer neuen Welt der Multipolarität und der wachsenden Vielfalt an politischen Kraftzentren sind mehr gemeinsame Verantwortung und vorausschauende Kooperation wichtiger denn je. Globale Partnerschaft in der Verschiedenheit der Staaten organisiert sich über eine Stärkung der Vereinten Nationen und einen Multilateralismus des Respekts vor der Vielfalt von Kulturen und Religionen wie der Diversität an Problemlagen und Entwicklungspotentialen. Das wird für die Zukunft bestimmend werden“ (S. 6).

6) Deutschland als militärischer Partner in der Friedenssicherung

„Wir müssen verhindern, dass sich Atom-mächte als Kriegsparteien direkt in Europa

gegenüber stehen. Leitprinzip für das eigene Verhalten Deutschlands ist hierbei, nur in engster Abstimmung und gemeinsam mit den Verbündeten zu handeln und keine Alleingänge zu machen. Das schließt ausdrücklich aus, sich zu einer herausgehobenen besonderen Führungsmacht in diesem Konflikt aufzuschwingen oder als Land einseitig vorweg zu gehen, wo alle Beteiligten nur in der gemeinsamen Beratung, Entscheidung und Durchführung der beschlossenen Maßnahmen bestehen können“ (S. 7).

7) Die Prinzipien der gemeinsamen Verantwortung und der kooperativen Führung

„Verantwortung zu übernehmen ist [...] etwas anderes als vor anderen und mit einem besonderen Anspruch eine Führungsmacht sein zu wollen. «Gemeinsame Verantwortung ja, alleinige Führung nein» muss vielmehr der Grundsatz sein. Wir setzen uns ein für das Prinzip der kooperativen Führung in vertrauensvoller Partnerschaft und wechselseitigem Respekt. Unser Verständnis von kooperativer Führung gründet auf abgestimmten Konzepten, klaren Abläufen, gemeinsamen Entscheidungen und deren verlässlicher Umsetzung. Ein solches Verständnis von Führung gilt für Deutschland grundsätzlich für alle nicht rein national zu regelnden Bereiche in der europäischen und internationalen Politik. Es gilt erst recht für die militärische Mitverantwortung und das militärische Engagement“ (S. 7/8).

8) Vorbild ohne moralischen Zeigefinger

„Kooperative Führung und gemeinsame Verantwortung statt Dominanz und Einseitigkeit der Interessen [...] müssen auch im globalen Geschehen gelten. Bei den extrem unterschiedlichen ökonomischen, technologischen und finanziellen Kräften, die sich auf der Welt entwickelt haben, können nicht alle Länder gleichermaßen aus eigenen Mitteln Vorsorge zu ihrem Schutz und zur eigenen Entwicklung treffen. Die Möglichkeiten der reich ausgestatteten und stark gewordenen sind hier nun einmal größer als die der arm gemachten und gebliebenen. Aber

umso wichtiger ist es, hier ein gutes Beispiel für vorausschauende Innovation und Transformation zu sein, ein Vorbild ohne moralischen Zeigefinger und Überheblichkeit, sondern selbstbewusst in den Werten, transparent in den eigenen Interessen und pragmatisch im Arbeiten für konkrete Wege und Wirkungen“ (S. 9).

9) Europäische Souveränität als wichtige Konsequenz aus der Zeitenwende

„Eine stärkere Europäische Souveränität bedeutet die Entscheidung, Elemente nationaler Souveränität an die EU-Ebene abzugeben, weil sie dort wirkungsvoller wahrgenommen werden kann. Das gilt nicht für die Entscheidung über Krieg und Frieden, die selbstverständlich in der Kompetenz der nationalen Parlamente verbleibt. Es bleibt bei dem bisherigen Erfolgsmodell einer Staatengemeinschaft eigener Art, die EU wird kein «Ober-Nationalstaat»“ (S. 10).

10) Für neue Initiativen auf der UN-Ebene

„Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat dramatische Konsequenzen für die internationale Zusammenarbeit. Es muss das vorrangige Ziel sein, breite Bündnisse zu schaffen, die klare Positionen gegen den Bruch des Völkerrechtes und die Verletzung der UN Charta beziehen. Die Beratungen und Beschlüsse der UN Generalversammlung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine haben gezeigt, dass die Rolle der UN-Generalversammlung auch zukünftig gestärkt werden sollte, da sie die Legitimität von Entscheidungen erhöht, zumal falls ein nicht veränderter UN-Sicherheitsrat fortbestehen sollte. Eine wichtige Konsequenz der globalen Zeitenwende sollte die Weiterentwicklung der Institutionen globaler Rechtsstaatlichkeit sein: Der Internationale Strafgerichtshof sollte neben seinem bisherigen Mandat die Möglichkeit erhalten, Verfahren gegen Verantwortliche eines Angriffskrieges zu eröffnen, ohne dass es dazu zuvor eines UN-Sicherheitsratsbeschlusses bedarf“ (S. 18).

C) Vom Grundsätzlichen zum Konkreten: Das Exemplarische als Brücke in die operative Politik

Das Spannende an den Diskussionen in der Grundwerte-Kommission ist, an welchen Stellen und mit welchen Ergebnissen die notwendigen Grundsatz-Debatten sich dann Felder suchen, wo Kompetenz und Erfahrung der einzelnen Beteiligten sich zu sehr konkreten politischen Konzepten und Vorschlägen weiter entwickeln. In dem Nachdenken über die „Zeitenwende“ hat dieses dann seinen Niederschlag gefunden in der Einbindung von Ideen und Forderungen zur Neuorganisation von europäischer Verteidigungs- und Rüstungspolitik, in dem Vorschlag für einen EU-Fonds für eine solidarische integrative Flüchtlingspolitik, in europäischen Finanzmodellen für Klimaschutz und soziale Infrastrukturen bis hin zu einem beispielhaft durchbuchstabierten globalen Programm zur Aufforstung in der Welt als CO₂-Senke.

Solche Hinwendungen zu konkreten, fast schon operativ zu verstehenden Policy-Konzepten entsprechen nicht nur den diversen politischen oder wissenschaftlichen Arbeitsfeldern der beteiligten Mitglieder, sondern liegen im Gesamtinteresse der Kommission, sich auch immer wieder zu „erden“, auch wenn es im eigentlichen Auftrag doch vorrangig um die Grundsätze geht. Dass auch solche Teile im Ergebnis dann bei aller kritischen Debatte im Detail Eingang in die gemeinsam beschlossenen Grundsatzpapiere finden, spricht dann auch wieder für die Gelassenheit und den wechselseitigen Respekt, mit denen die Kommissionsmitglieder ihren Auftrag wahrnehmen.

Denn nur so lassen sich über einen längeren Zeitraum und eine sehr offene Arbeitsweise mit nur wenigen Zusammenkünften im Jahr größere Themenkomplexe wie zuletzt die Fragen nach dem Selbstverständnis des Westens und den Konsequenzen aus der Zeitenwende bearbeiten. Das wird dann auch für den dritten anvisierten Denkschritt, bei dem es um die politische Konkretisie-

rung gehen soll, was unter einem „souveränen Europa“ in einer multipolaren Welt zu verstehen ist. Auch hier werden sicherlich nicht nur Grundfragen reflektiert werden, was denn das Spannungsfeld von Souveränität und Solidarität, von Werten und Interessen in der globalen Konkurrenz wie in der Einzigartigkeit der Europäischen Union angeht, sondern wiederum sehr konkret die jüngsten Entwicklungen z. B. um die neu gegründete Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) und die europäische Sozialdemokratie im Vorfeld der nächsten Wahlen zum europäischen Parlament im Jahr 2024. Die SPD darf gespannt sein. ■

Friedenspolitisches Stichwort

Soziale Verteidigung – ziviler Widerstand gegen Krieg

von Christine Schweitzer¹

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben die NATO-Staaten angekündigt, neue Milliarden in die Rüstung zu stecken; Truppen und Waffensysteme werden nach Osteuropa verlegt. Aber was ist, wenn die Abschreckung versagt? Ein Krieg in Europa, dann wahrscheinlich auch mit Atomwaffen? Und wann hört Verteidigung auf? Denn irgendwann gibt es nichts mehr zu verteidigen, sondern es heißt dann nur noch „gemeinsam in den Abgrund“, wie der Sozialpsychologe Friedrich Glasl die letzte Stufe seiner Konfliktskalamitationsleiter so treffend genannt hat.

Es waren solche Fragen, die Friedensforscher*innen - und auch einige Militäroffiziere wie den Briten Stephen King-Hall - dazu gebracht haben, über Alternativen zu militärischer Verteidigung nachzudenken. Ihre Antwort mag utopisch klingen, basiert aber auf realen Erfahrungen in vielen Ländern der Erde: Gewaltfreier Widerstand gegen eine Besetzung. Der Fachbegriff: Soziale Verteidigung.

Das Konzept der Sozialen Verteidigung geht von dem Gedanken aus, dass letztlich alle Macht vom Volk ausgeht, d.h. die Ausübung von Macht beruht auf der Zustimmung und Kooperation der Regierten. Wenn diese Kooperation entzogen wird, dann bricht die Basis der Macht zusammen. Versucht der Herrschende, Kooperation durch Gewalt zu erzwingen, so mag das zwar kurzfristig gelingen, aber wie der Sturz zahlloser Diktaturen in Vergangenheit und Gegenwart zeigt, ist diese Strategie irgendwann zum Scheitern verurteilt.

Auf den Fall einer militärischen Besetzung übertragen bedeutet dies, dass letztlich die Bevölkerung des angegriffenen Landes darüber

entscheidet, ob ein (militärischer) Angreifer sein Ziel erreicht oder nicht. Es wird nicht das Territorium an den Landesgrenzen verteidigt, sondern die Selbstbestimmung einer Gesellschaft durch die Verweigerung der Kooperation. Sie ist damit eine Alternative zu Aufrüstung und Abschreckung. Besonders dann, wenn ein Angriff auf die politische Beherrschung des okkupierten Landes zielt, dann hängt es an den Menschen, ob sie sich der Besatzung unterwerfen oder mit dem Besatzer nicht zusammenarbeiten.

Vorbilder und Erfahrungen

Das mag utopisch klingen, aber es gibt viele Beispiele, die andeuten, wie Soziale Verteidigung funktionieren könnte:

- Der Kapp-Putsch 1920, bei dem Reichswehroffiziere gegen die Regierung der jungen Weimarer Republik putschten. Er scheiterte nach fünf Tagen, vor allem weil ein Generalstreik das öffentliche Leben lahmlegte, dem sich auch der Deutsche Beamtenbund anschloss.
- Der Ruhrkampf 1923 war ein vorrangig mit zivilen Mitteln geführter Protest im Ruhrgebiet, als französische und belgische Truppen 1923 die Region besetzten, um Reparationen in Form von Kohle und Stahl einzuziehen. Die Reichsregierung rief die Bevölkerung zu „passivem Widerstand“ (Streik) auf. Nach knapp neun Monaten wurde der Widerstand abgebrochen; es folgten aber Verhandlungen, die zum Rückzug Frankreichs und Belgiens führten.
- Prag 1968: Ein Versuch der vorsichtigen Demokratisierung im sogenannten „Prager Frühling“ von 1968 endete am 21. August 1968 mit dem Einmarsch von Truppen der anderen Länder des Warschauer Pakts. Die Reformregierung und Dubcek verzichteten

¹ Dr. Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung (soziale-verteidigung.de & wehrhaftohne Waffen.de) und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung (ifgk.de).

auf militärischen Widerstand; die Bevölkerung der Tschechoslowakei wehrte sich aber durch vielfältige Aktionen Zivilen Widerstands gegen die Invasoren.

Es gibt noch zahlreiche weitere Erfahrungen mit gesamtgesellschaftlichem zivilem Widerstand. Hierzu gibt es inzwischen viele Studien. Keine von ihnen benutzt den Begriff „Soziale Verteidigung“, aber einiges von dem, was sie beschreiben, könnte auch als Soziale Verteidigung bezeichnet werden. Die US-amerikanischen Forscherinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan (2011) zählten 107 gewaltfreie Aufstände („civil resistance“, „ziviler Widerstand“) im Zeitraum zwischen 1900 und 2006.² Zwischen 1972 und 2002 wurden nach Karatnycky & Ackerman (2005) 67 autoritäre Regime beseitigt, mehr als 70 Prozent davon als Ergebnis gewaltloser Aufstände.³ Chenoweth und Stephan stellten fest, dass die gewaltlosen Aufstände seit 1905 mehr als zweimal so erfolgreich waren (53 Prozent) als die gewaltsamen. Anders formuliert: Nur jede vierte gewaltlose Kampagne versagte total, und etwas mehr als einer von vier gewaltsamen Aufständen (26 Prozent) war erfolgreich.

- b) Methoden, die das Konfliktverhalten ändern und insbesondere den*die Gegner*in daran hindern sollen, Gewalt anzuwenden. Dabei wird gewöhnlich nicht nur auf das Verhalten, sondern auch auf die Einstellung des*r Gegners*in eingewirkt. Hierbei wird in der Regel angenommen, dass es gewisse Hemmschwellen der Gewaltanwendung gegenüber einem*r unbewaffneten Gegner*in gibt, zumal wenn die internationale Reaktion (also die Reaktion externer Parteien) mitberücksichtigt wird. Das Argument: „Und wenn sie dann eine Atombombe werfen“ scheint daher empirisch wenig haltbar zu sein.
- c) Methoden, die die gegnerische Partei von ihren Zielen abzubringen sucht (also gerichtet auf den Konflikthalt). Hierzu gehört vor allem die Nicht-Zusammenarbeit von Boykott über Streiks, Steuerverweigerung, Ungehorsam, bis hin zu Theodor Eberts „Dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration“.

Methoden und Strategien

Die Methoden von Sozialer Verteidigung (bzw. von Gewaltfreiheit allgemein) lassen sich in drei Kategorien einteilen:

- a) Methoden, die der Schaffung und Stärkung des Zusammenhalts der Aktiven gelten. Eine wichtige Aufgabe in gewaltfreien Auseinandersetzungen ist, die Widerstandskraft zu erhalten, die Mobilisierung zu erhöhen und ein Zusammenbrechen des Widerstandes so zu verhindern. Hierzu gehören symbolische Maßnahmen (Flaggen, Symbole, Protestmärsche und ähnliches).

² Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. New York: Colombia University Press.

³ Karatnycky, Adrian und Ackermann, Peter (2005): How Freedom is Won. From Civic Resistance to Durable Democracy, Freedom House.

Das Trilemma der SPD – Klimaschutz, Wachstum und Wohlstand.

Das Ende des fossilen Klassenkompromisses

von Werner Kindsmüller¹

Worin besteht die klimapolitische Strategie der SPD? Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Hat Svenja Schulze als Umweltministerin in der Großen Koalition ein am Ziel der Klimaneutralität 2045 ausgerichtetes Klimaschutzgesetz durchgesetzt, so hat Olaf Scholz kürzlich zugelassen, dass die verbindlichen gesetzlichen Vorgaben relativiert werden und der Verkehrssektor von Einsparverpflichtungen ausgenommen wird. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hat das Gebäudeenergiegesetz, das nach und nach die Umstellung auf klimaneutrale Heizungen vorsieht mit der Warnung kommentiert: „Klimaschutz darf kein Eliteprojekt für Leute mit Geld sein“. Die irritierenden Äußerungen aus der SPD verweisen auf einen strategischen Konflikt: Wie kann man bis 2045 Deutschland klimaneutral umgestalten und gleichzeitig das Wohlstandsniveau und ökonomisches Wachstum erhalten? Ich will zeigen, dass diese drei Ziele nicht zugleich erreicht werden können.

Die SPD sieht in der Klimapolitik ein Modernisierungsprojekt, in dessen Mittelpunkt die Überwindung der fossilen Energiewirtschaft steht. Die Ersetzung von Kohle, Öl und Gas durch erneuerbare Energien bildet die neue stoffliche Grundlage für die Fortsetzung des bisherigen Wohlstands- und Wachstumsmodells. Neue Technologien, insbesondere die Wasserstofftechnologie sollen grünes Wachstum ermöglichen. Durch Zuschüsse an Industrie und Bürger sollen „Strukturbrüche“ und soziale Härten verhindert werden.

Dieses Modell bleibt in der Logik der Strukturpolitik der 1970er Jahre. Damit verkennt die SPD aber die Grundsätzlichkeit der ökologischen Krise und den systemischen Cha-

rakter des fossilen Kapitalismus, auf dem das sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell und der fossile Klassenkompromiss beruhen. Hier rächt sich die Theorielosigkeit der SPD. Die verengte Sichtweise der ökologischen Krise als Strukturwandel bedroht mittelfristig die SPD, wenn sie nicht lernt, ein reflexives Verhältnis zu den Grundlagen ihres eigenen Wohlfahrtsmodells zu entwickeln.

Der fossile Klassenkompromiss

Die fossilen Rohstoffe bilden die stoffliche Grundlage für den industriellen Kapitalismus. In den 1950er Jahren nahm die Plünderung des in Millionen Jahren entstandenen „unterirdischen Waldes“ (Rolf Peter Sieferle) neue Dimensionen an. Man spricht von der „Great Acceleration“, in deren Folge der Verbrauch von fossiler Energie und von endlichen Rohstoffen, zugleich aber auch der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen, der Landverbrauch und die Umweltvernutzung exponentiell gesteigert wurden (Steffen, Will; Broadgate, Wendy; Deutsch, Lisa; Gaffney, Owen; Ludwig, Cornelia 2015). Die extensive Ausbeutung der fossilen Rohstoffe ging Hand in Hand mit der Verallgemeinerung der Lohnarbeiterexistenz, einer „intensiven, auf tayloristische Arbeitsorganisation und Massenproduktion von Konsumgütern gestützte Akkumulationsstrategie“ (Hirsch / Roth 1986, S. 48).

Die enormen Gewinne der fossilen Industrie lieferten einen beträchtlichen Teil der Steuereinnahmen des Staates und sie erlaubten eine Ausweitung der Lohneinkommen. Durch die höhere Kaufkraft konnten die stetig wachsenden Güterberge abgesetzt werden. Durch das System der warenförmigen Bedürfnisbefriedigung, das auch noch die letzten Reste der Subsistenzwirtschaft und der Eigenarbeit er-

¹ Werner Kindsmüller ist Sozialwissenschaftler und ehemaliger Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein.

setzt hat, wurden die Menschen an ihre Lohnarbeiterexistenz gebunden.²

Die steigenden Steuereinnahmen erlaubten es dem Staat, die Bedingungen der sozialen Reproduktion zu verbessern (Kinderbetreuung, Elterngeld, Pflege etc.), um den gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere durch die Öffnung des Arbeitsmarktes für mehr Frauen zu decken. Der Klassenkonflikt konnte durch die befriedigenden Effekte der Lohn- und Sozialpolitik auf das Format von ritualisierten Lohnverhandlungen reduziert werden. Dem Kapital gönnte man die Profite, sofern nur etwas höhere Löhne für die Lohnabhängigen abfielen.

Der fossile Klassenkompromiss bildet die Grundlage der Wohlfahrtspolitik, die die SPD seit den 1970er Jahren politisch stark gemacht hat. Er fußt auf drei Säulen: dem Produktivismus, dem Zwang zur permanenten Ausweitung des Wachstums der Produktion, der Aneignung billiger Natur und der Verfügung über die Früchte billiger Arbeit.³ Das Fundament dieser Wohlfahrtspolitik bildet der Zugang zu günstigen fossilen Rohstoffen. Die Tatsache, dass ökonomische Umwandlungsprozesse naturgebunden sind, konnte so lange missachtet werden, solange genug Stoffe und Energien vorhanden schienen und billig importiert werden konnten. Damit ist Schluss. Auch gesellschaftliche Regulationsmuster beruhen auf stofflichen Grundlagen, wie die Geschichte des Kapitalismus im Unterschied etwa zur feudalen, landgebundenen Herrschaftsform lehrt.

Das Ende des fossilen Klassenkompromisses

Was heute auf dem Spiel steht und den Hintergrund der sich verschärfenden politi-

schen und sozialen Auseinandersetzung um die klimapolitischen Maßnahmen bildet, ist viel mehr als der Wechsel der Energieform oder der Austausch von Heizungen. Objektiv ist das Regulationsmodell des fossilen Kapitalismus durch den Wegfall seiner stofflichen Basis am Ende. Dennoch hängen alle an dem fossilen Modell: die Konsumenten, die Autofahrer, die Urlaubsflyer und alle Parteien, die grüne Partei nicht ausgenommen. Dieser Attentismus ist fatal, weil politische Mehrheiten nur organisiert werden können, wenn man die Bequemlichkeiten, an die sich die Menschen gewöhnt haben, nicht antastet.

Für eine politische Konstellation, die Wirtschaft und Gesellschaft so umgestaltet, dass die stofflichen Grenzen des Planeten respektiert werden und Klimagerechtigkeit zwischen den Generationen hergestellt wird, wie dies das Bundesverfassungsgericht im April 2021 gefordert hat, gibt es zurzeit keine gesellschaftlichen Mehrheiten.

Der hegemoniale klimapolitische Attentismus führt direkt in die Klimakatastrophe und wird die sozialen Gegensätze zwischen denen, die sich aufgrund ihrer materiellen Lage einigermaßen schützen können und denen, die den Folgen der Erderwärmung schutzlos ausgeliefert sind, verschärfen. Lebensverlängernde Maßnahmen für das fossile Wohlstands- und Wachstumsmodell, wie sie auch in der SPD gefordert werden, beschleunigen die Klimakatastrophe und werden zudem einen hohen ökonomischen und sozialen Preis fordern.

Das Trilemma der SPD

Angesichts des Wegfalls der stofflichen Grundlagen des fossilen Kapitalismus befindet sich die SPD in einem Trilemma.⁴ Ökonomisches Wachstum, Wohlstand und Klimaziele – diese drei Ziele können nicht zugleich erreicht werden. Es sind immer nur zwei dieser Ziele erreichbar. Entweder weiterhin Wachstum und

2 Der moderne Konsument kocht nicht selber sondern kauft sich die TK-Pizza und wärmt sie im Ofen auf.

3 „Billige Arbeit“ ist eine unverzichtbare Grundlage für die Senkung der Reproduktionskosten. Durch Zugriff auf die Ergebnisse unterbezahlter, unfreier und die Aneignung kostenloser Arbeit (Care-Arbeit) gelingt es dem Kapitalismus über preiswerte Nahrung, Bekleidung und Massenkonsumgüter die Reproduktionskosten der Arbeit zu senken. Dazu: (Kindsmüller, Werner 2021) und aktuell und grundlegend: (Fraser, Nancy 2023). Historisch sind es die „Gastarbeiter“, inzwischen prekär Beschäftigte, insbesondere Zugewanderte sowie der Import von Konsumgütern, die durch unfreie und schlecht bezahlte Arbeit, entstanden sind.

4 Nebenbei bemerkt gelten die folgenden Aussagen für alle Regierungsparteien, auch für die Grünen, deren Konzept des „grünen Wachstums“ ebenso auf das Trilemma stößt.

materieller Güterwohlstand,⁵ dann aber unter Inkaufnahme von vermehrten Klimakatastrophen, die die materiellen Lebensbedingungen auch in Mitteleuropa zunehmend verschlechtern werden, wie die Dürren in Teilen Südeuropas in diesem Jahr zeigen. Zugleich wird ein weiteres Güterwachstum zu einem noch schnelleren Versiegen von Materialquellen führen, die für eine postfossile Wirtschaft benötigt werden. Das Festhalten am Wachstumsmodell zerstört aber auch den Wohlstand, weil die Schäden durch Klimawandel zunehmen werden. Dies trifft in erster Linie die lohnabhängige Klasse, während sich die Reichen und Superreichen abkoppeln können. Es tritt also genau das Gegenteil dessen ein, was Politiker wie Lars Klingbeil anstreben.

Verfolgt man aber Wohlstand und das Ziel der Klimaneutralität, muss die Wirtschaft schrumpfen. Zugleich aber müssen Lebensformen überwunden werden, die auf einer „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) beruhen und materiellen Wohlstand mit Glück und einem guten Leben verwechseln. Die Frage ist nicht, ob das bisherige, auf extensiven Konsum gegründete Wohlstandsmodell schon bald der Vergangenheit angehört, sondern ob dessen Ende „by disaster“ oder „by design“ erfolgen wird, wie Klaus Dörre formuliert hat.

Warum Klimaneutralität und Wachstum nicht möglich sind

Mit der Behauptung, dass die Klimaziele beim Festhalten am Wachstumsparadigma nicht erreichbar sind, widerspreche ich der Auffassung der großen Mehrheit in allen politischen Lagern, auch bei den Grünen, die den Kapitalismus mit grünem Wachstum versöhnen wollen. Allerdings scheint mir, dass das Ziel der Klimaneutralität 2045 ohnehin nur aus Anstandsgründen bisher nicht aus dem Katalog genommen worden ist. Warum sollen Wachstum und Klimaneutralität nicht vereinbar sein? In der postfossilen Welt, die im Einklang mit den internationalen Klimazielen in Deutschland 2045 erreicht sein soll,

dürfen nur noch erneuerbare Energieträger zum Einsatz kommen. In etwa 25 Jahren müssen die klimaschädlichen Emissionen auf netto Null reduziert werden.⁶ Wind, Sonne, und in geringem Umfang Biomasse und Wasserkraft liefern dann den Strom, der die stoffliche Grundlage für jede Energieform bildet. Durch physikalische Umwandlungsprozesse entstehen die benötigten Energieformen (Strom, Batteriestrom, Gase oder Wärme) für die Industrie, den Verkehr, die Landwirtschaft und für Gebäude. Ob allerdings die dafür benötigten Mengen an erneuerbarem Strom erzeugt werden können, ist ungewiss.

Energie aus erneuerbaren Quellen hat 2022 nur 17,1 Prozent des Primärenergiebedarfs in Deutschland geliefert.⁷ Soll der heutige Primärenergiebedarf 2045 durch erneuerbare Energien gedeckt werden, muss die erzeugte Menge an Strom verfünffacht werden – in nur etwa zwanzig Jahren!

Den Großteil des künftigen Energiebedarfs wird die Windenergie liefern müssen. Heute stehen auf etwa 0,5 Prozent der Fläche Deutschlands ca. 30.000 Windräder mit einer Leistung von 55 Gigawatt. Um ein klimaneutrales Energiesystem zu erreichen, werden wir die Menge an Windstrom etwa vervierfachen müssen. „Aber selbst wenn es uns gelingt, alle geeigneten Offshore-Standorte zu erschließen und zwei Prozent der Landesfläche für die Errichtung von Windparks zu nutzen, wird die Windkraft gerade einmal rund die Hälfte des künftigen deutschen Energiebedarfs abdecken können“ (Quaschnig, Volker und Cornelia 2022, 88). Die Photovoltaik auf Dächern kann im optimalen Fall weitere zehn Prozent beisteuern, die fehlenden etwa 40 Prozent der Erzeugungskapazitäten, so Volker Quaschnig, sollten als PV-Anlagen auf der grünen Wiese oder auf Feldern errichtet werden – eine angesichts der Flächenkonkurrenz zur landwirtschaftlichen Produktion nicht unproblematische Idee.

5 Auf eine Kritik des Wohlstandsbegriffs, der diesem Modell zugrunde liegt, muss hier verzichtet werden.

6 Für Deutschland bedeutet das, dass statt fast 12 Tonnen CO₂ in 2045 nur noch 1 Tonne pro Person emittiert werden darf.

7 Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primaerenergieverbrauch#definition-und-einflussfaktoren>. [letzter Abruf: 15. Juni 2023].

Bleibt das Speicherproblem. Um die sehr unterschiedliche Verfügbarkeit von Sonne und Wind auszugleichen, entsteht ein enormer Speicherbedarf. Überschussstrom von Solar- und Windkraftanlagen kann mittelfristig in grünen Wasserstoff umgewandelt und in bestehenden Gasspeichern zwischengelagert werden. Allerdings fehlt es bislang an effizienten und ausreichenden Elektrolyseuren, um grünen Wasserstoff herzustellen.⁸ Hinzu kommt, dass die Umwandlung von grünem Überschussstrom zu Wasserstoff und die Rückumwandlung zu elektrischer Energie zu erheblichen Effizienzverlusten führt. Diese werden, je nach Wirkungsgrad des Kraftwerks, auf 30-50 Prozent geschätzt (Hermann 2022). Hinzu kommt, dass diese Art der Nutzung von grünem Wasserstoff zu sehr hohen Kosten führt.

Ob die vollständige Umstellung unseres Energiesystems auf klimaneutrale Energieträger unter Beibehaltung des hohen Primärenergiebedarfs unseres Wirtschaftssystems und unserer Lebensweise bis 2045 gelingen wird, ist unsicher und eher unwahrscheinlich. Wenn wir zudem am Wachstumsziel festhalten, würde sich bei einer Wachstumsrate von etwa 1,4 Prozent pro Jahr die Wirtschaftsleistung in diesem Zeitraum um ein gutes Drittel erhöhen. Entsprechend müsste auch die installierte Leistung für die Erzeugung regenerativer Primärenergie zunehmen.⁹

Ohne Rohstoffwende ist Klimaneutralität nicht möglich

Unsere Wirtschafts- und Lebensweise belastet die Erde nicht nur durch klimaschädliche Emissionen, wie Kohlendioxid, sondern auch durch den extensiven Verbrauch an Flächen und an Rohstoffen. Der Pro-Kopf-Res-

ourcenverbrauch in Deutschland lag 2017 bei etwa 30 Tonnen pro Jahr. Für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise müsste unserer Ressourcenverbrauch aber auf acht Tonnen bis Mitte des Jahrhunderts sinken (Schneidewind 2018, S. 161 ff.). Durch den Umbau der Energieversorgung wird jedoch der Bedarf an Mineralien und anderen Rohstoffen sogar noch zunehmen.

Es ist erstaunlich, wie wenig der künftige Rohstoffbedarf als Restriktion für postfossiles Wachstum problematisiert wird. Nach dem Ausstieg aus der Kohleförderung sehen wir vor unserem geistigen Auge nur noch saubere Energien, während der Dreck, der im Bergbau und bei der Weiterverarbeitung von Primärrohstoffen entsteht, in Südamerika und Afrika bleibt. Unsere nationale Klimabilanz wird dadurch zwar besser, wenn die letzten Kohlekraftwerke schließen, für das Weltklima entstehen aber durch den Rohstoffbedarf einer postfossilen Wachstumswirtschaft zusätzliche klimaschädliche Emissionen.

Der Materialbedarf pro installierte Leistung, gemessen in MWh ist bei Windenergie, die die Hauptlast der künftigen Energieproduktion tragen muss, etwa viermal so hoch, wie bei Kohlekraftwerken und sogar achtmal so hoch wie bei Gaskraftwerken. Eine Offshore-Windkraftanlage benötigt mehr als die siebenfache Menge an Kupfer im Vergleich zu einer Gasanlage.¹⁰ Eine aktuelle Studie des europäischen Bergbauverbands in Kooperation mit der Universität Leuven geht sogar davon aus, dass im Jahr 2050 für „saubere Technologien“ mehr als 2.100 Prozent des im Jahr 2020 produzierten Lithium benötigt werden. Auch bei Cobalt (+400 Prozent), Nickel (+168 Prozent), Kupfer (+51 Prozent) oder Aluminium (+43 Prozent) werden riesige Wachstums-sprünge prognostiziert.¹¹

Ein Festhalten an der Wachstumsstrategie wird dazu führen, dass den Rohstofflagern das gleiche Schicksal droht, wie den Kohle-, Öl- und Gaslagern: Sie werden versiegen bzw. die

8 Im Rahmen der Nationalen Wasserstoffstrategie will die Bundesregierung bis 2030 die Elektrolysekapazität auf 10 Gigawatt steigern. Für ganz Europa werden 40 GW angestrebt. Im Juni 2022 verzeichneten die Datenbanken jedoch lediglich Projekte mit einer Leistung von 4,3 GW. Experten rechnen damit, dass das Ziel der Bundesregierung verfehlt wird. Quelle: VDI-Nachrichten.

9 Der Einwand, dass die Energieeffizienz gesteigert werden kann, hat sich in der Vergangenheit als Trugschluss erwiesen. Der sog. Rebound-Effekt hat die Effizienzgewinne aufgezehrt. Im Übrigen werden die Effizienzverluste bei der Umwandlung und beim Transport von Wasserstoff, auf dem alle Hoffnung beruht, nicht geringer sein als bei Kohlekraftwerken.

10 Zahlen bei (Hermann, Ulrike 2022).

11 www.eurometalex.eu/metalscleanenergy [letzter Abruf: 14. Juni 2023].

Förderung wird aufwendiger und sie hinterlässt immer mehr Umweltschäden.

Der Zaubertrank Wasserstoff

Wasserstoff ist der Zaubertrank der postfossilen Wachstumsdogmatiker. Wasserstoff soll Kohle, Öl und Gas in industriellen Prozessen ersetzen, mit wasserstoffangetriebenen Flugzeugen sollen wir künftig in den Urlaub fliegen und die FDP träumt sogar von wasserstoffgetriebenen Autos und Heizungen. Es wird sehr viel Humbug erzählt über den neuen, klimaneutralen Zaubertrank, der den Wachstumskapitalismus und die Natur versöhnen soll.

Die schöne neue Wasserstoffwelt ist etwas komplizierter, vor allem aber ist sie noch fern und so sauber wie die von dieser Technologie Verzückten ist sie auch nicht. In der Diskussion gerät gerne der Wunsch zur Wirklichkeit und man unterschlägt, dass es noch Jahrzehnte dauern wird, bis Industrieanlagen und Flugzeuge mit ausreichenden Mengen grünen Wasserstoffs versorgt werden können.

Ich verweise aus Platzgründen auf die nachdenkliche Stellungnahme des Sachverständigenrats für Umweltfragen, der zu der Schlussfolgerung kommt: „Wasserstoff wird als Energieträger und Rohstoff in einem dekarbonisierten Wirtschaftssystem benötigt. In einigen Bereichen stellt Wasserstoff einen wichtigen Baustein zur vollständigen Dekarbonisierung dar. Aber nicht überall, wo heute der Einsatz von Wasserstoff und PtX-Folgeprodukten diskutiert wird, ist dies auch ökonomisch und ökologisch sinnvoll.“ (Sachverständigenrat für Umweltfragen Juni 2021, 67).

Nach Berechnungen des Sachverständigenrats wird Deutschland 2030 nicht mehr als 16 Prozent seines Wasserstoffbedarfs im Inland decken können. Aufgrund des enormen Bedarfs an erneuerbarer Energie und des gigantischen Flächen- und Wasserverbrauchs hofft die Bundesregierung, dass der Großteil des in Deutschland benötigten Wasserstoffs importiert wird. Damit besteht die Gefahr, dass Teile unseres ökologischen Fußabdrucks exportiert

werden und Länder in Nordafrika zum Opfer eines neuen Wasserstoffkolonialismus werden – damit Teile unserer Gesellschaft die imperiale Lebensweise fortsetzen können.

Volker Quaschnig weist zudem schlüssig nach, warum der Transport von Strom oder Wasserstoff aus Afrika zu enormen Einbußen beim Wirkungsgrad zu einem erheblichen Anstieg der Kosten führen wird. „Transportieren wir grünen Strom mit Hilfe des Energieträgers Wasserstoff von Afrika nach Deutschland, gehen derzeit 70 Prozent des ursprünglich erzeugten Stroms verloren“ (Quaschnig/Quaschnig 2022, S. 156).

Grünes Wachstum gibt es nicht

Auch bei der Herstellung von Wind- und Solaranlagen fallen klimaschädliche Emissionen an. Dazu kommt der enorme Flächen- und Wasserverbrauch durch den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Die Zement-, die Stahl- und die chemische Industrie werden nie klimaneutral produzieren können. Das gleiche gilt für die Automobilindustrie. Das Elektroauto ist keine Alternative zum Auto mit Verbrennungsmotor, weil beim Batterieantrieb zwar kein CO₂ entsteht, aber der Materialbedarf bei der Produktion um ein Mehrfaches höher ist als beim Verbrenner.¹² Auch klimaneutrales Fliegen wird nicht möglich sein, weil die beim Fliegen entstehenden Nicht-CO₂-Effekte auch bei synthetischem Kerosin auftreten.¹³

Noch einmal zur Erinnerung: Klimaneutral Leben bedeutet, dass in gut zwanzig Jahren pro Kopf und Jahr in Deutschland maximal eine Tonne CO₂-Äquivalent (heute ca. 12 Tonnen) in die Atmosphäre entlassen werden darf und der Materialbedarf auf 8 Tonnen (von heute 30) gesenkt werden muss. Eine plausible Antwort, wie dieses Ziel bis 2045 mit einem weiterhin stetigen Wirtschaftswachstum und ohne Einschränkung unserer Lebensstile er-

¹² Auch die Umrüstung der Automobillflotte auf Elektroantrieb erhöht den Materialbedarf. Der Einsatz von Rohstoffen steigt von ca. 35 kg pro Auto auf 210 kg (Mittelklasse-PKW).

¹³ Die Argumente dazu bei (Hermann, Ulrike 2022) und (Quaschnig, Volker und Cornelia 2022).

reicht werden soll, haben die Vertreter der Wachstumsideologie nicht. Die entscheidenden Fragen werden von den Vertretern des „grünen Kapitalismus“ umgangen.

Eine Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft, in der nicht mehr klimaschädliche Emissionen entstehen, als im gleichen Zeitraum durch die Erdoberfläche, Meere und Pflanzen gebunden werden können und ein nachhaltiger Umgang mit den endlichen Rohstoffen, sind nur möglich, wenn die Güterproduktion in den nächsten Jahrzehnten radikal schrumpft. Damit aber steht der fossile Klassenkompromiss vor dem Aus.

Wachstum ist nicht Wohlstand

Wirtschaftliches Wachstum bildet die Grundlage für den fossilen Klassenkompromiss. Wachstum ist für den Kapitalismus lebensnotwendig, da nur durch die permanente Steigerung der Produktion die Verzinsung des Kapitals, also das Ziel der ganzen Veranstaltung, gesichert werden kann. Wenn es aber nun zu einem kontinuierlichen Schrumpfen der Produktion käme, geriete die Grundlage der kapitalistischen Verwertung in Frage. Politisch würden neue Verteilungskämpfe entstehen und Staat und Lohnabhängige würden unter Druck geraten, weil das Kapital Anspruch auf den ganzen (schrumpfenden) Kuchen erheben würde.

Die nominellen Wachstumsraten und die Entwicklung des Bruttonozialprodukts (BSP) überdecken heute zwei Tatsachen. Die Erlöse aus der wachsenden Güterproduktion stehen den Unternehmen zu. Erst durch die Lohnpolitik und die Sozialtransfers nehmen die Lohnabhängigen am Wachstum teil, in der Regel aber unterdurchschnittlich. Unabhängig davon bedeutet mehr Wachstum nicht mehr Wohlstand. Der Wohlstand der Menschen ist von mehr als nur der Höhe ihrer Lohneinkommen abhängig.

Ein höheres Bruttonozialprodukt kann mit sinkender Wohlfahrt einhergehen. Wie die Entwicklung des „Nationalen Wohlfahrtsindex“ (NWI) zeigt, ist diese Situation längst

eingetreten. Während sich das Bruttonozialprodukt in Deutschland seit der Jahrtausendwende fast verdoppelt hat, sinkt die Wohlfahrt. Die Erklärung fasst das Umweltbundesamt so zusammen: „Der NWI erreichte im Jahr 1999 seinen höchsten Wert und nahm danach bis 2005 ab. Nach einer Stagnation folgte seit 2014 ein Aufwärtstrend, der durch die Folgen der Corona-Pandemie abrupt beendet wurde. 2021 sorgte insbesondere die Flutkatastrophe an Ahr und Erft für einen weiteren Rückgang.“¹⁴

Grund für die Verschlechterung des Wohlstands sind vor allem die Verschlechterung der ökologischen Lebensbedingungen, insbesondere die häufiger auftretenden Klimaschäden,¹⁵ der Anstieg der Emissionen und der damit zusammenhängenden gesundheitlichen Schäden sowie der erhöhte Verbrauch fossiler Energieträger. Zugleich wirkt sich auch die Erhöhung der Einkommens- und Vermögensungleichheit negativ auf die Wohlstandsentwicklung aus.

Weitere Entwicklungen, die die Lebensqualität der Lohnabhängigen mindern, wie die zunehmenden psychischen Erkrankungen durch Arbeitsstress, die wachsende Unzufriedenheit am Arbeitsplatz (Stichwort: Bullshit-Jobs; (Graeber 2019) und die Verschlechterung der sozialen Reproduktionsbedingungen wirken sich ebenfalls wohlstandsmindernd aus.¹⁶

Es ist notwendig, dass sich die SPD von einem überholten Wohlstandsbegriff löst, der an Wachstum gekoppelt ist und sich stattdessen der gesellschaftlichen Debatte über neue Formen von Wohlstand öffnet.¹⁷ Wohlstand

¹⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umweltindikatoren/indikator-nationaler-wohlfahrtsindex#die-wichtigsten-fakten> [letzter Abruf: 14. Juni 2023].

¹⁵ Seit 2000 betragen die jährlichen Klimaschäden in Deutschland im Schnitt 6,6 Milliarden Euro. Die Betrachtung der für die vergangenen vier Jahre wesentlichen Extremereignisse der Dürre- bzw. Hitzesommer 2018 und 2019 (34,9 Milliarden Euro Schäden) und der Sturzflut des Juli 2021 (40,5 Milliarden Euro Schäden) sowie vereinzelter weiterer Hagel- und Sturmereignisse (ca. 5,2 Milliarden Euro Schäden) zeigt ein Gesamtschadensausmaß durch Extremwetterereignisse von über 80 Milliarden Euro (Prognos AG 2022).

¹⁶ Die Klagen über die Verfügbarkeit und den Zustand sozialer Einrichtungen, insbesondere der Kinderbetreuung und der schulischen Bildung, nehmen zu. Gleiches gilt für Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Allg. dazu: (Fraser, Nancy 2023).

¹⁷ Dazu habe ich in meinem Buch „Abschied vom falschen Leben. Kritik der politischen Ökologie des Kapitalismus“ Vorschläge unterbreitet.

ist künftig nur möglich in einer Welt, die die planetarischen Grenzen respektiert und das ökonomische Handeln diesen Grenzen unterordnet. Als Modell für eine Ökonomie, die die Bedürfnisse der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt und die im Rahmen der ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaftet, verweise ich auf das „Donut-Modell“ der britischen Ökonomin Kate Raworth (Raworth 2020).

Die soziale Frage ist der Klimakrise immanent

Neben der sozialen Ungleichheit der Verteilung der materiellen Einkommen und Vermögen gibt es auch eine Ungerechtigkeit in der Beanspruchung der natürlichen Ressourcen. Wer reich an Einkommen und Vermögen ist, verbraucht auch mehr Ressourcen als jemand, der über geringere materielle Mittel verfügt. Das oberste Prozent in Deutschland ist jährlich für 117,8 Tonnen CO₂ verantwortlich, die oberen zehn Prozent für 34,1 Tonnen, während die untere Hälfte 5,9 Tonnen der klimaschädlichen Emissionen verursacht.¹⁸ Die Oberklasse und die Angehörigen der oberen Mittelklasse wohnen in der Regel in größeren Häusern, fliegen öfters, sie konsumieren mehr und fahren größere Autos.

Eine Abkehr von der Wachstumspolitik würde dazu führen, dass die Gütermenge und der Energie- und Ressourcenbedarf sinken würden. Auch das Arbeitsvolumen und die volkswirtschaftlichen Einkommen würden schrumpfen. Wer Klimagerechtigkeit in einer schrumpfenden Ökonomie herstellen will, muss umverteilen. Höhere Preise für Energie und die Lebenshaltung, die im Zuge der Transformation zu nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensformen unausweichlich sind, drohen die Kluft zwischen den Einkommensklassen zu vergrößern. Allerdings darf diese Umverteilung keine Anreize zu klimaschädlichem Konsum- und Mobilitätsverhalten geben. Die durch Umverteilung erzielten Gelder müssen vielmehr in den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen

investiert werden. Zudem wird der Auf- und Umbau einer klimaneutralen Wirtschaft staatliche Förderung brauchen.¹⁹

Das größte Problem besteht darin, dass die Zeit knapp geworden ist, um Klimaneutralität zu erreichen. Viel zu lange haben auch Sozialdemokraten in der Bundesregierung gebremst, statt den Transformationsprozess zu beschleunigen. Jedes Jahr wird es schwieriger. Wer aber den Wandel noch weiter verzögert, statt das Tempo zu erhöhen, wird schon bald einen Strukturbruch erleben.

Sozial gerechte Klimapolitik

Für Sozialdemokraten muss klar sein: Die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft muss dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit folgen. Eine Klimapolitik kann aber nicht sozial gerecht sein, wenn sie den Generationen unserer Kinder und Enkel steigende Wohlfahrtseinbußen zumutet, weil man sich nicht bereit ist, gesellschaftliche Mehrheiten für einen neuen Wohlstand zu organisieren, der innerhalb der planetarischen Grenzen nachhaltig ist.

Die Zeit des fossilen Kapitalismus und mit ihm des auf dem fossilen Klassenkompromiss beruhenden Wohlstandsmodells ist vorbei. Ein neues Modell einer sozial und ökologisch gerechten postfossilen Gesellschaft muss von folgenden Erkenntnissen ausgehen:

1. Die ökonomische Transformation muss zu einem völligen stofflichen Umbau und zu einer kontinuierlichen Absenkung des Güterwachstums führen, um die Nachhaltigkeitsziele einzuhalten.
2. Die sozialen Konflikte werden zunehmen. Im Mittelpunkt wird das Verhältnis von sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit stehen. Beide Werte sind aber zwei Seiten einer Medaille. Die Transformation muss deshalb mit der Umverteilung zugunsten öffentlicher Güter und

¹⁸ Vgl. spw Heft 249, S. 31 ff.

¹⁹ Beginnen könnte Herr Lindner mit der Einsammlung der fast 50 Milliarden Euro klimaschädlicher Subventionen im Bundeshaushalt.

der Grundbedürfnisse der Lohnabhängigen verbunden werden.

3. Der Markt wird keine sozial gerechte Transformation hervorbringen. Im Gegenteil. Der Staat muss deshalb steuernd, intervenierend, umverteilend und orientiert am Klimaziel für Klimagerechtigkeit sorgen.
4. Die Grundbedürfnisse des Menschen müssen der Marktlogik entzogen werden, z.B. durch staatliche Preissetzung im Bereich der Mieten und der Grundnahrungsmittel, durch Mechanismen der sozialen Risikominderung sowie durch den Ausbau der öffentlichen Güter und Dienstleistungen. Der Rückgang der Lohneinkommen in einer schrumpfenden Ökonomie ist dann kein Problem, wenn zugleich die Warenförmigkeit der Bedürfnisbefriedigung zurückgedrängt wird. Die Freiheit liegt jenseits der Warengesellschaft und der Lohnarbeit! (Kindsmüller, 20.7.2010). ■

Quaschnig, Volker und Cornelia. *Energieweltrevolution jetzt!* München, 2022.

Raworth, Kate. *Die Donat-Ökonomie*. München, 2020.

Sachverständigenrat für Umweltfragen. „Wasserstoff im Klimaschutz. Klasse statt Masse.“ Berlin, Juni 2021.

Schneidewind, Uwe. *Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*. Frankfurt a. Main, 2018.

Steffen, Will; Broadgate, Wendy; Deutsch, Lisa; Gaffney, Owen; Ludwig, Cornelia. „The Trajectory of the Anthropocene. The Great Acceleration.“ *Anthropocene Review* 2 (1), 2015: 81-98.

Literaturverzeichnis

Brand, Ulrich; Wissen, Markus. *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München, 2017.

Chancel, Lucas; Picketty, Thomas; Saez, Emmanuel; Zucman, Gabriel. „World Inequality Report 2022.“ WIR2022. WID.WORLD. kein Datum.

Fraser, Nancy. *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*. Berlin, 2023.

Graeber, David. *Bullshit-Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit*. Stuttgart, 2019.

Hermann, Ulrike. *Das Ende des Kapitalismus*. Berlin, 2022.

Hirsch, Joachim; Roth, Roland. *Das neue Gesicht des Kapitalismus*. Hamburg, 1986.

Kindsmüller, Werner. *Abschied vom falschen Leben. Kritik der politischen Ökologie des Kapitalismus*. Hamburg, 2021.

—. „Die Freiheit jenseits der Güter.“ *Der Freitag*, 20.07.2010.

Kindsmüller, Werner. „Wahrer Reichtum statt Warenreichtum.“ In *Ökonomie ohne Menschen? Zur Verteidigung der Kultur des Sozialen*, von Jürgen Blume, Fritz Bremer und Jürgen (Hg.) Meier, 154-160. Neumünster, 1997.

Prognos AG. „Extremwetterschäden in Deutschland seit 2018.“ Düsseldorf, 2022.

„Hinein in die Betriebe“? Die betriebliche Werbungs- politik der NSDAP und ihr später Widergänger

von Sascha Howind¹

Im Vorfeld der vergangenen Betriebsratswahlen 2022 rief die rechte Arbeitnehmerorganisation „Zentrum Automobil“ unter anderem mit einem YouTube-Clip dazu auf, „alternative Betriebsgruppen“ zu bilden. Eine „Alternative“ sollen diese Betriebsgruppen zu den „großen“ Gewerkschaften sein, denen vorgeworfen wird, die Interessen der Beschäftigten nicht zu vertreten und sich stattdessen auf deren Kosten zu bereichern.² Hinter dem „Zentrum Automobil“ und seinen Akteuren, die sich gerne als „Kümmerer“ präsentieren, stehen einschlägige völkische Netzwerke wie „Ein Prozent“, die „Identitären“, „Compact“ und der völkisch-nationalistische Flügel der AfD um Björn Höcke. Sie zielen darauf ab, mit nationalistischen Heilsversprechen unter den Beschäftigten Mitglieder, politische Unterstützung und betrieblichen Einfluss zu gewinnen. Dieses Vorhaben weist viele Gemeinsamkeiten mit der betrieblichen Werbungs politik der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO) auf, deren Grundzüge im vorliegenden Beitrag untersucht und dargestellt werden.

„Nazi-Gewerkschaft“ und „SA der Betriebe“: Das „Doppelgesicht“ der NSBO

Die 1928 in Berlin als „Sekretariat für Arbeiterangelegenheiten“ gegründete NSBO sollte die Aktivitäten der reichsweit agierenden, vorwiegend im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) organisierten

NS-nahen Angestellten mit denjenigen der vor allem in Berliner Industriebetrieben gegründeten Betriebszellen vereinen. Sie sollte als politischer „Stoßtrupp“ und weltanschaulicher Kampfverband der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in den Betrieben wirken, damit vor allem gegen politische Gegner vorgehen sowie weitere Mitglieder gewinnen. „Wilde“, unkontrollierte Gründungen von NS-Angestelltenausschüssen und -Betriebszellen sollten kanalisiert, kontrolliert und auf offizielle Parteilinie gebracht werden. Unter dem Schlagwort „Hinein in die Betriebe“ (HiB) initiierte die NSBO eine Kampagne mit dem Ziel, bis Ende 1931 die Zahl ihrer Mitglieder in den Berliner Betrieben zu verdoppeln.

Die Zeitgeschichtsforschung befasste sich vor allem seit den 1970er Jahren mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen Arbeiter bereit waren, sich nationalsozialistischen Ideen und Organisationen anzuschließen.³ Unterschiedliche Einschätzungen bestehen darüber, ob die NSBO als eine von gewerkschaftlichen Zielsetzungen geleitete Organisation anzusehen ist (Mai 1983, 574), zumal sie sich in der Phase vor 1933 mit einer anti-kapitalistischen Stoßrichtung als kämpferische Arbeitnehmerorganisation zu positionieren versuchte und vorgab, sowohl gegen „den Marxismus“ als auch gegen „die soziale Reaktion“ zu kämpfen.⁴ Dieses „Doppelge-

1 Dr. Sascha Howind ist Sozialwissenschaftler und Chefredakteur der spw.

2 Im Begleittext heißt es: „Während Co-Management als demokratische Mitbestimmung im Unternehmen von unten nach oben gedacht war, hebeln Konzerne die Arbeitnehmervertretung durch Bestechung und Vorteile einfach aus und drücken so die Konzernagenda durch den Betriebsrat leichter nach unten durch. In jedem Falle verliert der einfache Angestellte und Arbeiter.“ Und weiter: „Im Zuge der Transformation werden hierzulande Arbeitsplätze gestrichen und in Billiglohnländer verlagert. Über Co-Management und legalisierte Korruption haben Großkonzerne eine echte Arbeitnehmervertretung ausgehebelt: Funktionäre bekommen Dienstwagen und Tankkarte, so werden Betriebsräte ruhiggestellt und winken die Pläne der Konzerne widerstandslos durch. Das Interesse der Arbeitnehmer spielt für sie keine Rolle.“ Online unter: <https://www.zentrum-automobil.de/betriebsratswahl-2022/> (letzter Abruf: 8. Juni 2023).

3 Timothy Mason unterscheidet drei „Typen“ von Arbeitern, die sich vom Nationalsozialismus angezogen fühlten: junge, politisch bindungslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte oder betroffene Männer aus der Großstadt („Lumpenproletariat“), aktive „Arbeiter-Nazis“, die meist ebenfalls in der SA waren und die „häufig die hierarchische Ordnung des lokalen Gemeinwesens widerspiegeln“ sowie „uniformierte Arbeiter“. Letztere waren vorwiegend Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Reichsbahn oder Reichspost sowie städtischen Versorgungs- oder Verkehrsbetrieben (Mason 1977, 53 ff.).

4 Volker Kratzberg merkte hierzu an: „Wollte die faschistische Führung ihr Ziel erreichen, große Teile der Arbeiterklasse zu gewinnen, musste sie der sozialistischen Grundstimmung in der Arbeiterklasse in ihrer ideologischen Beeinflussung Rechnung tragen. Daher die Versuche der Nazidemagogen, die faschistische Ideologie, ein Konglomerat sich widersprechender und unwissenschaftlicher reaktionärer bürgerlicher Ideen, als eine in sich geschlossene Weltanschauung auszugeben, die besonders ‚revolutionär‘ und ‚dynamisch‘, ‚antikapitalistisch‘ und ‚sozialistisch‘ ist“ (Kratzberg 1987, 6).

sicht“ der NSBO war der Parteiführung ein Dorn im Auge: einerseits diente die NSBO als weltanschaulicher Stoßtrupp in den Betrieben, strebte eine Massenbasis unter den Arbeitern an und sorgte dafür, erklärte Gegner der Nationalsozialisten zu identifizieren und zu unterdrücken, sozusagen den Straßenterror der „Sturmabteilung“ (SA) in die Betriebe zu tragen; andererseits nährte ihre mitunter radikale Rhetorik zur Gewinnung der Arbeiter bei der Parteiführung Befürchtungen, die NSBO könne tatsächlich wie eine Gewerkschaft handeln und für Unruhe sorgen.

Die NSDAP lehnte jede Form klassenkämpferischer Rhetorik ab, sie hatte nicht im Sinn, das Elend der Industriearbeiter im sozialen Konflikt mit der Arbeitgeberseite zu beheben. Stattdessen verfolgte sie eine exklusiv-völkische Orientierung mit dem Ziel, die Gesellschaft in einen „Volkskörper“ unter Ausschluss unerwünschter und zu Feinden erklärter Bevölkerungsteile zu verwandeln (Wildt 2019). In diesem von vermeintlichen Feinden „bereinigten Volkskörper“ sollte eine homogene Gesellschaft, eine „Volksgemeinschaft“ entstehen, soziale Widersprüche und Ungleichheiten verschwinden und in der Einheit von „Arbeitern der Stirn und der Faust“ aufgehen. Und auch die Unterscheidung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sollte sich zugunsten einer binär-hierarchischen Beziehung zwischen unbeschränkt herrschenden und in ihrer Befehlsgewalt keinerlei Mitbestimmung unterworfenen „Betriebsführern“ und einer zu striktem Gehorsam verpflichteten „Gefolgschaft“ auflösen: „Nationalsozialistische Arbeitnehmer und nationalsozialistische Arbeitgeber sind beide Beauftragte und Sachwalter der gesamten Volksgemeinschaft“ (Hitler 1926, 240). Es handelte sich bei der zu errichtenden „Volksgemeinschaft“ um ein illusionäres Konstrukt, das keine Veränderung der Besitz- und Einkommensverhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft vorsah (Howind 2011b). Der Status quo sollte unangetastet bleiben. David Schoenbaum brachte dieses illusionäre Prinzip auf den Punkt: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein, sagt Marx. Der Nationalsozialismus war

ein Versuch, dieses Verhältnis umzukehren“ (Schoenbaum 1968, 107).

Die NSBO orientierte in den Betrieben auf die Herstellung einer „Betriebsgemeinschaft“ als Mikrovariante der „Volksgemeinschaft“, als allen Interessen übergeordnetes und homogenes Kollektiv sowie auf den störungsfreien Ablauf der Industrieproduktion. Hitler lehnte Streiks zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen grundsätzlich ab und sah die Rolle der Gewerkschaften nicht darin, im Konfliktfall die Arbeit niederzulegen und die sprichwörtlichen Räder stillstehen zu lassen. Im Gegenteil: schließlich läge die Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unmittelbar im Interesse der Industriearbeiter als Angehörige der „Volksgemeinschaft“:

„Für die nationalsozialistische Gewerkschaft ist damit der Streik nicht ein Mittel zur Zertrümmerung und Erschütterung der nationalen Produktion, sondern zu ihrer Steigerung und Flüssigmachung durch die Bekämpfung all jener Missstände, die infolge ihres unsozialen Charakters die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Existenz der Gesamtheit behindern. [...] Der nationalsozialistische Arbeitnehmer muss wissen, dass die Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeutet.“ (Hitler 1926, 240).

„Soldaten der Arbeit“ für die „Volksgemeinschaft“

Die Nationalsozialisten betrachteten die „Volksgemeinschaft“ als Kampfgemeinschaft und die Arbeit als Kriegsschauplatz. Zum einen sollten soziale Unterschiede einer elementaren, kameradschaftlichen Verbundenheit weichen, ähnlich wie in den Schützengraben des Ersten Weltkriegs,⁵ andererseits beteiligte

5 Dazu der spätere Organisationsleiter der NSDAP und Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley: „Die Begriffe ‚Arbeitgeber und -nehmer‘ als zwei Parteien, als zwei Partner müssen heraus aus unserem Volke. (...) Nein, nicht als Parteien, nicht einmal als zwei Begriffe dürfen diese Worte noch vorhanden sein, sondern es muss einmal dahin kommen, dass nur ein Begriff vorhanden ist: Wir sind alle Soldaten der Arbeit, von denen die einen befehlen und die anderen gehorchen“ (zit. n. Kratzberg 1987, 24).

sich die NSBO an Arbeitskämpfen, wenn auch mit dem Ziel, die Regierung zu schwächen, wie im Herbst 1932 beim Streik der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG). Vordergründig richtete sich dieser gegen eine Lohnkürzung, die nach Verhandlungen mit den Freien Gewerkschaften erheblich abgeschwächt werden konnte. Insofern war der Streik auch gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) gerichtet, dem (bzw. dessen Mitgliedsgewerkschaften) es nicht gelang, die Kürzung gänzlich abzuwenden. Materiell ging es bei diesem Konflikt lediglich um wenige Pfennige (Röhl 1994).

Der Berliner Gauleiter und ab 1930 Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels begrüßte die Beteiligung der NSBO an dem mehrheitlich von der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) geleiteten Streik und betätigte sich als Agitator – rechnete er doch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen im November mit einem deutlichen Stimmenzuwachs für die NSDAP unter der Arbeiterschaft. Ein Erfolg an den Wahlurnen blieb jedoch aus, der Streik wurde am Tag nach den Wahlen für beendet erklärt. Zuvor hatten sich die Fronten verhärtet: Die Reichsregierung betrachtete den Arbeitskampf als politischen Streik und ließ die Polizei hart durchgreifen, drei Streikende wurden bei diesem „wildem Streik“ erschossen.

Obwohl die NSBO weder wirkmächtige Massenbewegung noch „Nazi-Gewerkschaft“ war, geschweige denn über flächendeckenden Rückhalt unter den Beschäftigten verfügte, sorgten die Nationalsozialisten dafür, dass sie ihre „Machtergreifung“ nicht durch gewerkschaftliches Handeln störte. Diejenigen Kräfte innerhalb der NSBO, die sich eine „Nazi-Gewerkschaft“ wünschten, konnten sich im internen Machtkampf nicht durchsetzen. Als Mittel, das Gros der Industriearbeiterschaft für den Nationalsozialismus zu gewinnen, war die NSBO nicht geeignet. Im April 1933 verbot Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß per Erlass jegliche Art von Demonstrationen der NSBO ohne vorherige Erlaubnis der Partei (Schoenbaum 1968, 117). Tariflöhne konnten ohne

Änderung des Arbeitsvertrages unterschrieben werden, wie in mehreren staatlichen Notverordnungen festgelegt (Hachtmann 1989, 25). Dabei haben Funktionäre der NSBO in den seltensten Fällen gegen Tariflohnunterschreitungen interveniert, im Gegenteil: häufig wurden diese gegenüber den Beschäftigten legitimiert mit der Begründung, niedrigere Löhne würden mehr Arbeitsplätze schaffen. Beleg für mangelnden Rückhalt sind die überwiegend schlechten Ergebnisse der NSBO-Listen und -Kandidaten bei den Betriebsratswahlen Ende April 1933: dort erreichte die NSBO insgesamt 11,7 Prozent der Stimmen (Schneider 1999, 74). Im Hochofenwerk, der Stahlformerei und in den Kraftwagenhallen des Krupp-Werks in Essen erreichte sie mit 50 Prozent ihren größten Erfolg. Bei den Wahlen zum Betriebsrat der Berliner Elektrizitätswerke im Frühjahr 1933 bspw. erhielt ihre Liste 83 von 3.220 Stimmen, während 3.034 Beschäftigte für die Freien Gewerkschaften und immerhin 156 für die RGO votierten.

1932 hatte die NSBO rund 300.000 Mitglieder, darunter größtenteils Angestellte und Handwerker sowie Arbeitslose. Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und einer völlig unzureichenden sozialen Absicherung versprach die NSDAP, im Rahmen einer „Arbeitsschlacht“ ihre deutschen „Volksgenossen“ wieder in Lohn und Brot zu bringen. Mehr als ein Jahr nach der „Machtergreifung“, am 21. März 1934, eröffnete Hitler mit einer im Rundfunk übertragenen Rede auf der Reichsautobahnbaustelle bei München vor 10.000 Arbeitern diese „Arbeitsschlacht“. Ein Berichterstatter für die Exil-SPD bezeichnet dies als „Scheingefecht“ und beschreibt das damit verbundene Täuschungsmanöver am Beispiel des Automobilherstellers Auto-Union 1934:

„Im Vorjahre wurden von diesen Werken alte, langjährig dort beschäftigte Arbeiter in Massen aus dem festen Arbeitsverhältnis gebracht und lediglich als Zeitarbeiter beschäftigt. Damit hatte die Werkleitung die Möglichkeit, diese Zeitarbeiter zu jeder Tagessstunde hinauszuerwerfen und am anderen

Tage neu als Zeitarbeiter wieder einzustellen. So wurden die Arbeiter um alle sozialen Rechte gebracht. Und am 21. März 1934? Da mussten sich diese Zeitarbeiter, die in Wirklichkeit schon alte Arbeiter der Werke sind, gesondert stellen. Sie wurden mit Musik dorthin geführt, wo die zur Zeit in festem Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter zur Übertragung der Hitlerrede versammelt waren und der NSBO-Redner stellte die Zeitarbeiter als die infolge der Arbeitsschlacht in Lohn und Brot gekommenen bisher arbeitslosen Volksgenossen vor“ (zit. n. Behnken 1980, 28).

Die „Arbeitsschlacht“ sah unter anderem Arbeitspflicht der Wohlfahrtserwerbslosen vor und führte dazu, dass fachfremde Arbeitskräfte, darunter viele Angestellte, zu harter körperlicher Arbeit beim Autobahn- und Eisenbahnstreckenbau verpflichtet wurden. Bei diesen Einsätzen ist die Rede von Sklavenarbeit, von vielen Arbeitsunfällen und Verletzungen, die Leute fallen vor Erschöpfung auf der Arbeit um, arbeiten lange Schichten ohne Pause, mit einem hohen Tempo, wer nicht mithalten kann, wird entlassen und Beschwerden bei der NSBO seien zwecklos (Behnken 1980, 216 f.).

Das Ende der NSBO und ihr späterer Widergänger

Im Mai 1933 erfolgte die Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) als Einheitsorganisation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die NSBO wurde in diesen Apparat integriert. Der NS-Staat setzte derweil seine arbeitnehmerfeindliche Politik fort. Ein weiterer Schritt war hier die Aufhebung der Tarifautonomie mit der Einsetzung der „Treuhand der Arbeit“ am 19. Mai 1933. Diese erhielten später das Recht, Löhne, Arbeitszeiten und Urlaubsdauer, sofern diese nicht in der Betriebsordnung geregelt waren, mit bindender Wirkung festzulegen. Fortan fand keine tarifliche Angleichung der Löhne an die konjunkturelle Entwicklung mehr statt, die Beschäftigten mussten stagnierende Effektivlöhne hinnehmen bei gleichzeitigem Anstieg

der wöchentlichen Arbeitszeiten.⁶ Maßgabe der DAF-Betriebspolitik war die Erhöhung der individuellen Arbeitsleistung, ein sozialer Gestaltungsanspruch allenfalls kosmetische Fassade. Die Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) als Teil der DAF zielte beispielsweise mit dem Amt „Schönheit der Arbeit“ darauf ab, die betriebliche Umgebung ansprechend zu gestalten. Häufig wurden die Verschönerungsarbeiten an Kantinen oder Pausenräumen auf Anordnung des Betriebsführers von den Beschäftigten außerhalb der Arbeitszeit unentgeltlich ausgeführt (Howind 2011a).

Die NSDAP hatte unter den Industriearbeitern keine Massenbasis, darüber konnte die NSBO nicht hinwegtäuschen. Zwar gab es vereinzelt NSBO-Funktionäre mit erheblichem Einfluss, die Sympathien unter den Beschäftigten galten allerdings häufig den „alten“ Betriebsräten und Vertrauensleuten.⁷ Den Aufrufen der NSBO zur Beteiligung an betrieblichen Aktionen wurde oftmals nicht gefolgt und Betriebsversammlungen schlecht besucht⁸, so dass die NSBO sich darauf beschränkte, „Miesmacher zur Rechenschaft zu ziehen“ (zit. n. Behnken 1980, 108 f.) und beispielsweise die Entlassung der Beschäftigten, die den Appellen nicht gefolgt sind, zu fordern (Ebd., 229).

6 Die Löhne verblieben auf dem Stand, auf den sie 1931 und 1932 von den Kanzlern Brüning und von Papen gedrückt wurden. Ein Facharbeiter der Metallindustrie in Hannover verdiente demnach 32,64 Reichsmark in der Woche (Schulz 1990, 472). Arbeiterhaushalten, in denen der Ehemann häufig das einzige Einkommen für Ehefrau und Kinder erwirtschaftete, blieben nach Abzug von Steuern, Lebensmitteln, Miete, Heizung, Strom und Bekleidung nur wenige Pfennige, wovon sämtliche übrigen Ausgaben, für Verkehrsmittel, Bildung und Erholung, bestritten werden mussten. Zahlreiche Haushalte mit einem Einkommen von 32 RM waren zum Bestreiten dieser Ausgaben auf private und öffentliche Unterstützung angewiesen. Der britische Historiker Adam Tooze stellt dazu klar: „Ganz eindeutig lebte also nur eine kleine Minderheit im NS-Staat unter Bedingungen, die wir heutzutage als annehmbar bezeichnen würden“ (Tooze 2007, 174).

7 Ein zeitgenössischer Berichtersteller teilt die Beschäftigten folgendermaßen auf: „1. Die früher Indifferenten: sie sind in die NSBO gegangen, weil ihnen gesagt wurde, dort würde der Kampf gegen die roten Bonzen geführt werden. Jetzt geraten sie in wachsende Mißstimmung, weil sie noch mehr zahlen müssen als früher in den Gewerkschaften und weil sie anstelle der roten Bonzen die braunen haben. 2. Unsere früheren Leute: sie sind nach wie vor fest. Dafür sorgt schon die absolute gewerkschaftliche Unfähigkeit der neuen Leute und die Tatsache, dass die Beiträge zur Arbeitsfront höher sind als früher, ohne dass ihnen irgendwelche Leistungen gegenüberstehen. 3. Die alten NSBO-Leute: sie haben die größte Wut, weil sie maßlos enttäuscht sind. Bei der Leitung der NSBO gehen Stöße von Protestbriefen ein, in denen insbesondere Aufklärung über die Verwendung der Beiträge gefordert wird“ (zit. n. Behnken 1980, 31)

8 Die Exil-SPD berichtet beispielsweise von einem Fackelzug, der mit 200 Beschäftigten startete und sich unterwegs auflöste, so dass nur noch 30 Beschäftigte das Ziel erreichten (Behnken 1980, 32).

Die gegenwärtigen Versuche, mit völkischer Ideologie Beschäftigte anzuwerben, erscheinen wie eine Wiederbelebung der NSBO, „Zentrum Automobil“ mit seinem Aufruf, „alternative Betriebsgruppen“ zu gründen, wie deren später Widersänger. Eine Gemeinsamkeit zwischen der historischen NSBO und den „alternativen Gewerkschaften“ der Gegenwart ist der völkische Appell einer vermeintlichen, gemeinsamen ethisch/kulturellen Zugehörigkeit, die eine höhere Bedeutung als soziale Fragen habe, denn bei Zumessung sozialer Leistungen müsse diese Gruppe bevorzugt behandelt werden.⁹ Dazu gesellt sich die Forderung nach einem „solidarischen Patriotismus“, der Solidarität negativ definiert („Solidarität braucht Grenzen“) und nur Angehörige eines Nationalstaats, Kulturkreises oder einer „Leistungsgemeinschaft“ umfasst. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die fehlende Bereitschaft zum sozialen Konflikt, zur Auseinandersetzung mit der Arbeitgeberseite. Stattdessen wird eine Art „sozialer Burgfrieden“ verkündet, demnach soziale Konflikte „unter Deutschen“ schließlich auch harmonisch gelöst werden können. Der wahre Gegner wird von Anhängern völkischer Ideologie außerhalb der „Volksgemeinschaft“ verortet, dazu zählen sie letztlich auch die Gewerkschaften.

Auch bei der AfD findet sich ein „Doppelseitiges“, eine Mischung aus nationalistisch-neoliberalem und völkisch-rassistischem Duktus, gerahmt von antidemokratischem Populismus, das ein sozialstrukturell breites und zugleich weltanschaulich rechtes Milieu ansprechen soll. Gleichzeitig bleiben die wirtschaftspolitischen Vorstellungen fest in neo- und ordoliberalen Denktraditionen eingebunden und lassen die soziale Rhetorik wie bloße Fassade erscheinen: die AfD-Abgeordneten im Bundestag votierten in 75 Prozent der Fälle wie die Abgeordneten der FDP – fast immer gegen Anträge, die einen Erhalt oder

Ausbau sozialstaatlicher Leistungen forderten und fast immer für solche, die sozialstaatliche Maßnahmen einschränken wollten (Pühringer / Beyer / Kronberger 2021). Dieses Doppelgesicht des rechten Lagers, das sich für eine Mindestlohnerhöhung einsetzt und gleichzeitig den sozialen Wohnungsbau sowie mögliche staatliche Eingriffe zur Behebung arbeitsmarktpolitischer Missstände als „störend“ und „behindernd“ ablehnt (Ebd., S. 49 f), ist das Mischprogramm eines „völkisch-populären Neoliberalismus“, das im Zweifel von rassistischen Ressentiments gekittet wird (Frerks 2018).

Den Anhängern völkischer Ideologien geht es weniger um eine Lösung sozialer Fragen als vielmehr um die gefühlte Aufwertung, die sich aus der Zugehörigkeit zu einem als höherwertig phantasierten Kollektiv ergibt. Theodor Adorno hat dies in Anlehnung an Sigmund Freud als den „Einheitstrick faschistischer Agitatoren“ bezeichnet (Adorno 1951). Diese Unterscheidung ist fundamental für das Verständnis der Dynamik völkischer Bewegungen: nicht die Aussicht auf tatsächliche soziale Verbesserungen oder politische Gestaltung verleiht diesen Auftrieb, es geht ihren Anhängern in erster Linie um Aufwertung durch gefühlte Zugehörigkeit und um Politik ex negativo, den Ausschluss all derjenigen, die nicht dazu gehören:

„Nicht nur die bevorzugten Klassen, welche die Wohltaten dieser Kultur genießen, sondern auch die Unterdrückten können an ihr Anteil haben, indem die Berechtigung, die Außenstehenden zu verachten, sie für die Beeinträchtigungen im eigenen Kreis entschädigt. Man ist zwar ein elender, von Schulden und Kriegsdiensten geplagter Plebejer, aber dafür ist man Römer, hat seinen Anteil an der Aufgabe, andere Nationen zu beherrschen und ihnen Gesetze vorzuschreiben“ (Freud 1927, 334f.). ■

Literatur

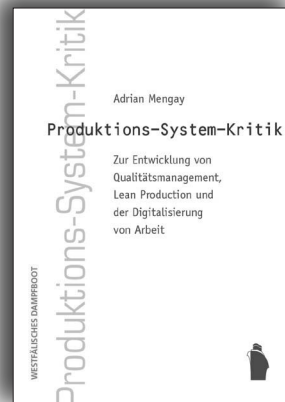
Adorno, Theodor W. [zuerst 1951]: Freudian Theory and the Pattern of Fascist Propaganda, in: Tiedemann, Rolf (Hg.): Adorno, Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt am Main 1986, 408-433.

⁹ „Die AfD tritt auf als Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates, der allerdings für Inländer reserviert bleibt. Ihr schwebt kein Klassenkampf vor, sondern die Betriebsgemeinschaft, in der deutsche Beschäftigte und deutsche Vorgesetzte harmonisch gemeinsam arbeiten, zum Wohle Deutschlands. Die einzigen, die dabei stören, sind nicht-integrationsfähige Ausländer.“ Klaus Dörre im Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 5.3.2018, online unter: <https://www.fr.de/wirtschaft/voelkische-ideologie-sprengsatz-solidaritaet-10975878.html> (letzter Abruf: 8.6.2023).

- Behnken, Klaus (Hg.) 1980: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934-1940, Jg. 1 (1934), Frankfurt am Main.
- Frerks, Sören 2018: Rechte Luftnummer oder völkische Arbeiterbewegung? In: Magazin der rechte Rand, Jg. 29, Ausgabe 171, Hannover, 3-4.
- Freud, Sigmund [zuerst 1927]: Die Zukunft einer Illusion, Gesammelte Werke XIV, Frankfurt am Main 1999.
- Hachtmann, Rüdiger 1989: Industriearbeit im „Dritten Reich“, Göttingen.
- Hitler, Adolf 1926: Mein Kampf, Band 2, München.
- Howind, Sascha 2011a: Die Illusion eines guten Lebens. Kraft durch Freude und nationalsozialistische Sozialpropaganda, Frankfurt am Main.
- Howind, Sascha 2011b: Der faschistische Einheitstrick. Die Suggestion von Einheit und Gleichheit in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, in: Brunner, Markus / Pohl, Rolf / Lohl, Jan / Winter, Sebastian (Hg.): Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen, Gießen, 111-134.
- Kratzenberg, Volker 1987: Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt am Main.
- Mai, Gunther 1983: Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 30, H 4, Stuttgart, 573-613.
- Mason, Timothy W. 1977: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen.
- Pühringer, Stephan / Beyer, Karl M. / Kronberger, Dominik 2021: Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD, Frankfurt am Main.
- Röhl, Klaus Rainer 1994: Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt am Main.
- Schoenbaum, David 1968: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln.
- Schulz, Peter 1990: Nicht die Zeit, um auszuruhen. Dokumente und Bilder zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung 1814-1949, Hannover.
- Tooze, Adam 2007: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München.
- Wildt, Michael 2019: Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin.



Karl Lauschke
„Die Gegenwart als Werden erfassen“
 Inhalt, politischer Kontext und Rezeption von Georg Lukács' Geschichte und Klassenbewusstsein
 2023 – 528 Seiten – 38,00 €
 ISBN 978-3-89691-085-1



Adrian Mengay
Produktions-System-Kritik
 Zur Entwicklung von Qualitätsmanagement, Lean Production und Digitalisierung von Arbeit
 2023 – 280 Seiten – 30,00 €
 ISBN 978-3-89691-086-8

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Rezension: Der arbeitende Souverän

von Thilo Scholle¹

Axel Honneth

Der arbeitende Souverän

Eine normative Theorie der Arbeit

Suhrkamp Verlag, Berlin 2023

397 Seiten, 30 €

Welchen Wert „Arbeit“ für den einzelnen Menschen, aber auch für die Gesellschaft ausmacht, ist eine in gesellschaftspolitischen Debatten durchaus viel diskutierte Frage. Oft stärker präsent scheinen aktuell Meinungsäußerungen zu sein, die von einem Ende der Arbeit - gerne technologiebedingt - ausgehen, und die Würde und Autonomie der/des Einzelnen durch die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen herstellen wollen. Der Frankfurter Sozialphilosoph und langjährige ehemalige Leiter des Instituts für Sozialforschung, Axel Honneth, widmet sich in seinem aktuellen Werk demgegenüber explizit der Frage, was Arbeit für die Gesellschaft ausmacht.

Honneth beginnt mit der Eingrenzung seines Gegenstandes, es gehe um „eine soziale Arbeitsteilung, die auf dem Boden des modernen Kapitalismus entstanden ist und aufgrund ihrer höchst unterschiedlich ausgestatteten Positionen darüber entscheidet, wer welche Einflussmöglichkeiten auf den Prozess der demokratischen Willensbildung besitzt.“ Neben der Schule stelle nur die gesellschaftliche Arbeitswelt eine institutionelle Sphäre dar, „dass all das, was dort erlernt und erfahren wird, von entscheidender Bedeutung dafür ist, welche sozialmoralischen Haltungen und Einstellungen im politischen Gemeinwesen vorherrschen.“ Der demokratische Staat könne durch Gestaltung der Arbeitsbedingungen darauf Einfluss gewinnen, ob „ihm zuträgliche Verhaltensmuster“ - also eine auf eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens gerichtete Einstellung - die Oberhand gewännen. Honneth macht drei Theoreme der Kritik an den Verhältnissen in der Arbeitswelt aus - „Ent-

fremdung“, „Autonomie“, und „Demokratie“. Wichtig seien sowohl der Blick auf die Organisationsform der gesellschaftlichen Arbeit, aber eben auch auf die konkrete Ausgestaltung der Arbeit. Es gehe nicht nur um das Problem der privaten Herrschaft über Arbeit, sondern auch um die Frage, wie die Arbeit selbst ausgestaltet sei. Letztlich sei je nach Situation sowohl das Theorem der Entfremdung wie auch ein republikanisches Theorem als Folie für die Einordnungen aktueller Entwicklungen in der Arbeitswelt nutzbar. Es gehe um eine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, die es den Arbeitenden erlaube, sich aktiv und selbstbewusst an der demokratischen Willensbildung zu beteiligen. In aktuellen demokratietheoretischen Ansätzen sei die Ignoranz der Arbeitsverhältnisse demgegenüber ein blinder Fleck. In längeren Ausführungen versucht Honneth sodann, seinen Begriff von „Arbeit“ zu entwickeln. Dabei solle die Unterscheidung von Produktiven und Unproduktiven fallen gelassen werden, die Loslösung des Arbeitens vom Herstellen oder Fabrizieren erfolgen, und sich vom Markt als einzigem Gradmesser für den gesellschaftlichen Arbeitsbedarf verabschiedet werden. Wichtig sei hier vor allem die Abgrenzung von aus rein privaten Gründen unternommenen Aktivitäten. Die notwendige Reproduktion der Gesellschaft allein sei dafür kein tauglicher Gradmesser, da nicht klar sei, wer definiere, was denn „notwendig“ ist. Entscheidend ist hier für Honneth die Frage, was ein soziales Gemeinwesen an der eigenen Lebensform für derart wertvoll halte, um gemeinsam Arbeit und Mühe auf dessen Bewahrung zu setzen.

Honneth geht dann den Tendenzen in der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft seit der Industrialisierung bis heute nach. Mit Blick auf die „kapitalistische Arbeitswelt der Gegenwart“ hält Honneth fest, bei den Themen Lohnentwicklung, Arbeitsdauer und sozialer Absicherung könne von einem deutlichen Fortschritt gesprochen werden. Es gehe aber auch darum, die immer noch von alltäglichen

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

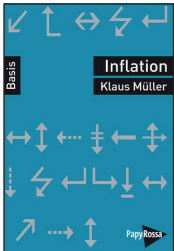
Mühen und Abhängigkeiten geprägte qualitative Seite von Arbeitsverhältnissen nicht außer Acht zu lassen. Kapitalistische Arbeitswelt bleibt eine Gegenwelt zur Demokratie - wer „unter prekären Bedingungen beschäftigt ist, wird größte Schwierigkeiten haben, in den Besitz derjenigen Ressourcen und Fähigkeiten zu gelangen, die für die ungezwungene Teilnahme am demokratischen Prozess eine unerlässliche Voraussetzung bilden.“ Es gehe zudem immer auch um die Art der Verknüpfungen dieser Verrichtungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Erfasst werden sollten dabei alle Tätigkeiten, die einem sozial verallgemeinerbaren Zweck dienen - unabhängig davon ob sie bezahlt werden oder nicht.

Honneth schließt sich Interpretationen an, die die Auswirkungen technologischen Fortschritts bzw. von Produktivfortschritten als Entscheidungen der jeweils mächtigsten Akteure aus verschiedenen Möglichkeiten ansehen, und sich damit einem so verstandenen und von Honneth auch Marx zugeordneten Determinismus bei der Entwicklung der Arbeitswelt entgegenstellen: „Nicht die wirtschaftliche Überlegenheit der einen Produktionsmethode über die andere, sondern politisch geführte Auseinandersetzungen unter den Vertretern beider Modelle entscheiden je nach Umfang der zur Verfügung stehenden Ressourcen und Einflussmöglichkeiten am Ende darüber, welche von ihnen sich in der weiteren historischen Entwicklung durchsetzen wird.“ Die Arbeitswelt stelle sich meist noch immer als Erfahrung erniedrigender Abhängigkeit, fehlender Mitgestaltung und mangelnder Anerkennung dar, als Gegenwelt zum Erfahrungsraum demokratischer Öffentlichkeit. Diesen Abstand zu verringern oder sogar zu tilgen sei Aufgabe demokratischer Politik. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens lehnt Honneth aus sozialphilosophischen Gründen ab: Aus der sozialen Arbeitsteilung speise sich immer noch ein „Sinn fürs gesellschaftlich Allgemeine“. „Eine demokratische Willensbildung ohne den Unterbau eines Systems geregelter Arbeitsteilung wäre wie eine private Veranstaltung, an der teilzunehmen ins Belieben des Einzelnen fiele“. Programmatisch zur weiteren Gestaltung der

Arbeitsgesellschaft äußert Honneth Sympathie für eine staatliche Dienstverpflichtung ähnlich des früheren Zivildienstes sowie die Möglichkeit eines staatlich unterstützten Sozialdienstes für arbeitslose Menschen. Zentral ist für Honneth aber die Wiederherstellung des „Normalarbeitsverhältnisses“ als Basis der Arbeitsgesellschaft. Außerdem sollten jene Tätigkeitsbereiche sozial aufgewertet werden, die bislang den „Ruf des Ungebildeten und Simplen genießen, aber viel Aufopferung, Engagement und Feingefühl verlangen und von unschätzbarem Wert für unser aller Wohlergehen sind“, etwa im Bereich der Pflege. Gewerkschaften seien für die Gestaltung der Arbeitswelt wichtig, ihre Einbindung in staatlich verankerte Handlungsmacht - etwa im Tarifvertragssystem - sei aber „zugleich das Einfallstor für die Verkümmern ihrer sozialmoralischen Rolle“, daher solle viel mehr im Bereich der Arbeitsgestaltung unmittelbar im arbeitsweltlichen Umfeld ausgehandelt werden.

Der Band reiht sich ein in vorangegangene Veröffentlichungen, in denen sich Honneth der Themen der Arbeiter*innenbewegung zuwendet - öffentlich breit rezipiert etwa vor einigen Jahren mit dem Band „Die Idee des Sozialismus“. Wie in der „Idee des Sozialismus“ auch versucht er den „arbeitenden Souverän“ weitgehend aus der Ideengeschichte marxistischen Denkens sowie der Debatten innerhalb der Arbeiter*innenbewegung herauszuhalten. Dies ist bedauerlich, insbesondere auch mit Blick auf den nur sehr knapp gestreiften Bereich kollektiver Organisation und Gestaltung der Arbeitswelt durch Gewerkschaften und andere Organisationen. Bestehende institutionelle Arrangements der Arbeitswelt und mögliche politische Forderungen werden eher gestreift. Zudem fehlt dem Text weitgehend eine kapitalismusanalytische Grundierung mit daraus folgenden möglichen Schlussfolgerungen über gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Interessenlagen. Insgesamt handelt es sich dennoch um ein lesenswertes und politisch durchaus interessantes Buch, insbesondere mit Blick auf den zentralen Anspruch Honneths, „Arbeit“ auf differenzierte Art und Weise wieder in den Fokus gesellschafts- und demokratietheoretischer Debatten zu rücken. ■

Leser*in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Klaus Müller

Inflation

Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie

132 Seiten | € 12 | 2023

ISBN 978-3-89438-806-5

PapyRossa Verlag

Christian Oswald

Jenseits des Arbeitszwangs

Thesen zu einer anderen Gesellschaft

243 Seiten | € 25 | 2019

ISBN 978-3-89691-268-8

Westfälisches Dampfboot

Prämienpaket 2

Jürgen-Michael Reimer

Der absurde Kapitalismus

Ein ideologiekritischer Essay

140 Seiten | € 16 | 2023

ISBN 978-3-89438-809-6 | PapyRossa Verlag

Carmen Ludwig, Hendrik Simon,

Alexander Wagner (Hrsg.)

Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität?

Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus

285 Seiten | € 25 | 2021

ISBN 978-3-89691-275-6

Westfälisches Dampfboot

Neue Abonnent*innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.

Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

Inlands-Abo: 37,- € bei Bankeinzug bzw. 39,- € per Rechnung:

- Normal-Abo per Post
- Online-Abo als PDF zum Download

Auslandsabonnement Europa: 49,- €

Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon (freiwillige Angabe) _____

E-Mail (freiwillige Angabe) _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

_____ Geldinstitut

IBAN _____ BIC _____

_____ Datum, Unterschrift

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

_____ Name, Vorname

_____ Straße, Nr.

_____ PLZ, Ort

_____ Datum, Unterschrift

Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.